Grüne Volten S. 8

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 25 – 25. Juni 2011

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Verkehrte Welt: Die Deutschen zahlen Milliarden für Griechenland und werden dafür in Athen als Nazis beschimpft. Bild: Reuters

Unbeirrt abwärts

Nichts gelernt? EU setzt Politik der falschen Anreize für Athen fort

Noch ein Rettungsschirm: Die Griechenland-Politik der Euro-Gruppe ist gescheitert. Dennoch wird einfach weitergemacht.

Die jüngsten Beschlüsse der EU-Finanzminister sind, wie auch die Aussagen von Kanzlerin Angela Merkel, ein weiteres Signal der Hilflosigkeit angesichts der Griechenland-Krise. Die „freiwillige" Beteiligung privater Gläubiger am unvermeidlichen Schuldenschnitt entpuppt sich schon beim flüchtigen Blick als Täuschung. Und die von den Finanzministern in gespielter Strenge aufgestellten Bedingungen, die Athen zu erfüllen habe für die Auszahlung der nächsten, zwölf Milliarden Euro schweren Kredittranche, erscheinen ebenso hohl.

Schließlich war es die deutsche Bundeskanzlerin selbst, die kurz zuvor noch einmal erklärt hat, dass sie „alles" tun werde für den Erhalt des heutigen Euro-Systems und niemanden fallen lasse. Für griechische Gewerkschafter, Oppositionspolitiker und die von ihnen aufgestachelten Demonstranten vor dem Athener Parlament ist Merkels Botschaft damit klar: Wir brauchen uns gar keinen weiteren Sparbemühungen auszusetzen, die Europäer, allen voran die Deutschen, zahlen ja auf jeden Fall.

Forderung nach »Marshall-Plan« zeigt Realitätsverlust

Damit wird die Politik der falschen Anreize, die sowohl in die Weltfinanzkrise wie auch in das griechische Desaster geführt hat, unbeirrt weiterverfolgt. Schließlich waren es zu günstige Kredite und die Aufhebung der Risikohaftung, welche die Spekulations- und Verschuldungsblase regelrecht herangezüchtet haben.

Gelernt wurde daraus offenbar nichts. FDP-Finanzexperte Frank Schäffler denkt daher die laufende Abwärtsspirale weiter und sieht ein erschreckendes Ende auf uns zukommen: die Zerstörung des freiheitlichen, marktwirtschaftlichen Systems und eine neo-sozialistische Knechtschaft (siehe Seite 2).

Doch Schäffler ist ein Rufer in der Wüste. Wie weit sich die Debatte in Politik und „diskutierender Klasse" von der Wirklichkeit entfernt hat, belegt auch, dass dieser Tage immer häufiger von der Notwendigkeit eines „Marshall-Plans" für Griechenland die Rede ist. Der Marshall-Plan brachte für Westdeutschland rund 1,4 Milliarden Dollar, nach heutiger Kaufkraft rund zehn Milliarden Euro, auf fünf Jahre verteilt. Die beiden Griechenland-Schirme umfassen also schon jetzt das 20-fache der an Deutschland gegangenen Marshall-Kredite. Später musste zudem, was gern verdrängt wird, die Bundesrepublik gut die doppelte Summe zurückzahlen.

Was aber viel entscheidender ist: Die Kredite flossen ab Ende 1948 in ein Land mit funktionierender Verwaltung und wieder aufblühender Wirtschaft. Hellas hingegen ist ein von Korruption und Ineffizienz zerfressenes Land, in dem auch weitere Milliarden ebenso spurlos versickern werden wie die EU-Subventionen von 30 Jahren. Die Marshall-Plan-Phantasien zeigen, dass viele Diskutanten nicht einmal am Beginn einer realistischen Analyse angekommen sind. *Hans Heckel*

WILHELM V. GOTTBERG:

Folgenschwer

Die Mitgliedstaaten der EU sind demokratische Rechtsstaaten, die Europäische Union ist eine Rechtsgemeinschaft und sie will auch eine Wertegemeinschaft sein. Ein funktionierender Rechtsstaat setzt voraus, dass seine Bürger eine Bindung an die Rechtsgrundlagen des Staates empfinden. Für die Verfassungsorgane und die Menschen, die in diesen Organen agieren, ist die strikte Bindung an das Recht ein zwingendes Verfassungsgebot.

Am 11. Februar 2010 haben die Staats- und Regierungschefs der EU gemeinsam geschaffenes Recht – europäisches Recht – kollektiv gebrochen. Am 7. Mai 2010 erklärte die Bundeskanzlerin vor dem Bundestag, dass die Griechenlandhilfe eine einmalige Hilfe sei, die absolute Ausnahme und sonst nichts. Der Bundesfinanzminister redet bezüglich der europäischen Rettungsschirme nun ganz anders als im Jahr 2010.

In Deutschland gab es in den vergangenen 25 Jahren einige Rechtsbrüche durch die Verfassungsorgane. Kohls Spendenskandal, Hehlerei der Exekutive durch Ankauf von Steuerdaten, Fortbestand des Enteignungsskandals in der untergegangenen DDR. Müssen wir uns wundern, wenn die Menschen in dieser Republik sich nur noch unzureichend an Recht und Gesetz gebunden fühlen? Auch wenn die menschliche Unzulänglichkeit immer wieder Fehlverhalten hervorbringt, so macht es doch einen erheblichen Unterschied, ob Rechtstreue als erstrebenswert gilt oder ob sich in der Öffentlichkeit Zynismus darüber breitmacht. Wie halten es die Repräsentanten der politischen Klasse mit der persönlichen Glaubwürdigkeit und der Treue zum gegebenen Wort? Ihr Verhalten hat Vorbildcharakter.

Zeichen der Solidarität

CDU-Bundestagsabgeordneter besucht Christen in der Türkei

Ein Zeichen der Solidarität mit bedrohten Christen in der Türkei hat die CDU/CSU-Bundestagfraktion vorige Woche gesetzt. Der Diepholzer Abgeordnete Axel Knoerig besuchte – ausdrücklich namens der Fraktion – christliche Gemeinden und Persönlichkeiten in der Türkei.

Auf dem Programm standen der Besuch einer Gemeinde in Izmir und ein Treffen mit dem Generalsekretär der Evangelischen Allianz der Türkei sowie die offizielle Übergabe des Menschenrechtsberichtes der Vereinigung protestantischer Kirchen in der Türkei. Außerdem besuchte Knoerig die Familie des am 18. April 2007 im osttürkischen Malatya zusammen mit zwei türkischen Gefährten nach langer Folter brutal ermordeten evangelischen Missionars Tillmann Geske. „In Deutschland wurden in den vergangenen zehn Jahren über 200 Moscheen eingeweiht. Warum sollten umgekehrt nicht auch Kirchen in der Türkei gebaut werden können? Meinen türkischen Gesprächspartnern habe ich gesagt, dass dann der Weg in die EU viel eher möglich wäre", erklärte Knoerig gegenüber der *PAZ*.

»Evangelium wichtiger als Milliarden«

Organisiert wurde die Reise von Andreas Späth, dem Vizepräsidenten der Internationalen Konferenz Bekennender Gemeinschaften (IKBG). „Wir sind dankbar für diese wichtige Geste der Solidarität. Denn trotz Verbesserungen seit dem Mord an Geske ist die Lage der christlichen Gemeinden immer noch sehr prekär", so Späth. Beispielsweise werde Mission in türkischen Schulbüchern immer noch als Gefahr für den Staat dargestellt. Sein Fazit: „Die Türkei braucht das Evangelium weit mehr als die Milliarden der EU." *K.B.*

Die Geburtsfehler des Euro

Eine geordnete Umschuldung wäre in Griechenland möglich

Fachleute hatten gewarnt: Ohne eine gemeinsame Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik müsse die Gemeinschaftswährung Euro scheitern. Brüssel wusste es besser. Auch schaute man dort nicht so genau hin, als sich Griechenland mit frisierten Statistiken den Zugang zum Euro-Club verschaffte. Wo waren die Stopp-Rufe der hoch bezahlten Experten von Eurostat (Europäische Statistikbehörde) in Luxemburg, als Griechenland in den letzten Jahren gravierend gegen die Stabilitätskriterien der Eurowährung verstieß?

Am Beginn des Aufweichungsprozesses des Stabilitätspaktes waren auch Deutschland und Frankreich Sünder. Ein Haushaltsdefizit von mehr als drei Prozent hätte durch die EU mit Strafgeld belegt werden müssen. Chirac und Schröder wussten das zu verhindern. Erfahrene Finanzexperten hatten am Beginn der Griechenland-Krise das Ausscheiden Athens aus dem Euro-Club und eine geordnete Umschuldung des Landes empfohlen. Denn es war von Anfang an klar: Hellas ist insolvent. Aber EU, Europäische Zentralbank (EZB) und der deutsche Finanzminister sprechen bis heute, wider besseres Wissen, von einer momentanen Illiquidität des Landes. Umschuldungen sind beherrschbar. Es gibt Beispiele dafür. Wäre Griechenland unter Begleitung von EU und Internationalem Währungsfonds im Frühjahr 2010 aus der Eurozone ausgeschieden und hätte umgeschuldet, Athen wäre heute kein Thema mehr. Was wäre Griechenland und den Griechen erspart geblieben. Noch ist es nicht zu spät für diesen Schritt, der Mut und Opferbereitschaft erfordert. Besser ein Ende mit Schrecken, als wie jetzt ein Schrecken ohne Ende. Der nun eingeschlagene Weg ist verhängnisvoll. Am Ende dieses Weges wird zwangsläufig das Aus für den Euro stehen und ein verarmtes und überschuldetes Deutschland. *Wilhelm v. Gottberg*

Auch Deutschland war ein Sünder

MELDUNGEN

»Vorstufe neuen Linksterrors«

Hannover – Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann hat vor einer Wiederkehr linksextremistischer Mordtaten in Deutschland gewarnt. Die tagtäglichen, politisch motivierten Brandanschläge auf Autos in Berlin und Hamburg sowie die in ihrer Brutalität zunehmenden Angriffe auf Polizisten wertete er als „Vorstufe eines neuen Linksterrorismus“. „Wir haben bundesweit einen enormen Anstieg linksextremistischer Gewalt, im ersten Quartal um fast 70 Prozent im Vergleich zum Vorjahr“, sagte der CDU-Politiker der „Bild am Sonntag“. Linksextremisten nähmen mittlerweile in Kauf, dass bei ihren Anschlägen Menschen sterben. Im Internet kursierten Infotexte, welche die Schwachstellen der Schutzausrüstung der Polizisten aufzeigten, um sie leichter verletzen zu können. Der Innenminister zog einen direkten Vergleich zur RAF: Deren Terror habe auch mit Brandanschlägen begonnen. „Später wurden gezielt Menschen ermordet“, warnte Schünemann. Zur Verbesserung der schlechten Aufklärungsquote würden in Niedersachsen verdeckte Ermittler in der linksradikalen Szene eingesetzt. *CR*

Milliarden statt Millionen

Paris/Athen – Die Forderungen von Kreditinstituten aus Frankreich gegenüber Griechenland sind vom ersten Quartal des vergangenen Jahres bis zum vierten von umgerechnet 27 Milliarden US-Dollar auf 15 zurückgegangen. In der letzten Schuldenuhr war durch ein Versehen nur von Millionen die Rede gewesen. *PAZ*

»Auf dem Weg in die Knechtschaft«

FDP-Bundestagsabgeordnete kritisieren Maßnahmen zur Stabilität der Eurozone und zeigen Folgen auf

Angesichts der europäischen Verschuldungskrise begehren immer mehr Bundestagsabgeordnete gegen die drohende monetäre EU-Planwirtschaft auf. Der FDP-Abgeordnete Frank Schäffler, einer der Protagonisten des „Liberalen Aufbruchs“, der sich für eine FDP als klassisch-liberale Partei einsetzt, hat gemeinsam mit einigen Fraktionskollegen eine Erklärung zur Griechenlandhilfe abgegeben. Darin zeigen sie Fehler und Versäumnisse beim Schnüren des Euro-Rettungspakets detailliert und eindeutig auf und warnen so eindringlich vor den Folgen, dass die Erklärung hier ungekürzt wiedergegeben wird.

Am 11. Februar 2010 haben die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union gemeinsam geschaffenes und von allen Staaten der EU ratifiziertes Recht und damit Europäisches Recht kollektiv gebrochen. Es wurde angekündigt, dass man Griechenland auf jeden Fall finanziell helfen werde, falls es Griechenland im April und Mai 2010 nicht gelingen sollte, sich zu ausreichend niedrigen Kosten am Kapitalmarkt zu refinanzieren. Damit haben die Staats- und Regierungschefs am 11. Februar 2010 den Bruch der No-Bail-out-Klausel im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) verkündet. Am 7. Mai 2010 erklärte die Bundeskanzlerin im Deutschen Bundestag, dass die Griechenland-Hilfe eine einmalige Hilfe sei, die absolute Ausnahme und sonst nichts. Als der Bundestag am 21. Mai 2010 das sogenannte Euro-Rettungspaket, den vielzitierten Rettungsschirm, verabschiedete, wurde im Bundestag erklärt, dass ohnehin niemand unter diesen Schirm flüchten werde. Lediglich die Finanzmärkte müssten durch ein starkes Zeichen beruhigt werden. Heute drängeln sich bereits Irland und Portugal unter diesem Schirm, Griechenland soll folgen. Im Herbst dieses Jahres soll er mangels Kapazität in seinem Ausleihvolumen weiter erhöht werden. Noch am 27. Oktober 2010 erklärte die Bundeskanzlerin zur Dauer des Rettungsschirms: „Er läuft 2013 aus. Das haben wir auch genau so gewollt und beschlossen. Eine einfache Verlängerung kann und wird es mit Deutschland nicht geben, weil der Rettungsschirm nicht als langfristiges Instrument taugt, weil er Märkten und Mitgliedstaaten falsche Signale sendet und weil er eine gefährliche Erwartungshaltung fördert. Er fördert die Erwartungshaltung, dass Deutschland und andere Mitgliedstaaten und damit auch die Steuerzahler dieser Länder im Krisenfall schon irgendwie einspringen und das Risiko der Anleger übernehmen können.“

Vier Wochen später galt dieses alles nicht mehr. Und es wurde dann sogar am 11. März 2011 ein Weg zur „Änderung des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union hinsichtlich eines Stabilitätsmechanismus für die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist“, eingeschlagen. Dieser Weg ist erstens ein Weg zur Ausweitung des bestehenden Euro-Rettungsschirms, die der Bundestag nie wollte. Dieser Weg ist zweitens ein Weg zur unbefristeten Verlängerung des Euro-Rettungsschirms, die der Bundestag nie wollte. Schließlich ist dieser Weg drittens ein Weg zur qualitativen Veränderung der Europäischen Wirtschaftsverfassung, die der Bundestag nie wollte.

Heute befassen wir uns mit einer zweiten Griechenland-Hilfe. Allen Bekundungen zum Trotz hat bereits die erste Griechenland-Hilfe vor einem Jahr die Situation für Griechenland nicht entschärft, sondern verschärft. Es ist eingetreten, was die Bundeskanzlerin angekündigt hat. Durch die Griechenland-Hilfe haben wir den Märkten falsche Signale gesendet. Wir haben die Erwartungshaltung gefördert, dass Deutschland und damit auch seine Steuerzahler im Krisenfall schon irgendwie einspringen. Wir haben die berechtigte Hoffnung geweckt, dass der Staat das Risiko der Anleger übernehmen wird. Der Erwerb griechischer Anleihen ist dadurch zum Geschäftsmodell geworden. Wir ändern daran nichts, sondern verstetigen im Gegenteil mit der weiteren Subventionierung der Anleihegläubiger das Geschäftsmodell. Wir perpetuieren die Erwartungshaltung. Wir erhalten die berechtigte Hoffnung, dass der Staat das Risiko der Anleiheinhaber übernimmt. Nichts von dem wird dadurch geändert, dass wir die Gläubiger über die versprochene Prolongation beteiligen. Die Anleiherenditen werden immer noch überdurchschnittlich sein. Mit dem Kauf von Anleihen erwirbt man die hohe Rendite entsprechend dem griechischen Insolvenzrisiko, ohne dass dieses Risiko zu tragen ist.

Staatliches Geldsystem hat zu Überschuldung geführt

Bedrohlicher noch ist der Blick über die griechische Situation hinaus. Was wir anhand des griechischen Beispiels vorexerzieren, werden die Marktteilnehmer zu deuten wissen. Wir werden die Nutzung des gleichen Geschäftsmodells demnächst bei Schuldtiteln aus Zypern erleben. Zypern ist klein. Wir werden die Nutzung des gleichen Geschäftsmodells anschließend bei Anleihen aus Italien und Spanien erleben. In allen drei Ländern sinkt die Sparquote. In Zypern und Italien ist sie bereits negativ. In allen drei Ländern existieren hohe Leistungsbilanzdefizite. Fallende und schließlich negative Sparquoten bei hohen Leistungsbilanzdefiziten gingen jeweils dem Bankrott in Griechenland und Portugal voraus. Wenn wir die Subventionierung der Anleihegläubiger Griechenlands nicht beenden, werden wir in kurzer Zeit im Bundestag zusammenkommen, weil wir erneut vor der gleichen Situation stehen. Dann aber werden es Spanien und Italien sein, die Hilfe suchend den Blick nach Norden richten. Angesichts der wirtschaftlichen Größe beider Länder kann sich jeder ausmalen, was das für den Euro bedeuten wird. Der Preis, den wir für den im Februar des Jahres 2010 eingeschlagenen und heute weiter beschrittenen falschen Weg zu bezahlen haben werden, ist hoch. Viel zu hoch. Er kostet den Euro und dadurch vielleicht die europäische Einigung.

Es ist höchste Zeit und vielleicht schon zu spät, um umzukehren und endgültige Lösungen zu diskutieren. Wir müssen uns trauen, die einzigen möglichen Wege, die Griechenland wirklich helfen, zu gehen. Wir müssen uns endlich eingestehen, dass wir es mit einer pathologischen Überschuldung von Staaten und Banken zu tun haben. Wir müssen uns endlich eingestehen, dass das staatliche Geldsystem zu einer Überschuldungskrise von Staaten und Banken geführt hat. Wir ignorieren die Krankheit unseres staatlichen Geldsystems, in dem Geld und Kredit aus dem Nichts geschaffen werden. Dieses Geldsystem hat ein Schneeballsystem aus ungedeckten, zukünftigen Zahlungsverpflichtungen geschaffen. Wie jedes Schneeballsystem wird es früher oder später in sich zusammenbrechen. Wir befinden uns auf dem Weg in die Knechtschaft. Dieser führt uns von Intervention zu Intervention spiralenförmig abwärts. An seinem Ende erwartet uns ein planwirtschaftliches Europa. Mit dem planwirtschaftlichen Europa kommt die Vollendung seines ökonomischen Verfalls. Ökonomischer Verfall führt zur Unzufriedenheit bei den betroffenen Menschen. Die schlimmen politischen Folgen ökonomischer Unzufriedenheit sehen wir in Dänemark, das seine Grenzen schließt. Statt eines Europas mit Grenzen für Güter und Menschen brauchen wir ein marktwirtschaftliches Europa mit Freihandel und gesundem Geld. Nur so erhalten wir ein Europa der Freiheit.



Fehlstart: Am Anfang der Griechenland-Hilfe stand ein kollektiver Bruch des EU-Rechts. Bild: mauritius

Die Schulden-Uhr:

Kirchturm-Politik

Ich halte es auf Dauer nicht für vernünftig, wenn die Regierung zweigeteilt ist zwischen zwei Städten, die 500 Kilometer voneinander entfernt sind“, so Wolfgang Thierse. Argumentative Unterstützung erhält der Berliner SPD-Bundestagsvizepräsident vom Bund der Steuerzahler, der die Kosten für zusätzliche Dienstreisen per Flugzeug, Bahn und Auto, 750 Tonnen Postverkehr, zusätzlichen Büroflächenbedarf etc. auf rund 23 Millionen Euro pro Jahr schätzt. Trotzdem spricht sich der christdemokratische Ex-Bundesarbeitsminister Norbert Blüm aus Nordrhein-Westfalen für die Beibehaltung der Zweiteilung aus. Nun könnte man hoffen, dass (ehemalige) Bundespolitiker das nationale Gesamtwohl im Auge haben, aber was die SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles bezüglich ihrer Partei sagt, gilt augenscheinlich nicht nur für diese: Die Positionierung erfolgt „je nach regionaler Zugehörigkeit“. *M. R.*

1.959.743.868.326 €

Vorwoche: 1.958.422.230.449 €
Verschuldung pro Kopf: 23.987 €
Vorwoche: 23.971 €

(Dienstag, 21. Juni 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

In der Zensusfalle

Gebäudezählung schafft Basis für staatliche Zwangshypotheken

Als die Bundesrepublik Deutschland 1987 ihre Bürger zählen wollte, regte sich heftiger Widerstand. Am gerade laufenden Zensus 2011 gibt es dagegen nur verhaltene Kritik. Dabei birgt diese Volkszählung erhebliche Brisanz, denn im Rahmen einer Gebäude- und Wohnungszählung werden auch alle Immobilienbesitzer detailliert befragt. Bisher wurde der Immobilienbestand in keinem bundesweiten Register erfasst. Das soll sich jetzt ändern. Dem Staat bieten sich dadurch ungeahnte Möglichkeiten. Die so erhobenen Daten könnte er beispielsweise zur Eintragung von Zwangshypotheken nutzen.

Bei einer staatlichen Zwangshypothek wird eine Grundschuld zugunsten des Staates in die Grundbücher eingetragen. Immobilienbesitzer werden somit zwangsweise verschuldet und müssen den auferlegten Kredit abzahlen. Die Bundesregierung hat das deutsche Immobilienvermögen im Januar 2009 auf etwa neun Billionen Euro geschätzt. Bei einer Zwangshypothek über zehn Prozent könnte sich der Staat also neunhundert Milliarden Euro beschaffen, die mit Grundschulden gesichert sind. Eigentum verpflichtet. So steht es in Artikel 14 des Grundgesetzes (GG). Dieser Artikel ist aber so schwammig gehalten, dass er die Immobilienbesitzer in Kürze teuer zu stehen kommen könnte. Nach Artikel 14 Absatz 3 GG ist eine Enteignung nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines noch zu erlassenden Gesetzes erfolgen, welches Art und Ausmaß einer Entschädigung regelt. Eine Entschädigung ist dabei unter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Lediglich wegen der Höhe der Entschädigung steht in einem Streitfall der Rechtsweg offen. Das Grundgesetz schützt die Immobilieneigentümer also nicht und rein rechtlich betrachtet ist eine Zwangshypothek problemlos zulässig. Wirtschaftlich betrachtet kommt eine staatliche Zwangshypothek einer sehr schmerzhaften Steuer gleich. Durch die Beteiligung des Staates am Immobilienvermögen würde die Staatskasse von Eigentümern, auch von Mietern, zusätzliche Gelder abschöpfen, selbst wenn diese dadurch an den Rand der Armut und darüber hinaus gedrängt würden.

Grundgesetz schützt Eigentümer nicht vor indirekter Enteignung

Es erscheint daher nicht zufällig, dass in diesem Jahr der Zensus 2011 stattfindet. Als Volkszählung getarnt, wird hier das Immobilienvermögen festgestellt und bewertet. Mit den gewonnenen Daten lässt sich eine zwangsweise eingeleitete Hypothek umsetzen. Diese Masseneignung wäre dann auch sehr leicht durch die Bundesbank durchzuführen. Durch die elektronische Erfassung der Grundbücher ist es ein Leichtes, binnen kurzer Zeit für jeden Immobilienbesitzer eine Hypothek einzutragen. Noch bedenklicher ist es, dass durch bestimmte Formulierungen im Enteignungsgesetz die Kreditverpflichtungen an den realen Hypothekenwert gebunden sind und sie auch bei einer Papierentwertung nicht verschwinden würden. Die Verpflichtungen blieben bestehen und stabil. Der Wert der Immobilie würde dagegen dramatisch fallen und es würde zu massenhaften Zwangsversteigerungen kommen.

Max-Dieter Höhler

Sinnlose Treffen?

Kreml enttäuscht über Russland-Nato-Rat

Russland fühlt sich einmal mehr vom Westen nicht ernst genommen und hinters Licht geführt und fragt sich, ob seine Teilnahme an Treffen des Nato-Rats oder der Russland-EU-Gipfel überhaupt noch sinnvoll ist. In beiden Fälllen sehen die Russen sich in der Defensive, da sie das Gefühl haben, mehr zu geben als sie erhalten.

Wert nur noch protokollarisch

Erst die Zustimmung der Russen machte den Nato-Einsatz in Libyen möglich. Dafür hatte Moskau mehr Entgegenkommen in der Frage der Raketenabwehrstationierung im Osten Europas erwartet. Speziell hatte Russland von der Nato Garantien gefordert, dass die Raketenabwehr in Europa seine Interessen nicht verletzt. Diese Garantie wollte Dmitrij Medwedew auf der letzten Sitzung des Natorats in Deauville niemand geben. Auch Russlands Vorschlag, die Zahl und die Stützpunkte der Abfangraketen vertraglich festzuhalten, wurde abgelehnt. Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow schloss daraus, dass es Zeit sei, nach Hause zu fahren und sich auf ein neues Wettrüsten einzustellen. Weil der Raketenabwehrschild eine Idee der Amerikaner ist, mit der nicht alle Nato-Mitglieder einverstanden sind, hatte der russische Verteidigungsminister als „gleichberechtigter Partner“ auf die Unterstützung wenigstens einzelner Europäer gehofft.

Auch der Russland-EU-Gipfel hat nach Einschätzung russischer Kritiker eher protokollarischen Wert. Auf dem Gipfel in Nischnij Nowgorod standen neben der „Gurkenseuche“ vor allem die Abschaffung der Visumpflicht und ein neuer Grundlagenvertrag über den Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation WTO auf der Tagesordnung. Auch hier rechneten die Russen vergeblich mit dem Entgegenkommen der Europäer. Visumfreiheit wird es vorerst nicht geben. Europa ist vor allem an Geschäftskontakten mit Russland interessiert, verlangt aber von Moskau die Anpassung an europäische Gesetze und die Bekämpfung der Korruption. Statt darauf einzugehen, begegnet Regierungschef Wladimir Putin dem Westen indessen mit eigenen Mitteln (siehe Seite 7). *MRK*

Auf der Mauer, auf der Lauer

Von VERA LENGSFELD

Auf der Mauer, auf der Lauer liegt schon längst kein wachsamer Grenzpolizist mehr. Heutzutage hat man Schwierigkeiten, den Verlauf der tödlichen Grenze überhaupt noch auszumachen.

Vorbei die Absurdität einer geteilten Straße, deren östlichen Bürgersteig man noch begehen durfte, etwa auf dem Weg von der Wollankstraße zum Pankower Bürgerpark, deren Westseite aber schon „Grenzgebiet“ war, das nicht mehr betreten werden durfte, wie unübersehbare Schilder alle zehn Meter mitteilten. Die Bewohner der Häuser auf dieser Seite durften keinen Besuch empfangen, außer Verwandten ersten Grades auf Antrag. Von den Menschen, die an diesem Wochenende das erste Schulze-Straßenfest feiern, kennt kaum noch einer diese Geschichte, obwohl in unmittelbarer Nähe, am S-Bahnhof Wollankstraße, ein neu errichteter Aufsteller anlässlich des bevorstehenden 50. Jahrestages des Mauerbaus daran erinnert, dass hier ein Fluchttunnel gegraben worden war, der wegen vorzeitiger Entdeckung nicht in Betrieb genommen werden konnte.

Auch der Straßenname sagt den Festgästen nichts mehr. Sie wurde nach Egon Schulze benannt, ein DDR-Grenzsoldat, der angeblich von imperialistischen Agenten, in Wirklichkeit aber aus Versehen von den eigenen Genossen erschossen wurde, als er Tunnelflüchtlinge verfolgte.

Die Straße boomt, bald werden die letzten Baulücken mit Neubauten geschlossen sein, die Gründerzeithäuser sind bereits aufwändig saniert. Wo früher die Mauer stand, verläuft heute auf dem ehemaligen Kolonnenweg der Mauerweg, der 160 Kilometer lang um das ehemalige West-Berlin herum führt.

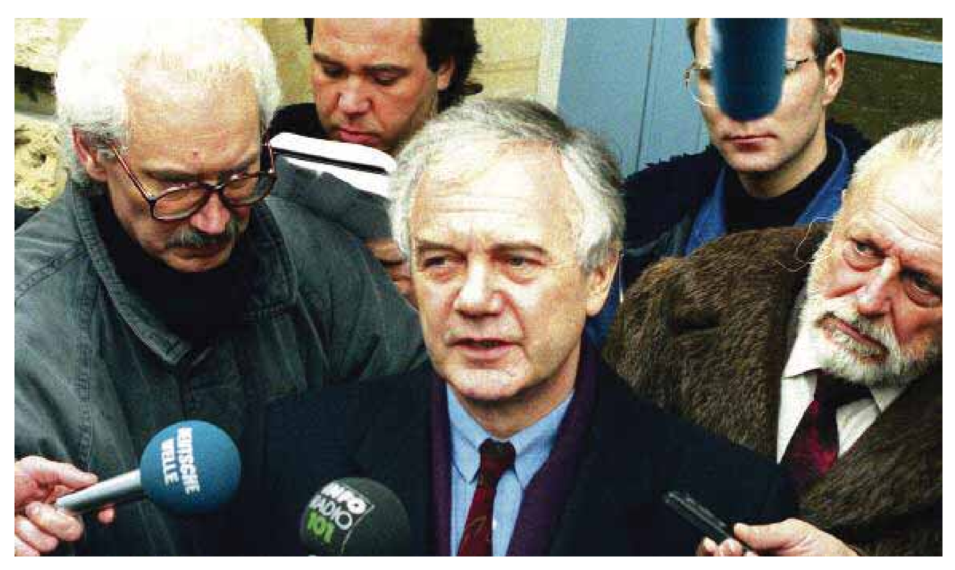
In Pankow, dem Berliner Bezirk mit dem derzeit höchsten Zuzug, ist der Mauerweg besonders schön. Japan hat nach dem Mauerfall Hunderte japanische Kirschbäume gespendet, die heute den vielen Radlern, Wanderern und Spaziergängern Schatten bieten. Auf den Wiesen tummeln sich viele Kinder. Hier hat man nicht das Gefühl, dass die Deutschen zur aussterbenden Spezies gehören.

Wer dem Mauerweg Richtung Osten folgt, kommt am großen S-Bahnkreuz vor Gesundbrunnen vorbei. Leider wurden die liebevoll restaurierten S-Bahnbrücken von der autonomen Urbevölkerung über und über mit Graffiti besprüht. Kleingärtner der Anlage „Famos“ haben Bettlaken aufgehängt. Sie wehren sich gegen den Abriss ihrer Gärten, die Stadtvillen Platz machen sollen.

Auch ein paar Kilometer weiter, am berühmten Mauerpark, wird fleißig gebaut. Die „Gentrifizierung“ des Gleimviertels ist unaufhaltbar im Gange. Berlin ist immer durch seine Zuzügler geprägt worden. Das tut der Stadt bis heute gut.

»Stolpe hätte gehen müssen«

Potsdam: Enquetekommission zur Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit blamiert Rot-Rot



Vieles blieb offen: 1992 ließ sich der damalige brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD) zu den gegen ihn erhobenen Stasi-Vorwürfe befragen.

Bild: pa

Brandenburg hat eine offizielle Enquetekommission zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. Die bringt die rot-rote Landesregierung jetzt in Erklärungsnot.

Ein Gutachten der Kommission hat festgestellt: Ex-Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD) und mehrere Landtagsabgeordnete hätten nach der vom Landtag beschlossenen Prüfung ihrer DDR-Geheimdienstkontakte in den 90er-Jahren ihr Mandat zurückgeben müssen. Für die Regierung aus SPD und Linkspartei Grund genug, die Kommission nun in Misskredit zu bringen, klagen CDU, FDP und Grüne. Derweil zeigt das Beispiel Potsdam, dass mehr Konsequenz im Umgang mit der Vergangenheit möglich war.

„Wer sich um schmerzliche Einsichten drückt in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, erreicht damit immer nur einen zeitweiligen Frieden“, sagte Marianne Birthler vor wenigen Tagen dem Berliner „Tagesspiegel“ vor dem Hintergrund des Streits um die Enquetekommission. Die SPD der Mark bestreitet indes, dass es einen solchen zeitweiligen Frieden, einen Sonderweg Brandenburgs im Umgang mit der DDR und deren belasteten Vertretern und Stasi-Zuträgern je gegeben habe.

Das sah die Opposition stets ganz anders. Nun fühlt sie sich durch die Arbeit der Kommission bestätigt. Der von der SPD in das Gremium berufene Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel hat indes die Kommission unter Protest verlassen, wofür SPD-Fraktionsvorsitzender Ralf Holzschuher „vollstes Verständnis“ zeigte. Die Gutachten entsprächen nicht wissenschaftlichen Anforderungen und würden vielmehr für „platten politischen Meinungskampf“ genutzt, wirft Rot-Rot der Kommission vor. Linke-Fraktionschefin Kerstin Kaiser bemängelte, „Schlussfolgerungen und Attribute der Gutachter“ seien „mehr moralischer und politischer Natur als eine wissenschaftliche Bewertung“. Alles in allem sei das eine Abrechnung und nicht vom Interesse an Lehren für die Zukunft geleitet, klagt die SPD.

> Regierung Platzeck reagiert äußerst gereizt

Dabei vergeht kaum eine Woche ohne neue Enthüllungen zum ungebrochenen Weiterwirken belasteter DDR-Funktionsträger und Stasi-Mitarbeiter. Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) prüfte jüngst die Stasi-Verstrickung von 13 Richtern – auch den Fall einer Sozialrichterin. Und ausgerechnet Holzschuher empörte sich vor Tagen über Heinz Vietze, den langjährigen Strippenzieher der PDS oder Linkspartei. Das „Ungeheuerliche“ an Heinz Vietze, so Holzschuher, sei nicht dessen inoffizielle Mitarbeit bei der Stasi, sondern dass er als letzter SED-Bezirkssekretär in Potsdam vor 1989 schließlich hochrangiger Funktionsträger war und „an Listen für Internierungslager“ beteiligt gewesen sei.

Das Festhalten der SPD an Stolpe wie an seiner umstrittenen Form von „Vergangenheitsbewältigung“ bekommt nun allerdings auch im Inneren Risse. Ein Grund: Die Verfasser der aktuellen Studie der Enquetekommission sind als anerkannte Wissenschaftler kaum angreifbar: Gisela Rüdiger führte 18 Jahre die Außenstelle der Stasi-Unterlagenbehörde in Potsdam. Hanns-Christian Catenhusen ist Jurist und Experte in Sachen Stasi-Überprüfung im öffentlichen Dienst der neuen Länder. „Außergewöhnlich wohlwollend“, so die beiden, seien die Behörden mit Stasi-Belasteten während Stolpes erster Amtszeit umgegangen. Statt in DDR-Unrecht verstrickten Abgeordneten die Niederlegung ihrer Mandate zu empfehlen, „kam es zu einer Vielzahl von Gnadenakten“ durch die vom Landtag seinerzeit eingesetzte Prüfkommission.

Das hatten jene Prüfer damals nicht mit dem Landtag abgesprochen. Stolpe und Vietze tauchten dann im Abschlussbericht nicht einmal mehr auf, obwohl im Fall Vietze sogar die Stasi-Akte vorlag. Nicht einmal als „Grenzfall“ wollten die in Stolpes Amtszeit eingesetzten Prüfer Vietze demnach einordnen – in eine Kategorie, die sie eigens geschaffen hatten, um damals rund zehn Abgeordnete zu entlasten.

Vietze saß daraufhin 19 Jahre unbehelligt im Landtag. Die Gutachter der Enquetekommission sehen darin ein „Indiz für die unzureichende Selbstreinigung des Parlaments“. Sie kritisieren vor allem, dass es anschließend keine öffentliche Diskussion gegeben habe – weder um den Abschlussbericht noch um die „Grenzfälle“. Die spätere Aufdeckung der Rosenholz-Dateien mit den Namen von Agenten der Stasi-Auslandsspionage „verhallte in Brandenburg ungehört“, kritisieren die Gutachter weiter.

Dass echte Aufarbeitung bei entsprechendem politischen Willen möglich war, zeigt das Beispiel der Stadt Potsdam. Der Bürgerrechtler und Gutachter Manfred Kruczek lobt in einem eigenen Gutachten die Prüfung Belasteter seitens der Landesmetropole, obwohl „die Einflussnahme aus der Landesebene zu einer Kursveränderung in der Landeshauptstadt besonders ausgeprägt war“. Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) habe laut dem aktuellen Papier Kruczeks in seiner Zeit als Oberbürgermeister sogar Druck zugunsten einer Abschaffung der Regelanfrage bei der Stasi-Unterlagenbehörde ausgeübt – vergebens, denn das Stadtparlament hielt dagegen. Die Beibehaltung der Prüfung wirkte demnach vorbeugend gegen die Übernahme Belasteter in den öffentlichen Dienst. *SV*

Wut auf die Hassbrenner

Auto-Brandstiftung: Berlins Ermittler verzweifeln an lascher Justiz

Seit Mai attackieren Brandstifter in Berlin inzwischen jede Nacht mehrfach Autos. Die Stimmung in der bislang eher gleichmütigen Stadt kippt. Von „Hassbrennern“ sprechen die Medien und ernten dafür selbst Drohungen der linken Szene. Vieles spricht für die Verantwortung linksextremer Täter bei den jüngsten Anschlägen.

Der Hauptstadt drohen dieses Jahr noch mehr ausgebrannte Fahrzeuge als 2009: 145 Brandsätze vernichteten damals 221 Autos. Der Druck auf die Ermittler wächst. Als größte Schwachstelle entpuppt sich Berlins Justiz. Sie schickt selbst mutmaßliche Wiederholungstäter trotz vieler Indizien nach Hause statt in Haft.

Autobrandstifter Detlef M. (43) aus Friedrichshain muss jetzt allerdings aufgrund massiver Beschwerden von Staatsanwaltschaft und Ermittlern in Untersuchungshaft. Der Hartz-IV-Empfänger soll diesen Monat Autos angezündet haben und steht womöglich hinter weiteren Anschlägen am 16. Mai. Beim Staatsschutz ist er bereits durch andere Straftaten wie Sachbeschädigung aufgefallen.

Als M. dem Haftrichter vorgeführt wurde, setzte der den einschlägig bekannten Linksextremen frei. Auch eine sofortige Beschwerde der Staatsanwaltschaft lehnte der zuständige Richter ab.

> Viele Täter stammen aus der linken Szene

Der vergangenen Sonntag gefasste mutmaßliche Autobrandstifter Ian H. (36) ist dagegen von Anfang an in U-Haft, allerdings vor allem deshalb, weil er nicht in Berlin wohnt. Auch er hatte offenbar wenig Angst vor den Ermittlern: Er erzählte in einer Kneipe der Wirtin, ihr Auto brenne.

Die Ermittler frustriert die hohe Zahl der Freisprüche. Im Prozess gegen die als einer der ersten mutmaßlichen Täter gefasste Alexandra R. folgte vor wenigen Tagen die dritte Niederlage in Folge für den Staatsanwalt. Die 2009 Verhaftete gehört der linken Szene an. Ein Polizist gab an, sie in der Nähe eines Brandtatorts gesehen zu haben – eine Verwechslung, urteilten Richter nun in dritter Instanz.

So sehr sich die Ermittler bemühen, umgehend Tatspuren an den Verhafteten zu sichern, so wenig haben derartige Indizien vor Berliner Gerichten Bestand. Auch ein 24-jähriger möglicher Komplize von Detlef M. ist nach der Vernehmung umgehend freigelassen worden. Zu einer Verurteilung kommt es selten: So wurde ein Kreuzberger (28) für schuldig befunden, weil er, während er vor seinem eigenen Haus einen Brand legte, von einer Überwachungskamera gefilmt wurde. *SV*

Verwaltung altert

IHK: Personalabbau belastet Standort

Von 1998 bis 2010 sank die Zahl der Beschäftigten im Berliner Landesdienst von 162 091 auf 115 885. Dies betraf in erster Linie die kommunalen Mitarbeiter (54 608 auf 24 117). Die Landesbediensteten auf höherer Ebene (107483 auf 91 768) waren davon weniger betroffen. Vor allem Stellen im mittleren und einfachen Dienst fielen weg. Für die kommenden Jahre ist eine weitere Verringerung des Personalbestandes geplant.

Bis 2016 scheidet noch einmal rund ein Viertel der Mitarbeiter altersbedingt aus. Da in den vergangenen Jahren kaum Berufsanfänger eingestellt wurden, hat sich eine ungünstige Alterspyramide entwickelt. Auch die Zahl der Lehrstellen im Landesdienst wurde von 1998 bis 2010 halbiert. Die Zukunft lässt zudem qualitativ nicht Gutes erwarten. Bei künftigen Neueinstellungen wird das „Partizipationsgesetz“ Anwendung finden, bei dem nicht mehr nach Qualifikation, sondern nach ethnischer Herkunft ausgewählt werden soll.

Die Kürzungen treffen vor allem Einrichtungen wie Bürgerämter, Gesundheitsdienste, Bauämter, Beratungsstellen, Jugendklubs, Volkshochschulen, Bibliotheken. Die Bezirksbürgermeister haben daher parteiübergreifend mehr Geld für Personal gefordert. Der hohe Schuldenstand Berlins wird jedoch kaum Möglichkeiten bieten, ausscheidendes Personal zu ersetzen.

Allerdings: Allein 2010 schieden 203 Mitarbeiter der Finanzämter aus – nur 62 Stellen wurden neu gesetzt. Die oppositionelle CDU sieht darin den Grund für rund 400 Millionen Euro Mindereinnahmen 2010, was jedoch von der Senatsverwaltung bestritten wird. Die Industrie- und Handelskammer (IHK) sieht in der Personalpolitik im öffentlichen Dienst einen Standortnachteil für die Wirtschaft. *Hans Lody*

Polizeibewerber: Qualität sinkt

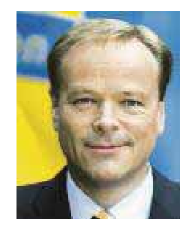
Der brandenburgische CDU-Landtagsabgeordnete Björn Lakenmacher kritisiert die Leistungen vieler Polizeibewerber. Lakenmacher ist selbst Kriminalbeamter. Schon bei vorgelagerten Tests fielen viele Bewerber wegen schlechter Deutsch- und Grammatikkenntnisse durch. Um mangelnde Nachfrage nach dem Beruf muss Brandenburg sich demnach zwar keine Sorgen machen, aber um die Qualität. Ausdruck und Rechtschreibung seien bei vielen Bewerbern mangelhaft. Zudem gingen nach wie vor viele in Brandenburg ausgebildete Ordnungshüter in westliche Bundesländer wegen der dort besseren Bezahlung. Auch die körperliche Fitness der märkischen Beamten lässt laut Lakenmacher, der sportpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion ist, zu wünschen übrig. Generell seien gerade in Brandenburg kaum Anreize für Polizisten vorhanden, Sport zu betreiben. Die CDU will daher eine „Sportfördergruppe für hoch talentierte Polizeisportler“ durchsetzen. *SV*

Zeitzeugen



Mobutu Sese Seko – Der 1930 geborene Afrikaner war von 1965 bis 1997 Präsident der Demokratischen Republik Kongo/Zaire. 1984 wurde Mobutus persönliches Vermögen auf vier Milliarden US-Dollar geschätzt. Diese Summe entsprach etwa den damaligen Auslandsschulden seines Staates.

Hosni Mubarak – Der 1928 geborene Staatspräsident Ägyptens herrschte von 1981 bis zum 11. Februar dieses Jahres. Sein 80-Millionen-Einwohner-Land bekam zum Ende seiner Amtszeit 1,3 Milliarden Dollar US-Militärhilfe im Jahr. Dazu kamen eine Wirtschaftshilfe in Höhe von 700 Millionen Dollar sowie Vorzugspreise für Weizen. Die mit den USA verbündete Bundesrepublik zahlte Mubaraks Staat im Durchschnitt 64 Millionen Euro im Jahr.



Dirk Niebel – Der 1963 in Hamburg geborene Freidemokrat ist seit 2009 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Er führt damit ein Ministerium, für dessen Auflösung er sich noch als Generalsekretär seiner Partei im letzten Bundestagswahlkampf ausgesprochen hatte. Nach der Wahl kündigte Niebel an, die deutsche Entwicklungshilfe für China und Indien mit der Beendigung der laufenden Programme auslaufen lassen zu wollen.

Haji Mohamed Suharto – Der 1921 auf Java zur Welt gekommene Diktator war von 1967/68 bis 1998 Präsident Indonesiens. Nach dem Ende seines Regimes wurde er wegen Korruption vor Gericht gestellt. Ihm wurde vorgeworfen, mindestens 571 Millionen US-Dollar öffentlicher Gelder veruntreut zu haben. 2000 wurde das Verfahren aus Gesundheitsgründen eingestellt.



Heidemarie Wieczorek-Zeul – Die 1942 in Frankfurt am Main geborene Lehrerin mit SPD-Parteibuch ist Kritikerin und direkte Vorgängerin von Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel. In ihre Amtszeit fällt die Überweisung von rund 187 Millionen Euro Hilfsgeldern an die Volksrepublik China noch im Jahre 2008. Die Parteilinke gehörte sowohl den beiden rot-grünen Regierungen Gerhard Schröders als auch Angela Merkels erstem, schwarz-roten Kabinett an.

Harscher Rotstift

Entwicklungshilfe auf dem Prüfstand – Niebel will restriktivere Vergabepraxis

In die lange Jahre festgefahrene deutsche Entwicklungshilfe und ihre „Gießkannenpolitik" bläst ein frischerer Wind. Seit seinem Amtsantritt im Jahr 2009 als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat Dirk Niebel (FDP) finanzielle Hilfen an die Dritte Welt in dreistelliger Millionenhöhe gestrichen. Kriterium für den harschen Rotstift waren Korruption und Verletzung der Menschenrechte in den Empfängerländern. Auch einige andere Maximen deutscher Entwicklungshilfe kommen auf den Prüfstand.



Dirk Niebel in Afghanistan: Auch Zahlungen an das afghanische Regime stoppte der Minister. Bild: pa

Der höchste eingefrorene Betrag trifft Afghanistan. Niebel zahlte 125 Millionen Euro nicht aus, da die Regierung Hamid Karsei in der Bekämpfung der Korruption die vereinbarten Ziele nicht eingehalten habe. Der ehemalige Hoffnungsträger des Westens steht international ohnehin in der Kritik. Karsei soll, so berichten Insider in der Hauptstadt Kabul, namhafte Beträge der gewährten Hilfen ins Ausland transferieren, um nach einem eventuellen Sturz abgesichert zu sein. Zudem wird sein Cousin Ahmad Rateb Popal als Chef der sogenannten Watan-Gruppe verdächtigt, indirekt Kontakte zu ausländischen Drogenkartellen zu unterhalten. Er saß in den USA fast zehn Jahre wegen Drogenschmuggels ein. Afghanistan ist nach wie vor das weltweit führende Land in der Produktion von Rohopium und dem Schmuggel der Droge über den benachbarten Iran in den Westen. Niebels Streichprogramm erfasste aber auch einige Staaten in Afrika. Der Minister ließ mehrere Millionen Euro für Uganda einfrieren, als die Regierung in Kampala für praktizierte Homosexualität die Todesstrafe einführte.

Wichtiger scheint indes, dass das Ministerium seine Vergabestrategie ändert. Es sollen mehr Investitionen in die ländlichen Räume fließen, anstatt die Großmannssucht mancher Regenten zu fördern, die sich mit aufwändigen Projekten ein Denkmal setzen wollen. Die ländliche Bevölkerung soll durch das Entstehen von Arbeitsplätzen profitieren, ohne dass es zu Landraub durch Agrarkonzerne kommt. Auch führende Ökonomen wie Jeffrey Sachs aus den USA kritisieren, dass der Fokus des Westens zu sehr auf industrielle und städtische Entwicklung gerichtet sei. Andere Kritiker führen an, dass die nach dem herkömmlichen Modell transferierten Gelder hauptsächlich wieder der Wirtschaft der Geberländer zugute kommen. Auch Deutschland verteidigt die Ausgaben mit dem Hinweis, dass jeder Euro einen dreimal größeren Effekt für die heimische Ökonomie in Form anschließender Exporte zeitige. Frankreich koppelt Hilfen sogar an Aufträge für die eigene Wirtschaft.

Mehr Investitionen in ländliche Räume und bilaterale Handelsabkommen geplant

Nach Niebels Wunsch sollen durch die Europäer bilaterale Handelsabkommen geschlossen werden, um für Länder wie beispielsweise Tunesien den Handel mit Agrargütern zu öffnen und zahlreiche noch bestehende Handelsbeschränkungen aufzuheben. Die sogenannte Welthandelsrunde jedenfalls sei über die Uneinigkeit im Export und Import von Industriegütern gescheitert. Das könne mit bilateralen Pakten ausgebügelt werden. Die EU solle dabei eine Spitzenstellung einnehmen. Der Minister geißelt vor allem, dass jährlich rund 40 Prozent der weltweiten Ernten durch mangelhafte Lagerung und falsche Transporte verderben. Auch hier ließe sich mit gezielten Investitionen in Logistik, Lager- und Transportwesen die Welthungerlage deutlich verbessern.

Eine weitere zentrale Forderung Niebels ist, in Zukunft bei der Entwicklungshilfe schneller auf aktuelle Krisen reagieren zu können. Deshalb müssten bisherige Vergabeverfahren auf den Prüfstand. Allerdings müsse gleichzeitig von den Nehmerländern eine „gute Regierungsführung" verlangt werden. Und dazu gehöre ohne Zweifel der Kampf gegen die Korruption. Analog dazu fordert die Weltbank, eine funktionierende Justiz aufzubauen, um die Sicherheit in fragilen Staaten mit hoher Kriminalität zu gewährleisten. Das richtet sich etwa an Nigeria, wo marodierende Banden Öl im Millionenwert auf die Seite schaffen, während die Regierung gleichzeitig einen großen Teil der Erträge aus dem boomenden Geschäft in die eigene Tasche leitet. Immerhin leben nach Erkenntnissen der Weltbank 1,5 Milliarden Menschen in Staaten, die von einem hohen Maß an krimineller Gewalt oder von Gewaltkonflikten geprägt sind.

Ein nicht zu übersehendes Problem bei Leistungen der Entwicklungshilfe oder bei Katastrophenhilfen sind die machtpolitischen Strukturen der jeweiligen Länder. Sie blockieren sehr oft eine ausreichende Kontrolle über den Einsatz der Gelder. Zudem erheben einige Länder sogar Zölle auf die im Rahmen der Entwicklungshilfe eingeführten Güter. Auch hier scheint es angebracht, an Lieferungen Forderungen nach lückenloser Kontrolle zu binden. *Joachim Feyerabend*

Saatgut nur gegen Wohlverhalten

Die 26 ausländischen Institutionen, die Äthiopien mit Hilfsgeldern unterstützen, erhielten von der Organisation Human Rights Watch alarmierende Post: Es gelte zu untersuchen, inwieweit das Land Entwicklungsgelder zur Unterdrückung freiheitlich-demokratischer Opposition missbrauche. Motto: Saatgut für politisches Wohlverhalten. Wer nicht kuscht, der hungert, so einfach ist das. Denn der Zugang zu Fördermitteln wird nur freigegeben, wenn die Empfänger Zustimmung und Unterstützung für den Regierungsapparat signalisieren.

Nominell ist das Land eine parlamentarische Demokratie und eine föderale Republik, in Wirklichkeit regieren aber wenige Politoligarchen und Militärs. Trotz massiver internationaler Hilfen, die an

Hilfen sind an keine Auflagen gekoppelt

keine Auflagen gekoppelt sind, gibt es keine demokratischen Strukturen in dem Land, das einst nach der Loslösung von der Sowjetunion ein „donor darling" des Westens wurde und Milliardenbeträge zur Bekämpfung der durch Dürren ausgelösten Hungersnöte kassierte. Doch der Geldsegen machte begehrlich und wurde immer mehr zur Festigung der Herrschaft einiger weniger missbraucht. So wurden unter anderem mit Entwicklungsgeldern Bildungsprogramme finanziert, die nur den Zweck hatten, die Ideologie der Regierungspartei anzunehmen. Dennoch wurde dem Land 2005 ein Großteil seiner Auslandsschulden erlassen. Deutschland führt unter den EU-Mitgliedern nach wie vor die Geberliste an. Human Rights Watch hat die Regierungen des Westens aufgefordert, ihre Zusammenarbeit mit der äthiopischen Regierung grundlegend zu überdenken. Und Äthiopien ist kein Einzelfall. Es gibt noch viele andere Empfängerländer, wo das Geld in den Taschen der regierenden Clique verschwindet. *J.F.*

Veruntreuer und Förderer

Teil der Entwicklungshilfe wandert in die Taschen von Despoten

Die Organisation Transparency International hat sie an den Pranger gestellt: die Staatschefs, die am meisten Volksvermögen gestohlen haben, darunter auch Zuwendungen aus der Entwicklungshilfe der Industrienationen. Die Liste führt Libyens Herrscher Muammar Gaddafi mit rund 70 Milliarden US-Dollar an, gefolgt von Ägyptens Ex-Präsident Hosni Mubarak (30 bis 70 Milliarden), Indonesiens verstorbenem Mohamed Suharto (15 bis 35 Milliarden), dem philippinischen Ex-Diktator Ferdinand Marcos (fünf bis zehn Milliarden), Mobutu Sese Seko aus Zaire (fünf bis zehn Milliarden) und Alexander Lukaschenko aus Weißrussland (vier bis zwölf Milliarden).

Eine der Folgen dieser Korruption ist die Unterernährung von rund einer Milliarde Menschen, wie die FAO, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, bis 2009 ermittelte. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) hingegen listet die Geberländer der Entwicklungshilfe auf. In absoluten Beträgen führen die USA, gefolgt von Japan, Deutschland, Frankreich und Großbritannien mit zusammen etwa 75 Milliarden Dollar. Dazu addieren sich rund 20 Milliarden, die 2006 aus erlassenen Schulden resultieren. Auf dem Wunschzettel der UNO steht ein Betrag von 0,7 Prozent des jeweiligen Bruttosozialprodukts, der in die Dritte Welt fließen sollte. Diese Vorgabe wird nur von Dänemark (0,9 Prozent), Norwegen (1,10), Schweden (0,97), Luxemburg (1,09) und den Niederlanden (0,81) übertroffen. Zum Vergleich: Die deutschen Aufwendungen liegen bei 0,32 Prozent, die des südlichen Nachbarn Schweiz bei 0,41, im Fall Italien gar nur bei 0,15 Prozent. China, das in der globalisierten Weltwirtschaft längst zu einem namhaften Konkurrenten der Industrieländer geworden ist und längst nicht mehr als Entwicklungsland geführt wird, erhielt von der Bundesrepublik 2008 noch rund 187 Millionen Euro Hilfsgelder. Im Jahr 2009 diskutierte das Bundesentwicklungsministerium eine Einstellung – vorerst ergebnislos.

Folge der Korruption sind eine Milliarde hungernde Menschen

Es war Gunilla Carlsson, Schwedens Ministerin für Entwicklungszusammenarbeit, die erstmals öffentlich den Verlust vieler Millionen Hilfsgelder durch Korruption anprangerte. Und sie forderte gegenüber solchen Empfängern Nulltoleranz. Selten – so Carlsson – erreichen die Geldmittel die Armen der Länder. Das gilt etwa explizit für das aufstrebende Schwellenland Indien, um das die westlichen Staaten derzeit buhlen. Rund 300 Millionen leben auf dem Halbkontinent in Armut – ein Viertel aller Bedürftigen auf dem Globus. In Ägypten sind es 48 Prozent der Bevölkerung, im Niger dagegen 93 Prozent, in Tansania 90 Prozent, in Burundi 85 Prozent. Die Weltbank definiert Armut so: Wer täglich pro Tag weniger als 1,25 Dollar zum Leben hat, ist arm. Das waren im Jahr 2005 immerhin rund 1,4 Milliarden Menschen.

Der Pariser Club, ein Informationsverbund von 19 Geberländern, publiziert die Liste der größten Schuldner. Sie wird angeführt von Ägypten, gefolgt von Algerien, Argentinien, China, der Elfenbeinküste, Indien, Indonesien, dem Irak, Kongo, Kuba, Nordkorea, Pakistan, Philippinen, Thailand, der Türkei und Vietnam. *J.F.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Wilhelm v. Gottberg
(kommissarisch, V. i. S. d. P.)
Konrad Badenheuer (in Elternzeit)

Chef vom Dienst: Dr. Jan Heitmann; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Bücher:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Leserbriefe:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **3469**

Wie viel Europa verträgt die Union?

Der Streit zwischen Euro-Skeptikern und den EU-Visionären eskaliert

Europa schafft Frieden – mit solch hehren Worten versuchten einst Kanzler Helmut Kohl und sein Kassenwart Theo Waigel, den Deutschen den Abschied von der guten alten D-Mark schmackhaft zu machen. Unter ihren Nachfolgern aber schafft „Europa“ eher Unfrieden. Es geht – wieder einmal – um die Grundsatzfrage, wie viel nationalstaatliche Souveränität Deutschland aufgeben darf, also letztlich darum, von wo aus dieses Land regiert wird: Berlin oder Brüssel?

Konkreter Anlass ist die angeblich alternativlose Rettung des Euro. Wer bestimmt, mit wie viel Milliarden Euro die Deutschen sich am griechischen Staatsbankrott beteiligen dürfen? Das Volk, wenigstens indirekt über seine gewählten Volksvertreter? Oder eine für den Bürger undurchschaubare Entscheidungsebene mit den Akteuren EU-Kommission, Europäische Zentralbank (EZB), die Finanzminister der 27 EU- beziehungsweise der 17 Eurozonen-Mitglieder, der Internationale Währungsfonds (IWF)?

An die Spitze der euro-skeptischen Bewegung hat sich CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt gesetzt. In einem Fünf-Punkte-Memorandum fordert er nicht nur ein Ende der schrittweisen Aufgabe nationalstaatlicher Souveränität, sondern sogar die Rückverlagerung gesetzgeberischer Kompetenzen von Brüssel nach Berlin.

Laut „Frankfurter Allgemeiner Zeitung“ (FAZ) kritisiert Dobrindt in dem Papier, nach jeder Krise sei „die Macht der EU größer geworden, die darauf folgende Krise aber nicht kleiner“. Daher müsse die „Machtverschiebung in Richtung Brüssel“ auf den Prüfstand gestellt werden. In diesem Zusammenhang warnte der CSU-Politiker vor einer „Entdemokratisierung und Entsouveränisierung der europäischen Staaten“. Es sei nun an der Zeit, Kriterien festzulegen, „an welchem Punkt der europäische Integrationsprozess zu Ende“ sei.

Damit ist klar, dass Dobrindt mehr als die umstrittene Milliardenhilfe für Griechenland im Auge hat. Sein Papier soll erklärtermaßen Initialzündung für eine breite Grundsatzdebatte über die deutsche Europapolitik sein.

Kein Wunder also, dass die Thesen des Generalsekretärs nicht überall auf begeisterte Zustimmung stoßen. Aber nach altbewährter bayerischer Tradition übernimmt die CSU die Rolle der Opposition gleich mit – die schärfsten Kritiker des Eurokritikers Dobrindt kommen aus den eigenen Reihen.

EU-Kritiker fordern gesetzgeberische Kompetenzen zurück

Insbesondere die Europaabgeordneten der Union fühlen sich vom CSU-Generalsekretär zu Unrecht angegriffen und gehen mit deftigem Vokabular zur Gegenattacke über. Der CSU-Europaabgeordnete Manfred Weber stellt den eigenen Parteifreund in eine Reihe mit österreichischen und niederländischen „Rechtspopulisten“, wirft ihm provinzielles „Kirchturmdenken“ vor und macht sich „Sorgen, dass unsere Partei in der Europapolitik nicht mehr ernst genommen wird“. Dobrindt riskiere mit seinem Thesenpapier „einen ernsten Konflikt in der CSU“.

Die Antwort des Generalsekretärs ließ nicht lange auf sich warten. Gegenüber dem „Münchner Merkur“ bekundete Dobrindt, die Kritik des Parteifreundes sage „allenfalls etwas über den Charakter von Herrn Weber aus“. Schließlich vertrete er „die Urposition der CSU seit Strauß und Stoiber. Wer das als rechte Politik diskreditiert, scheint einen Linksruck in der Europapolitik vornehmen zu wollen“. Der CDU-Europaabgeordnete Elmar Brok wiederum wollte den Vorwurf des Linksrucks nicht auf sich sitzen lassen. In der „Süddeutschen Zeitung“ konterte er: „Herr Dobrindt hat nicht das Mindestmaß an Kenntnis. Seine Unkenntnis wird nur noch durch seinen Populismus übertroffen.“ Er bediene die „miese Stimmung“, die durch öffentliche Hinweise auf die deutschen Zahlungen in die EU-Kassen erzeugt werde. Hingegen verteidigte der Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Stefan Müller, den Generalsekretär: Dobrindt habe „die richtigen Themen angesprochen“. Die Gegenattacke der Europaabgeordneten sei „schlechter Stil, unangemessen und nicht hilfreich“.

Bei der eigenen Parteiführung scheint der CSU-Generalsekretär Rückendeckung zu haben. Nach Angaben aus der Zentrale an der Nympfenburger Straße hat er das Thesenpapier dem Parteivorsitzenden Horst Seehofer vorgelegt, der es auch der Vorsitzenden der Schwesterpartei, Angela Merkel, zur Kenntnis gegeben habe. Diese habe, so merkte die „FAZ“ süffisant an, „nicht mit Kritik“ reagiert.

An der Parteibasis dürfte Dobrindt ohnehin weitgehend Zustimmung finden. Gerade die konservativen Stammwähler haben schon immer Probleme mit einer allzu forschen Europapolitik à la Helmut Kohl und Theo Waigel gehabt, als deren Symbol sie den Euro sehen. Sie sehen sich durch die Kritik des CSU-Generalsekretärs nun bestätigt.

Hans-Jürgen Mahlitz




Spitze der euro-skeptischen Bewegung: CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt — Bild: S. Widmann/dapd

MELDUNGEN

Dramatischer Deutschverlust

Düsseldorf – Über die jüngst in Warschau unterzeichnete „Erklärung zur Unterstützung der deutschen Minderheit in Polen“ sowie den Bundestagsbeschluss zu zwanzig Jahren deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag hat sich die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung (OMV) in der CDU Nordrhein-Westfalens im Grundsatz erfreut gezeigt, mahnte aber ungehend die Einhaltung der Minderheitenrechte im Hinblick auf deutsche Schulen an. Enttäuschend sei die geringe Bedeutung, die dem drängensten Problem der deutschen Volksgruppe in den Oder-Neiße-Gebieten eingeräumt werde: dem gänzlichen Fehlen deutscher und deutschsprachiger Vor-, Grund- und weiterführender Schulen. „Angesichts des gegenwärtigen dramatischen Verlusts der Sprachbindung und Identität in den Reihen der deutschen Volksgruppe wäre mehr geboten gewesen als nur eine Absichtserklärung, die ‚Verbesserung des muttersprachlichen Unterrichts‘ anstreben zu wollen“, kommentierte der Beauftragte des Landesvorstands für die deutsche Volksgruppe, Tobias Körfer (*PAZ* berichtete). Dies gelte umso mehr, als offizielle Vertreter der deutschen Volksgruppe die Notwendigkeit solcher Einrichtungen mehrfach unterstrichen hätten. *CR*

Burschenschaft bleibt vereint

Eisenach – Die Deutsche Burschenschaft (DB) hat ihre Spaltung abgewendet. Ein Disput über die Frage, wer im Sinne der DB Deutscher sei, hatte zu erheblichen Auseinandersetzungen geführt. Der Streit schwelt seit Inkrafttreten der rot-grünen Staatsbürgerschaftsreform von 2000. Auf dem Burschentag in Eisenach konnte jedoch ein Kompromiss für den 12 000 Mitglieder starken Verband gefunden werden. *H. H.*

Klimakiller Katze

Öko-Verbände sehen Haustiere als Umweltschädlinge

Umweltgruppen errechnen anhand des „ökologischen Fußabdrucks“ den Beitrag von Mensch und Tier zu Modellen des Klimawandels und Rohstoffverbrauchs. Neuestes Ziel dabei sind Haustiere. In Zeiten umkämpfter Rohstoffe und wachsender Umweltprobleme machen sich immer mehr Menschen Sorgen um ihren Beitrag zum Umweltschutz, besonders in Wohlstandsgesellschaften.

Das „Global Footprint Network“ („weltweites Fußabdruck-Netzwerk“, www.footprintnetwork.org) verheißt Antworten. Dort können Verbraucher im Internet für ausgewählte Standorte ihren ökologischen Fußabdruck berechnen. Das System verspricht so, ökologische Kosten für Ressourcen- und Flächenverbrauch offenzulegen und ordnet Produkte, Menschen und Haustiere ein. Letztere steuern im „Buchhaltungssystem, das uns erlaubt, den menschlichen Druck auf unseren Planeten zu berechnen“, so das Netzwerk, Schäden bei. Das stellt auch das deutsche Öko-Portal „Utopia“ fest, das in einem Öko-Haustiertest noch einen Schritt weiter geht: „Katzen sind die CO_2-Schleudern unter den fünf getesteten Haustieren.“ Natürlich wolle man den Haltern nicht „den Spaß verderben“, doch „probieren Sie mal aus, ob ihre Katze auf vegetarisches Katzenfutter steht“, rät Utopia. Ökologisches Sparen sei bei Stubentigern am besten, denn die setzten 2,2 Tonnen Kohlenstoffdioxid im Jahr frei, so die mit viel prominenter Unterstützung werbenden „Utopia“-Aktivisten im Netz. Vor allem das nötige Futter und dessen Verpackung seien schuld. Dazu kämen jährlich 700 Liter Katzenstreu. Beim Vergleich mit Zahlen der Vereinten Nationen fällt auf, dass eine deutsche Katze demnach fast den gleichen CO_2-Fußabdruck hat wie ein Mensch in Ägypten mit 2,3 Tonnen CO_2 im Jahr.

Selbst Zierfische stehen auf der schwarzen Liste

Schon 2009 schimpfte die Organisation „Pro Regenwald“: „Hunde haben einen unverschämt großen Pfotenabdruck.“ Zwar gehören die Vierbeiner laut „Pro Regenwald“ nicht zu den „sieben wichtigsten Zerstörungsursachen“ der Wälder, doch ärgern sich Baumschützer wie „Utopia“-Aktivisten im Kern über die Ergebnisse des neuseeländischen Autorenpaares Robert und Brenda Vale. Die verglichen in einem „Leitfaden zu nachhaltiger Lebensweise“ den Öko-Fußabdruck von Haustieren kurzerhand mit dem von Elektrogeräten und Autos. Das bildet seither eine Denkschablone: „Zeit, den Hund zu essen“, fordert das Paar.

„Utopia“ nimmt indes die Katze aufs Korn. In den Diskussionsforen erhält der italienische TV-Koch Beppe Bigazzi mit der These „Wer an Fastnacht keinen Speck hat, tötet eine Katze“ viel Aufmerksamkeit. Selbst Zierfischen sagt „Utopia“ einen Gesamtausstoß des Treibhausgases CO_2 in Höhe von „über 900 Kilogramm“ im Jahr nach. „Energiesparlampen sind bei der Aquarienbeleuchtung Pflicht“, fordern die Planetenschützer. Der getestete Kanarienvogel „Hansi“ ist dagegen „der Klimagewinner“. Dackel „Jakob“, acht Kilo schwer, ist mit 1,8 Tonnen CO_2 im Jahr immerhin weniger schädlich als eine Vier-Kilo-Katze. „Eine Umstellung hin zum vegetarischen und damit klimafreundlicheren Dackel lohnt sich besonders, weil diese Rasse eine vergleichsweise hohe Lebenserwartung hat“, so „Utopia“. Wer seine „Mieze nicht mit Katzenstreu erstickt“ und mal „eiweißhaltiges Pflanzenfutter versucht“, sei aber „auf einem guten Weg“. *SV*

Umstrittener Kandidat

Martin Schulz will Präsident des Europaparlaments werden

Gemäß einer Absprache zwischen der Europäischen Volkspartei (EVP) und den Sozialdemokraten teilen sich die beiden größten Fraktionen des Europaparlaments den Posten des Parlamentspräsidenten. Nach dem Ablauf der Amtszeit des EVP-Mannes Jerzy Buzek beansprucht folglich der SPD-Abgeordnete Martin Schulz diesen Posten für sich. Der gelernte Buchhändler war 1974 der SPD beigetreten und zog 1994 erstmalig in das Europaparlament ein.

Das EU-Parlament besteht derzeit aus 736 Abgeordneten, die sich wiederum auf sieben Fraktionen und 29 fraktionslose Abgeordnete aufteilen. Die EVP hat 264 Abgeordnete, die Sozialdemokraten nur 185. Die Liberalen sind mit 85 Abgeordneten deutlich kleiner, machen sich aber einige Hoffnung, vielleicht bald den Parlamentspräsidenten stellen zu können. Die Grünen mit nur 56 und die Kommunisten mit 35 Abgeordneten spielen zahlenmäßig eine unbedeutende Rolle. Die „Rechten“ (Konservative und Euro-Skeptiker) verteilen sich auf zwei verschiedene Fraktionen und die meisten der 29 fraktionslosen Abgeordneten, da sie sich nicht auf eine gemeinsame Fraktion einigen konnten.

Gerade diese etwa 100 Abgeordnete umfassende Gruppierung ist es aber gewesen, die in der Vergangenheit von Schulz in oft unsachlicher und beleidigender Form angegriffen wurde. Vor acht Jahren attackierte Schulz den italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi und dessen Koalitionspartner, die Lega Nord. Die Partei des italienischen Ministerpräsidenten gehört jedoch der EVP an. Es ist daher kaum vorstellbar, dass diese Abgeordneten ausgerechnet Schulz zum Parlamentspräsidenten wählen werden.

Liberale Abgeordnete wollen die Situation ausnutzen

2009 klassifizierte Schulz den Vorsitzenden der nationalliberal ausgerichteten Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), Heinz-Christian Strache“ als „Nazi“. Erst im letzten Jahr kamen neue Ausfälle hinzu. Auseinandersetzungen um Schulz’ Wortwahl gab es auch mit dem Briten Godfrey Bloom sowie den Niederländern Barry Madlener und Daniel van der Stoep. Da das Amt des Parlamentspräsidenten mit einer überparteilichen Sachlichkeit verbunden sein sollte, haben nicht nur die mit Schulz in Konflikt geratenen Abgeordneten und Parteien Zweifel an seiner Eignung zum Parlamentspräsidenten, sondern auch andere bislang unbeteiligte Kräfte.

Offensichtlich wollen die Liberalen diese Situation für sich ausnutzen. Zwar hat sich bislang niemand von ihnen „geoutet“, aber der Nachrichtendienst „EU-Observer“ in Brüssel berichtet gleich von mehreren liberalen Abgeordneten, die einen Gegenkandidaten zu Schulz aufstellen wollen. Aus diesen Kreisen wird sogar kolportiert, im Lager der Sozialdemokraten gäbe es Abgeordnete, die Schulz „los werden“ wollten. Der gibt sich indessen selbstbewusst: „Wenn ich die Nominierung habe, werde ich versuchen, die Mehrheit des Parlaments davon zu überzeugen, dass ich der richtige Kandidat bin.“

Da die Rechten im Europaparlament weitaus stärker sind als die Grünen und die Kommunisten zusammen, wird es nun darauf ankommen, wie groß sich der Unmut über Schulz in der EVP zahlenmäßig ausdrückt und ob es Abweichler im sozialistischen Lager gibt. Eile in der Sache gibt es nicht, denn die Sozialdemokraten wollen ihren Kandidaten erst im September nominieren. Die Amtsübernahme des neuen Parlamentspräsidenten steht ohnehin erst zum Jahreswechsel an.

Hans Lody

MELDUNGEN

US-Armee fehlt Milliardenbetrag

Washington – Auch nach mehrjähriger Prüfung kann das US-Verteidigungsministerium den Verbleib von 6,6 Milliarden Dollar, die für den irakischen Wiederaufbau im Jahr 2004 bereitgestellt worden waren, nicht klären. Nach dem zweiten Irakkrieg sind allein im Mai 2004 annähernd 12 Milliarden US-Dollar als Bargeld per Lufttransport in den Irak geschafft worden. Unklar ist, ob irakische Stellen, US-Militärangehörige oder zivile Vertragspartner der US-Armee für das Verschwinden des Milliardenbetrages verantwortlich sind. Bei dem ungeklärten Vorgang handelt es sich wahrscheinlich um den größten Diebstahl von öffentlichen Geldern in der Geschichte der USA. *N.H.*

Zypernfrage im Vordergrund

Ankara – Nach dem Wahlsieg des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan und seiner Partei AKP rückt die Regierung in Ankara die Lösung des Zypernkonflikts wieder in den Fokus ihrer Politik. Die Auseinandersetzung um die internationale Anerkennung der türkischen Republik Nordzypern auf der geteilten Mittelmeerinsel bremst die Bemühungen Erdogans um einen Beitritt seines Landes zur Europäischen Union. Man werde sich nicht auf lange Verhandlungen einlassen, sondern im Zweifelsfall eine endgültige Lösung des seit 1974 schwelenden Konflikts herbeiführen. Die Geduld Erdogans, so sein außenpolitischer Berater Nabi Avci, sei nahezu am Ende. Das endgültige Ziel sei es, eine möglichst weitgehende internationale Anerkennung des türkischstämmigen Teilstaates zu erreichen. Die mehrheitlich von griechischen Zyprioten bewohnte Insel ist seit 2004 Mitglied der EU. *J.F.*

Die verlorene Generation

Jugendarbeitslosigkeit in der EU nimmt dramatisch zu – Perspektivlosigkeit könnte zu Unruhen führen

Im Jahr 2000 hatte sich die Europäische Union mit ihrer „Lissabon-Strategie“ das Ziel gesetzt, innerhalb von zehn Jahren zum dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt aufzusteigen. Die erreichten Resultate sprechen eine andere Sprache. Viele Mitgliedsländer der Union verlieren international immer mehr an Wettbewerbsfähigkeit.

Aus den Strukturproblemen hat sich inzwischen eine massive Jugendarbeitslosigkeit mit sozialer Sprengkraft entwickelt: Eine „verlorene Generation“ – so nannte bereits im Jahr 2010 die „International Labour Organization“ (ILO), eine Unterorganisation der Vereinten Nationen, die Jugendlichen, die aus dem Arbeitsmarkt gefallen sind. Im Jahr 2009 wiesen die Statistiken der ILO immerhin 13 Prozent der zwischen 15 und 24 Jahre alten jungen Menschen aus, die weltweit auf der Suche nach einem Arbeitsplatz waren. Dieser Durchschnittswert umfasste die Jugendarbeitslosigkeit in der ganzen Welt, also nicht nur der westlichen Industrieländer, sondern auch die der wirtschaftlichen Schwellenländer und der Entwicklungsländer. Die meisten Mitgliedsländer der EU wären inzwischen froh, wenn sie bei der Jugendarbeitslosigkeit diesen globalen Durchschnittswert aufweisen würden. Nur in wenigen europäischen Ländern wird der Wert von 13 Prozent, der bei den Uno-Vertretern für Alarmstimmung sorgt, unterschritten. Im Gegenteil, in 19 der 27 EU-Länder sind inzwischen mehr als 20 Prozent der Jugendlichen ohne Arbeit. Unrühmlicher Spitzenreiter ist Spanien. In dem Land ist nicht nur jeder Fünfte der Gesamtbevölkerung arbeitslos (20,7 Prozent); es nimmt mit 44,4 Prozent auch bei der Jugendarbeitslosigkeit eine unrühmliche Spitzenstellung ein. Auch in Italien ist die Situation inzwischen brisant – die „Generazione perduta“, die verlorene Generation, umfasst hier rund eine halbe Million junger Italiener, die auf der Suche nach einem Arbeitsplatz sind.

Selbst diejenigen, die bei der Arbeitssuche etwas mehr Glück haben, bekommen oft genug nur befristete und schlecht bezahlte Stellen. Auch die zunehmende Zahl dieser trotz Beschäftigung in Armut lebenden Jugendlichen hat die Wissenschaftler bei der UNO alarmiert. Die „arbeitenden Armen“ haben wenig Chancen, im Laufe des Lebens etwas an ihrer Lage zu ändern, die Armut pflanzt sich sogar bis in die nächste Generation fort. Die Kosten für die Sozial-und Rentenversicherungssysteme sind entsprechend hoch. Verschieden sind die Reaktionen der europäischen Jugendlichen auf die sich verdüsternden Zukunftsaussichten. Ein gut ausgebildeter, mobiler Teil sieht seine Zukunft zunehmend auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Insbesondere Absolventen der Ingenieurswissenschaften suchen ihr Glück immer häufiger in „Alemania“. Die Goethe-Institute erleben derzeit einen regelrechten Ansturm auf Deutschkurse. Die schlechten Zukunftsaussichten entwickeln oft aber auch eine demotivierende Wirkung.

> Schulabbrecherquote auf Rekordwert von 15 Prozent gestiegen

Auch die Schulabbrecherquote hat in der EU inzwischen einen Rekordwert von 15 Prozent erreicht. Ohne Zukunftsperspektiven, im besten Fall noch mit Aussicht auf Gelegenheitsjobs, geben sich viele Jugendliche auf und rutschen immer häufiger in Verwahrlosung und Kriminalität ab. Länder wie Deutschland und Österreich, die bei der „Pisa-Studie“, bei der die Qualität der Bildungssysteme unter die Lupe genommen wurde, eher unterdurchschnittlich abgeschnitten haben, sind erstaunlicherweise keineswegs die Spitzenreiter bei der Jugendarbeitslosigkeit. Österreich, unter 34 Ländern nur auf Platz 31, wenn es zum Beispiel um die Lesekenntnisse seiner Schüler geht, und Deutschland, international auch nur im Mittelfeld des Pisa-Tests zu finden, weisen zusammen mit den Niederlanden die geringste Jugendarbeitslosigkeit innerhalb der EU auf. Unter den 27 EU-Staaten liegt nur in diesen drei Ländern die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen unter 10 Prozent. Einen wesentlichen Anteil an diesem Resultat dürfte das System der dualen Berufsausbildung haben – ein in Deutschland und Österreich lange bewährtes Mittel, zu dem es in anderen europäischen Ländern kaum vergleichbare Gegenentwürfe gibt. Milliardenschwere Programme der EU, wie zum Beispiel die des Europäischen Sozialfonds (ESF) zur Erhöhung der Berufschancen, haben daran bisher wenig ändern können.

Ohnehin ist fraglich, ob in Brüssel die Brisanz der Lage erkannt worden ist. Während die „Strategie 2020“ in der Nachfolge der weitgehend gescheiterten „Lissabon-Strategie“ das Wunschbild eines „intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums“ durch mehr Wirtschaftskoordination malt, wird von außenstehenden Beobachtern der EU eine eher düstere Zukunft prophezeit. Etwa von den Forschern des „Trends Research Institute“, dessen Leiter Gerald Celente im Gegensatz zu dem Rest seiner Branche nicht nur den Zusammenbruch der Sowjetunion richtig vorhergesehen, sondern auch bereits im Jahr 2005 vor dem Ausbruch der US-Immobilienkrise gewarnt hatte. Für Europa sagt sein Institut inzwischen den Ausbruch von schweren Unruhen voraus, die vor allem von den frustrierten und perspektivlosen Jugendlichen des Kontinents getragen sein werden. *SV*



Madrid: „Ohne Bleibe, ohne Rente, ohne Furcht“ – Jugendliche fordern mehr Demokratie in der Wirtschaft. Bild: A. Kudacki/dapd

Belgiens Dauerkrise

Provisorische Regierung ohne Alternative

Seit den Parlamentswahlen im Juni 2010 ist es in Brüssel nicht gelungen, eine Regierung zu bilden. Die kommissarische Amtsführung durch Yves Leterme hat sich inzwischen sogar als durchaus handlungsfähiges Provisorium herausgestellt: Verfassungsrechtlich ist der Spielraum für den flämischen Christdemokraten Leterme eigentlich sehr begrenzt. Der abgewählte Regierungschef soll das Königreich so lange kommissarisch verwalten, bis die Bildung einer neuen Regierung abgeschlossen ist. Leterme hat es nicht beim Verwalten belassen. Inzwischen sind sogar weitergehende Entscheidungen getroffen worden, als verfassungsrechtlich erlaubt ist: Außer einem Spar-Budget hat er auch die Teilnahme von belgischen Streitkräften am Nato-Einsatz in Libyen durchgesetzt. Da es keine Alternative zur geschäftsführenden Regierung gibt, scheint der vor 12 Monaten abgewählte Leterme sogar weniger angefochten zu sein, als zu seinen Zeiten als regulärer Regierungschef.

Der Streit über die Zukunft Belgiens geht indessen weiter, ohne dass eine Lösung absehbar wäre. In welcher Form der niederländisch sprechende Norden und der französischsprachige Süden Belgiens künftig zusammenleben sollen, ist nach wie vor ungeklärt. Die Vorstellungen reichen von vollständiger Separation bis zu einer Staatsreform mit mehr Kompetenzen für die Regionen. Die beiden Sieger der letzten Wahl, die französischsprachigen Sozialisten und die flämische Nationalistenpartei, stehen sich weiterhin unversöhnlich gegenüber. Aktueller Schwerpunkt des Streites ist die Reform der Sozialversicherung. Flämische Politiker fordern die Trennung der Versicherung, um den Transfer von fünf Milliarden Euro vom wirtschaftlich stärkeren flämischen Landesteil in den stagnierenden französisch sprechenden Teil des Landes zu beenden. Angesichts dieser Ausgangslage sind die Erfolgsaussichten für den von König Albert II. im Mai mit der Regierungsbildung beauftragten wallonischen Sozialisten Elio Di Rupo fraglich. Dass es ihm gelingt, noch eine Koalitionsregierung zustande zu bringen, wird im Land kaum noch angenommen. Neben Neuwahlen ist inzwischen selbst die Verlängerung des „Ausnahmezustands“, der kommissarischen Regierung Letermes, im Gespräch. *N. Hanert*

> Letermes Position stärker als zuvor

Keine „Facebook“-Revolution

Der Aufstand in Syrien spitzt sich zu – Auch Libanon unmittelbar betroffen

Das dramatische Geschehen in Syrien wird im Libanon besonders sorgenvoll beobachtet, denn das eigene Schicksal ist eng mit dem des großen Nachbarn verknüpft. Und auch in der libanesischen Hafenstadt Tripoli gab es bei bewaffneten Zusammenstößen zwischen pro- und antisyrischen Gruppen bereits mehrere Tote.

In beiden Ländern gibt es zahlreiche ähnliche religiöse und teils sogar ethnische Gruppen, bloß mit etwas anderer Verteilung. Aber auch mit einem wesentlichen Unterschied: Syrien hatte in den letzten Jahrzehnten ein straffes autoritäres System, während es im Libanon mangels starker Armee und Zentralregierung immer wieder zu Konflikten bis hin zu Bürgerkriegen und parteiischen Militärinterventionen Frankreichs, der USA, Israels und Syriens kam.

Nachdem die „Regierung der nationalen Einheit“ unter Ministerpräsident Saad Al-Hariri im Januar auseinandergebrochen war, nachdem der Streit über das Haager Sondertribunal die Minister der Hisbollah und einer verbündeten Christenfraktion zum Rücktritt bewogen hatte, ist nun endlich wieder eine Regierung zustandegekommen. Dabei handelt es sich, was angesichts der akuten Probleme in Syrien erstaunen mag, um eine ausgesprochen prosyrische: Ministerpräsident Nadschib Mikati, traditionsgemäß ein Sunnit, ist ein persönlicher Freund des syrischen Präsidenten Baschar Al-Asad und hat in das 30-köpfige Gremium nicht weniger als 18 Personen berufen, die von der Hisbollah oder ihren Verbündeten nominiert wurden. Syrien und der Iran registrieren das mit Genugtuung, die USA und Israel dagegen mit Besorgnis.

Trotz der dürftigen Nachrichtenlage aus Syrien lässt sich eines bereits jetzt sagen: Anders als in Tunesien und Ägypten, wo die Unruhen von den Großstädten getragen wurden, handelt es sich in Syrien primär um Aufstände an der wirtschaftlich vernachlässigten Peripherie, in den Hochburgen von Muslim-Brüdern und Salafiten. Anderswo blieb es dagegen relativ ruhig – und das liegt nicht nur an der Allgegenwart von Polizei und Geheimdienst. Es spricht einiges dafür, dass die Behauptungen des Regimes über bewaffnete Infiltranten nicht aus der Luft gegriffen sind. Und in Damaskus sowie im Wirtschaftszentrum Aleppo, wo man von der wirtschaftlichen Öffnung der letzten Jahre am meisten profitiert hat, wird das Regime tatsächlich von vielen unterstützt.

> Anders als in Ägypten und Tunesien gehen die Unruhen in Syrien von vernachlässigten Landgebieten aus

Mehrere Bischöfe haben inzwischen ausländische Medien der parteiischen Berichterstattung bezichtigt. Der chaldäische Bischof von Aleppo, Antoine Audo, nannte im Gespräch mit „Kirche in Not“ namentlich die BBC und Al-Jazeera. Er ergänzte, die Aufständischen suchten nur „Destabilisierung und Islamisierung“, während „80 Prozent der Bürger und alle Christen“ hinter der Regierung stünden. Tatsächlich fürchten die meisten Syrer eine Situation wie im Irak. Und dass man im Westen – wie beim hochgejubelten „arabischen Erwachen“ ganz allgemein – auch zu Syrien fragwürdige Informationen vorgesetzt bekommt, illustriert der soeben aufgeflogene Schwindel um eine „Lesbierin“ in Damaskus. In ihrem Internet-Blog hatte sie laufend Leidensgeschichten kolportiert, die von Medien begierig weitergegeben wurden. Aber in Wahrheit hatte den Blog ein in Schottland lebender Amerikaner betrieben.

Dass der Umsturz in Tunesien und in Ägypten relativ „glatt“ gegangen war – die fast eintausend Toten in Ägypten sind schon vergessen –, hat andere Machthaber zu dem Schluss geführt, gleich hart durchgreifen zu müssen. Und außer der Angst der Syrer vor dem, was „nachher“ kommen könnte, hat das Regime noch weitere Trümpfe: Die Armee blieb loyal. Die Opposition ist zersplittert und führungslos. China und Russland vertreten wie im Fall Libyen das Prinzip der „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“ und blockieren alle nennenswerten Uno-Aktionen. Russland hat zudem in Tartus seine einzige Marinebasis im Mittelmeer.

Eine Nato-Intervention – wie sie in Libyen ohnehin auf bestem Weg zum politischen und militärischen Fiasko ist – würde einen Flächenbrand auslösen. Und die Öl- und Gasreserven Syriens sind zu unbedeutend für außenpolitische Abenteuer. *R. G. Kerschhofer*

Protektionismus vertreibt Investoren

Verunsicherung über den weiteren Kurs in Russland wächst – Vertrauen in Medwedew schwindet

Russland ist es im ersten Quartal des Jahres gelungen, die Talfahrt seiner Wirtschaft – dank des hohen Ölpreises – zunächst zu stoppen. Dennoch droht Stagnation wegen der rohstofflastigen Wirtschaftsstruktur und des widersprüchlichen Handelns des Regierungstandems Medwedew / Putin. Ausländische Investoren ziehen vermehrt Kapital ab.

Vom 16. bis 18. Juni fand das Internationale Wirtschaftsforum in St. Petersburg, die wichtigste Verkaufsbörse des Landes, statt. Unter den 4000 Teilnehmern waren auch 221 Chefs ausländischer Firmen, 50 Verträge mit einem Gesamtvolumen von umgerechnet sieben Milliarden US-Dollar wurden abgeschlossen. Die Ministerin für Wirtschaftsentwicklung, Elvira Naibullina, zeigte sich zufrieden, obwohl es keine Steigerung zum Vorjahr gab.

Präsident Dmitrij Medwedew versprach eine raschere Modernisierung des Landes, nicht nur der Wirtschaft, sondern auch der Politik. Putins vor zehn Jahren gestartetes Modell der Rohstoff-Ökonomie und des Dirigismus sei Anfang der 90er Jahre notwendig und richtig gewesen, aber inzwischen erschöpft. Medwedew sagte, er wolle keinen „Staatskapitalismus“ und er werde den Verkauf von Staatsanteilen an wichtigen Unternehmen wie dem Öl-Giganten Rosneft vorantreiben, wenn er denn 2012 wiedergewählt würde. Ob er kandidieren wird, ließ Medwedew offen. Es sei sekundär, wer das Land führe, sagte der Präsident. Mit dieser Unbestimmtheit verliert Medwedew, der in früheren Jahren genau das Gleiche versprach, aber keine Taten folgen ließ, das Vertrauen der ausländischen Anleger, die Planungsgewissheit erwarten, wenn sie ihr Geld in Russland investieren sollen. Die Folge: Seit letztem Jahr nimmt die Kapitalflucht aus Russland zu. Laut Wirtschaftsminister Alexej Kudrin betrug die Kapitalabwanderung im ersten Quartal dieses Jahres umgerechnet 21 Milliarden Euro. Der Minister macht die Regierung Putin dafür verantwortlich. Er wirft ihr vor, die Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Wirtschaft durch Protektion einzelner Branchen oder sogar einzelner Geschäfte innerhalb von Branchen zu bremsen.

Die Wirtschaftskrise hat die strukturelle Schwäche der russischen Wirtschaft schonungslos offengelegt: Die Korruption hat in der Krise zugenommen, mangelnde Rechtssicherheit, fehlender Schutz des Eigentums sowie fehlende Kontrolle im Finanzsektor zählen zu den größten Hinderungsgründen. Regierungschef Wladimir Putin hält dagegen unbeirrt an seinem System des staatlichen Lenkens fest. Daran wird sich vermutlich nichts ändern, sollte er im nächsten Jahr wieder das Amt des Präsidenten übernehmen. Gezielt setzt er Protektionismus von Staatsbetrieben als politisches Mittel ein: Die EU blockiert den Kauf weiterer Anteile an westlichen Energieversorgern durch den Gasriesen Gazprom, Putin legt neue Spielregeln für Autoimporte fest. Das beste Beispiel ist die Knebelung ausländischer Autohersteller. In diesem Jahr sind beispielsweise die deutschen Exporte nach Russland deutlich gestiegen. Vor allem der Maschinen- und Fahrzeugbau profitieren von der Konjunktur in Russland. Die Exporte legten im ersten Quartal auf 7,4 Milliarden Euro zu. Einziger Wermutstropfen: Die russische Regierung zwingt ausländische Autokonzerne, in Russland zu fertigen, wenn sie ihre Modelle dort verkaufen wollen. Um die russische Autoindustrie, die wie der in Toljatti ansässige Konzern Avtovaz (Lada) in der Wirtschaftskrise ins Bodenlose stürzte, zu unterstützen, müssen internationale Hersteller und ihre Zulieferer künftig in Russland produzieren. Wollen sie ihre Marktanteile nicht verlieren, müssen sie 300 000 Fahrzeuge vor Ort bauen und bis zu 60 Prozent der Teile von Zulieferern in Russland beziehen. Ein Problem für die Hersteller, denn russisches Personal ist knapp und die Produktivität geringer als in Deutschland. Fachkräfte müssen erst aufwändig qualifiziert werden. Trotzdem plant VW den Ausbau seines Werks in Kaluga, die Stuttgarter Bosch-Gruppe den des Werks in der zentralrussischen Stadt Engels. Zur Zeit kaufen Russen jedes Jahr 1,9 Millionen neue Fahrzeuge, bis 2020 werden vier Millionen prognostiziert. Putins Rechnung ist aufgegangen. Seit der Renault-Konzern mit seinem japanischen Partner Nissan Anteile am Lada-Hersteller Avtovaz hält, werden in Toljatti wieder Billigautos produziert. Putin könnte es auf diese Weise gelingen, was er bis 2008 nicht geschafft hat, die „Diversifizierung“ der Wirtschaft, wenn auch auf Kosten anderer.

Autoindustrie investiert trotz staatlicher Knebelung



Russland reagiert auf Störungen empfindlich und unmittelbar. Erst im Juni, also nachdem die Ehec-Warnung für Gurken wieder aufgehoben war, verhängte die Regierung ein Importverbot für Gemüse aus Europa. Eine Reaktion auf die ergebnislosen Treffen (siehe Seite 2)?

Seit dem Konflikt mit Georgien übt der Kreml Druck mittels eines Importverbots für georgischen Wein und Mineralwasser auf Präsident Michail Saakaschwili aus. Georgien verhindert deshalb den Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation WTO. Während Medwedew auf einen WTO-Beitritt Russlands drängt und die USA und die EU vor „neuen Spielchen“ warnt, steht Putin dem Beitritt eher gleichgültig gegenüber. Die Blockade seitens Georgiens gibt ihm die Möglichkeit, sich damit herauszureden, schließlich kein WTO-Mitglied zu sein. *Manuela Rosenthal-Kappi*



Mit gutem Beispiel voran: Wladimir Putin unterstützte mit dem Kauf eines neuen Geländewagens der Marke Lada den russischen Autohersteller Avtovaz in Toljatti. Bild: A. Nikolsky/dapd

KURZ NOTIERT

Starker Franken bremst Wirtschaft: Der Höhenflug der Schweizer Währung stellt sich für die Wirtschaft der Eisgenossenschaft als starke Belastung dar. Die Exportsituation verschlechtert sich seit einem Jahr zusehends. Das gilt auch für 2011 und 2012, da nach Ansicht führender Politiker kaum mit einer Abschwächung der Währungshausse zu rechnen ist. Die Wachstumsprognosen von 1,9 Prozent müssen auf 1,5 Prozent nach unten korrigiert werden. Grund für die Aufwertung der Schweizer Währung ist ein starker Zufluss von Fluchtgeldern in den sicheren Hafen Schweiz wegen der Griechenland- und der Schuldenkrise der USA . *J. F.*

Schottland darf Anleihen emittieren: Die britische Regierung erteilt Schottland die Erlaubnis, künftig mit eigenen Anleihen auf den Kapitalmärkten aufzutreten. Garantiegeber der Anleihen wird nicht mehr das Vereinigte Königreich, sondern nur noch die schottische Regierung sein. Schottland darf insgesamt bis zu 2,2 Milliarden Pfund (2,5 Milliarden Euro) zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten aufnehmen. Pro Jahr wurde die Ausgabe von Anleihen auf 230 Millionen Pfund begrenzt. Die Erlaubnis zur Anleihenmission ist Teil einer Vereinbarung mit der britischen Regierung (Scotland Bill), die Schottland mehr Autonomie bei öffentlichen Ausgaben und in Steuerangelegenheiten einräumt. Die Vereinbarung ist die größte Übertragung fiskalischer Rechte seit der Vereinigung von Schottland und England vor über 300 Jahren. *N. H.*

Schnellster Supercomputer aus Japan: Mit acht Billiarden Rechenschritten pro Sekunde (Petaflops) steht das System „K Computer“ der japanischen Firma Fujitsu an der Weltspitze. Es verbessert sich gegenüber dem vormaligen Spitzenreiter um die mehr als dreifache Leistung. Superrechner aus Deutschland rangieren nicht mehr unter den ersten zehn. Das IBM-System „Jugene“ aus dem Forschungszentrum Jülich fiel vom neunten auf den 12. Platz ab. *CR*

Spaniens verdecktes Desaster

Schulden der Regionen erschweren Konsolidierung der Finanzen

Verzweifelt bemüht sich Spanien um die Konsolidierung der Staatsfinanzen. Erschwert wird der Sparkurs durch die finanzielle Lage in den Regionen, in denen Parteifreunde des sozialistischen Premiers in den letzten Jahren massiv Schulden angehäuft haben: Die Wahlen zum katalanischen Parlament im November 2010 hatten nicht nur einen Machtwechsel zur Folge – Wahlsieger Artur Mas von den katalanischen Konservativen (CiU) übernahm von Sozialisten José Montilla auch beträchtliche Schulden.

Allein im Gesundheitswesen tauchten nach der Wahl unbezahlte Rechnungen von über 852 Millionen Euro auf. Mittlerweile geht die neu gewählte Führung in Spaniens wirtschaftsstärkster Region davon aus, dass das Defizit für 2010 tatsächlich 60 Prozent über den Angaben der sozialistischen Vorgängerregierung gelegen hat. Das Defizitziel für dieses Jahr liegt doppelt so hoch wie mit der Zentralregierung vereinbart. Ob es Katalonien erlaubt wird, über Anleihen das zusätzliche Defizit abzudecken, ist noch nicht entschieden. Sollte sich Premier José Luis Rodríguez Zapatero weigern, der Provinz die entsprechende Erlaubnis zu erteilen, könnte sich das bei den bevorstehenden Parlamentswahlen für seine Sozialisten als Bumerang erweisen. Andererseits gilt Katalonien durchaus als Präzedenzfall, der auch von den anderen Regionen beobachtet wird.

Prekär ist die Situation inzwischen in der Provinz Kastilien-La Mancha. Die aus den Wahlen im Mai als Siegerin hervorgegangene Konservative Maria Dolores de Cospeda hat für die mit rund neun Milliarden Euro verschuldete Region den Bankrott erklärt. Die Behörden können weder Stromnoch Wasserrechnungen begleichen. Wie ab dem 1. Juli die 70 000 Angestellten bezahlt werden sollen, ist unklar.

Gesamtdefizit so hoch wie seit 13 Jahren nicht mehr

Insgesamt haben die spanischen Regionen von Januar bis März 2011 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum die Schuldenaufnahme um 26,4 Prozent erhöht – Spitzenreiter ist Kantabrien, das 81,6 Prozent mehr an Krediten aufgenommen hat. Im Laufe des Jahres werden diese Zahlen weiter ansteigen.

Vor allem in dem in regionaler Hand liegenden Gesundheitswesen ist weiter damit zu rechnen, dass bisher versteckte Schulden auftauchen werden. Galiciens Regionalpräsident Alberto Núñez Feijóo befürchtet, dass dem spanischen Gesundheitssystem sogar 15 Milliarden Euro fehlen. Die Verbindlichkeiten sind „verstreut in den Schubladen der Krankenkassen abgelegt“, so der Konservative.

Ein gängiges Mittel, mit dem man die Defizite verborgen hat, sind unbezahlte Rechnungen – Andalusiens Unternehmerbund gibt die Durchschnittsdauer bis zum Begleichen einer Rechnung durch die Regionalregierung mit 550 Tagen an. Dass es bei solchen Altlasten gelingen wird, das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit von 9,2 Prozent im Vorjahr auf 6,0 Prozent zu reduzieren, ist unrealistisch. Vielmehr droht sich die Entwicklung aus den ersten drei Monaten dieses Jahres fortzusetzen. Die spanische Zentralbank hat für das erste Quartal 2011 gemeldet, dass die öffentliche Verschuldung auf 680 Milliarden Euro und damit auf ein 13-Jahres-Hoch gestiegen ist. *Norman Hanert*

Polen droht EM-Blamage

Arbeiten an zwei Autobahnen ruhen – Bahnhöfe noch im Umbau

Die Fußball-Europameisterschaft 2012 wirft ihre Schatten voraus. Die für das sportliche Großereignis notwendige Infrastruktur in Polen und der Ukraine ist jedoch noch lange nicht bereitgestellt. Fast ein Drittel der Bauprojekte Polens ist in zeitlichem Verzug. Die Zeit drängt, denn bereits am 6. September dieses Jahres sollen zur Einweihung des neuen Warschauer Nationalstadions die Mannschaften Polens und Deutschlands zum Testspiel aufeinandertreffen. Der Anpfiff für das Eröffnungsspiel ist für den 8. Juni kommenden Jahres geplant. Ob die mehr als 58 000 Plätze alle besetzt sein werden, ist fraglich, denn der Bau des Straßen- und Schienennetzes stockt.

Das neue, schicke und mehr als 300 Millionen Euro teure Nationalstadion wird mit seinem Vorgängerbau an gleicher Stelle, dem grauen „Stadion des 10. Jahrestags des Juli-Manifestes“, das in postkommunistischem Siechtum lag, nichts mehr gemein haben. Die polnische Regierung versicherte, dass das Nationalstadion zum Ende des Monats rechtzeitig fertiggestellt sein würde. Dort wird zurzeit das Glasdach montiert. Doch bisher fehlen noch immer Fluchtwege und Nottreppen. Wegen der schleppend vorankommenden Arbeiten wird das Prestigeobjekt nun nicht schon, wie ursprünglich geplant, mit einer Motorradshow im August eingeweiht. Die staatliche Organisationsgesellschaft drohte dem Baukonsortium bereits mit Vertragsstrafen.

Die Dumpinglöhne der Chinesen rächen sich nun

Seit Anfang Mai wird an der Autobahn A2 zwischen Lodsch und Warschau nicht weitergebaut, weil der staatliche chinesische Baukonzern Covec die polnischen Subunternehmer nicht mehr bezahlt. Covec hatte im Herbst 2009 den Zuschlag für das entscheidende Infrastrukturprojekt erhalten, da es die offiziell veranschlagten Kosten um mehr als ein Drittel unterboten hatte. „Qualität hat ihren Preis“, kommentierte der Bundesvorsitzende der IG Bau, Klaus Wiesehügel. Es lohne sich nicht, „nur auf das billigste Angebot zu schielen“.

Die A2 hat als West-Ost-Verbindung zwischen Berlin und Warschau die logistische Hauptaufgabe, Fußballfans aus dem Westen zu den vier Spielorten Warschau, Posen, Breslau und Danzig zu bringen. Experten halten eine fristgerechte Beendigung der Arbeiten jedoch für kaum noch realistisch.

Zumal auch der Bau einer weiteren Autobahn auf der Kippe steht. Wegen eines ernsten Konflikts um Baumethoden zwischen der Generaldirektion für Landesstraßen und Autobahnen GDDKiA und dem beauftragten polnisch-irländischen Baukonsortium ruhen die Maschinen auf einem Abschnitt der A1 zwischen Thorn und Kutno, berichtet die Zeitung „Rzeczpospolita“. Infrastrukturminister Cezary Grabarczyk hat einen Notfallplan für den Fall des Scheiterns in der Schublade.

Die Hauptbahnhöfe von Warschau und Breslau werden derzeit noch erneuert, der Bahnhof von Posen wird in ein Einkaufszentrum mit Gleisanschluss umgebaut. Nach Einschätzung des Leiters der staatlichen Gesellschaft PL 2012, Marcin Hera, ist der pünktliche Abschluss der Bauarbeiten „eine große Herausforderung“. *Christian Rudolf*

Alte Rechnungen

Von Jan Heitmann

Man sollte meinen, dass die Regierungen der EU-Mitgliedsländer derzeit genügend um die Ohren hätten. Immerhin finden sie noch die Zeit, über die Aufnahme Kroatiens zu entscheiden. Jenes Landes, dem sie offenbar so weit misstrauen, dass sie es besonders überwachen wollen, um sicherzugehen, dass politische und wirtschaftliche Reformen konsequent umgesetzt werden. Damit ist Kroatien das erste Land, bei dem das 2007 eingeführte reformierte Beitrittsverfahren angewandt wird. Das erscheint, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der derzeitigen Griechenland-Erfahrung, auch gerechtfertigt. Bevor man jedoch den Stab über Kroatien bricht, muss man bedenken, dass das Land schon während der Beitrittsverhandlungen wesentlich strenger bewertet wurde als alle bisherigen Kandidaten. Vor allem die Regierungen in Paris und London haben stets besondere Maßstäbe für dessen Beitritt angelegt. Der Gedanke drängt sich auf, dass damit auch alte Rechnungen beglichen werden sollen, die vom 19. Jahrhundert bis zum Zerfall Jugoslawiens 1991 reichen. Wer bedenkenlos die osteuropäischen Schwellenländer Bulgarien und Rumänien aufgenommen hat, sollte beim mitteleuropäischen Kroatien nicht zu zimperlich sein.

Der letzte Nagel

Von Wilhelm v. Gottberg

Unter dieser Überschrift hielt der amerikanische Kongressabgeordnete Ron Paul am 25. Mai eine Rede vor dem Repräsentantenhaus, die es in sich hatte. Paul beklagte sich über die Aushöhlung verfassungsmäßiger Schutzmechanismen. Die Herrschaft des Rechts werde immer wieder gebeugt und autoritäre Antworten würden als Lösungen für alle Probleme angeboten. Eine ungezügelte Umverteilungspolitik werde dazu benutzt, den Reichen auf Kosten der Mittelschicht Vorteile zu verschaffen. Paul stellte klagend fest, dass dem Präsidenten diktatorische Vollmachten verliehen worden seien, die diesen ermächtigen, geheime Militärtribunale einzurichten, foltern zu lassen, zeitlich unbegrenzte Inhaftierung ohne Prozesse anzuordnen. Die Vergangenheit zeige, so der amerikanische Kongressabgeordnete, dass die USA nach Belieben Krieg führen und alle Amerikaner wie Terrorverdächtige behandelt werden könnten, da sie an Flughäfen abgetastet oder durch Nacktscanner geschickt werden. Die amerikanische Notenbank, so Paul weiter, unterstütze diese Diktatur, indem sie die benötigten Gelder fälscht, die weder durch Steuern noch durch Kreditaufnahme gedeckt sind, galoppierende Ausgaben und eine schier endlose Verschuldung ermöglicht sowie Rettungspakete für bestimmte Sonderinteressen bereithält. Traurig ist der Politiker, weil die Mär verkündet werde, dass Feinde die USA wegen ihrer Freiheiten und ihres Wohlstandes angreifen würden und nicht etwa, weil eine fehlerhafte Außenpolitik die radikale Gewalt gegen die USA entfacht habe.

Grüne Volten

Von Konrad Badenheuer

Angela Merkel bringt die Kehrtwende in Sachen Restlaufzeiten der Kernkraftwerke bisher kein Glück. Das Ungemach zeichnete sich schon ab, als sie bei der Einbringung des Ausstiegsgesetzes im Bundestag mehr Applaus von der Opposition als aus den eigenen Reihen bekam. Weiter ging die Pechsträhne damit, dass die Energieversorger nun gegen mehrere Eckpunkte des Ausstiegs vor dem Verfassungsgericht auf Entschädigung klagen. Die Argumente sind stark: Objektiv habe sich durch „Fukushima“ an der Sicherheit deutscher AKW nicht das Geringste geändert, eher wurde deren Sicherheit noch klarer: Obwohl die Ursachen der dortigen Havarie hier gerade nicht drohen, könnten Flutwellen und Beben deutschen Anlagen vermutlich nicht einmal viel anhaben. Auch wenn der Bundesregierung die von der Energiewirtschaft erhoffte Milliardenentschädigung erspart bleiben sollte – was offen ist –, wird sie durch dieses Verfahren monatelang mit den schwachen Gründen für ihren „Ausstieg vom Ausstieg vom Ausstieg“ konfrontiert werden. Vielleicht wird dann auch wieder einmal an ein Argument erinnert, von dem man seit Langem nichts mehr hört: Eine Milliarde Tonnen CO_2-Freisetzungen, so rechneten Unionspolitiker jahrelang vor, vermeide die Laufzeitverlängerung. Heute scheint sich dieses Argument in Luft aufgelöst zu haben.

> Die Grünen reagieren nicht so, wie die Union gehofft hat

Noch nicht einmal die Grünen reagieren jetzt so, wie die Bundesregierung es wohl gehofft hat. Mit einem schroffen „Nein!“ zum Ausstieg hätte die Union ihre neuen Hauptkonkurrenten als unverbesserliche Fundamentalisten ohne wirtschaftliche Vernunft abstempeln können. Die Grünen waren aber letztlich klug genug, nicht in diese Falle zu tappen. Bei aller Kritik im Einzelnen wollen sie zum Ausstieg als solchem Ja sagen. Damit wird einmal mehr deutlich, wie sehr grüne Ideen die Politik der Unionsparteien seit Langem prägen: Abschaffung der Wehrpflicht, Zuwanderungspolitik, weiterer Ausbau der Homo-„Ehe“, „Fristenlösung“ beim § 218, staatliche Kleinkinderbetreuung, das kalte Abservieren der Vertriebenen in etlichen Fragen, die Abqualifizierung der Wehrmacht als traditionsunwürdig für die Bundeswehr, das Mitspielen beim „Kampf gegen rechts“, CDU-Politiker als Gratulanten bei der Eröffnung von Moscheen und als Überbringer von Grußworten an Homosexuellen-Paraden. Und jetzt ein hastiger Atomausstieg – der staunende Bürger fragt, was eigentlich von konservativer Programmatik noch übrig geblieben ist. Sind wirklich die Grünen „bürgerlich“ geworden oder wurden nicht doch eher bürgerliche Tugenden und Traditionen so gründlich demontiert, dass das Wort eine neue Bedeutung bekommen hat? Es passt jetzt auf die Ökopartei, während die Union vor den rauchenden Trümmern dessen steht, was jahrzehntelang ihr Programm war und womit immerhin der Wiederaufbau und die Wiedervereinigung des Jahres 1990 gelungen sind. Die Hoffnung von Strategen der Union, mit dem „Abräumen“ des Atomthemas den Grünen gleichsam ihr Lebenselixier entziehen zu können, klingt angesichts dieser langen Liste wie das sprichwörtliche Pfeifen im Walde.

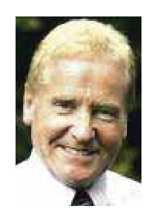


Nach einer Sonder-Ministerpräsidentenkonferenz zur Energiepolitik in Sachsen-Anhalt: Angela Merkel gratuliert Kretschmann zum Wahlsieg.

Bild: pa

Gastkommentar

Auch deutsche Vertreibung richtig bewerten



Von Rudi Pawelka

Wir haben uns daran gewöhnt: Kriegsverbrechen werden generell nur der deutschen Seite zugeschrieben. Auch 66 Jahre nach dem Zweiten Wektkrieg wird 90-jährigen der Prozess gemacht, um dem Recht Genüge zu tun. Man fragt sich, was ist das für ein Recht, das Kriegsverbrechen der anderen Seite völlig ausblendet? Dabei steht fest, Verbrechen gewaltigen Ausmaßes an Deutschen gab es sowohl während des Krieges als auch danach.

Man denke an die Flächenbombardements auf deutsche Städte, die hunderttausenden Zivilpersonen den Tod brachten, man denke an die begangenen Gräuel an der deutschen Bevölkerung beim Einmarsch der Roten Armee, nicht zu vergessen auch mancherorts im Westen, oder an die nicht gerade seltenen Gefangenenerschießungen durch die Alliierten an allen Fronten. Auch nachdem die Waffen 1945 schwiegen, wurden die Verbrechen an der deutschen Bevölkerung fortgesetzt und brachten Millionen den Tod: in Arbeitslagern für Zivildeportierte, in Kriegsgefangenenlagern, bei der Vertreibung von 15 Millionen Deutschen oder durch den Terror im sowjetischen Machtbereich.

Aber es sind nicht allein die Toten, die ein Beleg für Kriegs- und Völkerrechtsverbrechen sind. Die Vertreibung als solche stellt schon für sich ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar. Vertreter des NS-Staates mussten sich wegen eines vergleichbaren Delikts bei den Kriegsverbrecherprozessen in Nürnberg verantworten. Nie ist aber ein Täter aus dem Kreis von ehemaligen Gegnern Deutschlands zur Verantwortung gezogen worden.

Häufig hört man die Ansicht, Deutschland habe den Krieg schließlich begonnen und müsse alles hinnehmen. Ist dies wirklich so? Wie verträgt sich diese Ansicht mit dem Grundsatz eines ungeteilten Menschenbildes? Sind die Staatsangehörigen eines Landes jeder Willkür ausgesetzt, wenn ihre Staatsführung vorher das Recht gebrochen hat? Darf man Siegerjustiz nicht hinterfragen?

Dass jede Art von Aufrechnung abwegig ist und alle Menschen vor Verbrechensakten zu schützen sind, gleich, womit diese begründet werden, hat das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag gerade Mitte April deutlich gemacht. Es verurteilte zwei Kroaten zu langjährigen Haftstrafen, den General Ante Gotovina zu 24 Jahren und den Polizeioffizier Mladen Markac zu 18 Jahren Gefängnis. Beide wurden für schuldig befunden, als Führer einer kroatischen Armeeeinheit am 4. August 1995 in die von Serben bewohnte Krajina eingefallen zu sein mit dem Ziel, die serbische Bevölkerung aus diesem Teil Kroatiens zu vertreiben. Das als UN-Schutzzone deklarierte Gebiet wurde mit Granatbeschuss belegt, hunderte Menschen systematisch ermordet. Das internationale Helsinki-Komitee schätzt die Zahl der Ermordeten auf 400 bis 800, serbische Quellen nennen 2600 Vermisste. Durch den ausgeübten Terror verließen etwa 200 000 Serben ihre Heimat. Das Gericht erkannte, dass der eigentliche Zweck der Militäraktion die Vertreibung der Serben war. Als Beweisstück hierfür lag auch ein Protokoll über eine Besprechung auf der Adria-Insel Brioni vor, an der der damalige kroatische Präsident Franjo Tudjman, Verteidigungsminister Susek und führende Militärs teilnahmen. Danach war beschlossen worden, die serbische Bevölkerung zu vertreiben. Tudjman starb 1999 und konnte nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden. Gotovina wurde im Übrigen später im Bosnien-Krieg an die bosnischen Kroaten „ausgeliehen“ und leitete auch dort ähnliche Vertreibungsaktionen.

> Kriegsverbrechertribunal in Den Haag verbietet Vertreibungen – unabhängig davon, wie sie begründet werden

Zwischen den Vertreibungen von Deutschen und denen auf dem Balkan gibt es Parallelen, hierauf machte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) in einem Kommentar aufmerksam. Das Blatt stellte fest, dass in beiden Fällen noch größere Verbrechen vorausgegangen seien, im Fall Kroatiens beging die serbische Armee in Kroatien erhebliche Kriegsverbrechen, die Folgeverbrechen beruhten aber auch auf Entscheidungen von Staatsorganen. Die „FAZ“ weist darauf hin, dass in Kroatien dennoch die Meinung vorherrscht, die Entscheidung zur Vertreibung sei richtig gewesen und macht auf eine analoge Auffassung in Tschechien bezüglich der Deutschen aufmerksam. Man müsste hinzufügen, in Polen unterscheidet sich die Meinung kaum davon. Das Gericht habe deutlich gemacht, dass Gewalt gegen Zivilisten mit dem Ziel, sie zum Verlassen der Heimat zu veranlassen, nicht zu rechtfertigen sei, so die Schlussfolgerung der „FAZ“. Kroatien kann sich also nicht damit entschuldigen, es sei von serbischen Truppen zuvor angegriffen worden und habe Verbrechen an seiner Bevölkerung erdulden müssen.

> Rechtfertigung mit vorangegangenen Verbrechen ist ein Verstoß gegen den Grundsatz vom ungeteilten Menschenbild

Für die Verbrechen an Deutschen muss gleiches Recht gelten. Die Beschlüsse über die Vertreibung der Deutschen durch Truman, Churchill und Stalin, die im Potsdamer Protokoll ihren Ausdruck gefunden haben, waren verbrecherisch. Die Ausführenden haben gleiche Verbrechen begangen wie die beiden jetzt verurteilten Kroaten. Ihr Ausmaß war allerdings um ein Vielfaches höher! Auch wenn von den damaligen Akteuren niemand mehr zur Verantwortung gezogen werden kann, weil wohl keiner mehr am Leben ist, haben die Betroffenen ein Anrecht darauf, zu erfahren, dass sie Opfer verbrecherischer Entscheidungen und von verbrecherischem Handeln geworden sind.

Die Geschichte darf nicht einfach über die Vertreibung als Verbrechen gegen die Menschlichkeit hinweggehen. Sicher wäre den Völkern des Balkans und an vielen Orten der Welt vieles erspart geblieben, wenn man die Vertreibung der Deutschen zum Thema gemacht hätte und sich rechtzeitig für deren Ächtung eingesetzt hätte. Wenn Polen Aufklärung über die Toten von Katyn und Angehörige ein Gerichtsverfahren in Moskau verlangen, so zeigt dies, wie andere Staaten mit ihren Opfern umgehen. Auch die Würde deutscher Opfer verlangt Aufklärung und Anerkennung und zwar ohne Wenn und Aber und ohne demütigende Formeln. Die Vertreibung ist keine Kriegsfolge und keine Angelegenheit von Ursache und Wirkung. Diese Tatsache hat das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag allen Verharmlosern und Geschichtsfälschern ins Stammbuch geschrieben. In Deutschland müssen endlich klare Worte gefunden werden.

Der Autor, 1940 in Breslau geboren, ist seit 2000 Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien. In dieser Eigenschaft ist der Leitende Polizeidirektor a.D. zugleich Mitglied des Bundesausschusses des Bundes der Vertriebenen.

Glanz der Macht in der Moritzburg

Kunstmuseum des Landes Sachsen-Anhalt zeigt kaiserliche Schätze aus der Wiener Kunstkammer

Mit kostbaren Werken aus der Kunstkammer des Kunsthistorischen Museums Wien erstrahlt in der Stiftung Moritzburg noch bis zum 24. Juli der „Glanz der Macht“ des habsburgischen Kaiserreiches. Der Gang durch die Ausstellung mit über 60 herausragenden Einzelstücken gibt einen einmaligen Einblick in diese weltweit einzigartige Sammlung, die ein eindrucksvolles Gegenstück zum Dresdner Grünen Gewölbe darstellt.

Da die Wiener Kunstkammer derzeit neu eingerichtet wird – die Wiedereröffnung ist für Ende 2012 vorgesehen –, ergab sich für die Stiftung Moritzburg die seltene Möglichkeit, einen repräsentativen Teil der Bestände nach Halle in das Kunstmuseum des Landes Sachsen-Anhalt zu holen. Es ist die umfangreichste Kunstkammerausstellung außerhalb Wiens seit vielen Jahren. Sie wurde zuvor im Schmuckmuseum Pforzheim gezeigt. Nach Halle ist sie im Fitz-William Museum in Cambridge/England zu sehen.

Die Moritzburg zu Halle ist dabei als Ausstellungsort für die verschwenderische Prachtentfaltung des habsburgischen Kaiserhauses geradezu prädestiniert, war auf ihr im frühen 16. Jahrhundert doch eine der prachtvollsten Schatzkammern jener Zeit untergebracht. Denn in der ehemaligen Residenz der Erzbischöfe von Magdeburg befanden sich einst große Schätze, darunter das sogenannte „Hallesche Heiltum“, die berühmte Reliquiensammlung von Luthers Gegenspieler Kardinal Albrecht von Brandenburg.

Die Ausstellung „Glanz der Macht“ dokumentiert alle in der Wiener Sammlung vertretenen Gattungen des Kunsthandwerks mit maßgeblichen Werken: In ihnen spiegelt sich Geschichte und sie erzählen Geschichten. Das Spektrum reicht vom ältesten identifizierbaren Kleinod aus habsburgischem Besitz, dem um 1400 aus einem Saphir geschnittenen Ring aus dem Besitz Herzog Ernst „des Eisernen“ (1377–1424), über die mit unglaublicher Virtuosität und unübertrefflichem Verständnis für das Material geschaffenen Werke der Steinschneidekunst des Mailänder Meisters Alessandro Masnago bis hin zu Goldschmiedearbeiten, wie dem aus einem Stück getriebenen Hutschmuck mit der Darstellung eines Reiterkampfes nach dem Vorbild Leonardo da Vincis. Ein herausragendes Werk, weniger Schmuckstück als Kleinplastik, das von einem unbekannten Meister geschaffen wurde, dessen künstlerisches Vermögen den Vergleich mit der Arbeit Benvenuto Cellinis nicht scheuen muss.

> Exquisites und exotisches Kunsthandwerk

Andere Stücke brillieren durch die kunstvolle Fassung exotischer Materialien – etwa ein Trinkgefäß aus Rhinozeroshorn, ein Nautiluspokal, in seiner Zeit Symbol des äußersten Luxus, oder ein Deckelpokal aus einer Kokosnuss und Elfenbeinschnitzereien. Auch Kuriositäten, deren Ausbildung eine besondere Laune der Natur zugrunde lag, wie eine seltene Achatmuschel mit Amethystdruse haben bereits frühzeitig und immer wieder die besondere Beachtung von Besuchern der Kunstkammer gefunden.

Die Bedeutung der Kunstkammer reicht jedoch weit über den außerordentlichen künstlerischen Rang des einzelnen Werkes hinaus. So bildet sich in den unterschiedlichen Sammlungsschwerpunkten sowie anhand der gesammelten Objekte selbst auch die Persönlichkeit einzelner Herrscher des Hauses Habsburg ab. Insbesondere der Tiroler Landesfürst Erzherzog Ferdinand II., dessen Sammlung auf Schloss Ambras mit in die Kunstkammer der Habsburger eingeflossen ist, aber auch der eigentliche Initiator, Kaiser Rudolf II. in Prag, sowie Kaiserin Maria Theresia in Wien haben ihre individuellen Spuren in Aufbau und Struktur dieses einzigartigen Bestandes hinterlassen.



Ulrich I. Ment: Nautiluspokal (um 1620/30)

Bild: Kunsthistorisches Museum Wien

Dabei lässt sich als durchgehende Konstante feststellen, dass die Sammeltätigkeit der jeweiligen Herrscher immer auch politischen Intentionen folgte und den Herrschaftsanspruch des Kaiserhauses festigen sollte. So untermauerten zum Beispiel die den antiken Cäsarendarstellungen nachempfundenen Porträts von Herrschern aus dem Hause Habsburg mit ihrer Berufung auf das römische Kaiserreich deren dynastischen Anspruch. Auch Kunstkammerstücke, die unter Verwendung exotischer Materialien geschaffen wurden, stehen nicht nur für absolute Exklusivität, sie belegen überdies den weltumspannenden Einfluss der habsburgischen Dynastien, der es möglich machte, internationale Künstler von höchstem Rang mit der Anfertigung besonderer Pretiosen zu beauftragen.

Auch die in die Sammlung integrierten Memorabilien halten die Erinnerung an herausragende Vertreter der Dynastie wach und stellen sie gleichzeitig als historische Vorbilder dar. Aus der Sammlung von Kuriositäten, oft exotischer Herkunft, seltenen Artefakten, wissenschaftlichen Gerätschaften und Kunstwerken entwickelte sich so etwas wie ein künstlerisches Gesamtdenkmal des kaiserlichen Hauses Habsburg.

Parallel zur Präsentation der Wiener Pretiosen rückt die Stiftung Moritzburg auch ihre Schätze ins rechte Licht: Hallesche Goldschmiedekunst des 17. und 18. Jahrhunderts sowie zahlreiche kostbare, kuriose und seltene Stücke der Sammlung Kunsthandwerk werden unter dem Aspekt „Idee Schatzkammer“ neu präsentiert. *smo*

Die Ausstellung „Glanz der Macht“ ist noch bis zum 24. Juli in der Stiftung Moritzburg, Halle, dienstags von 10 bis 19 Uhr und mittwochs bis sonntags von 10 bis 18 Uhr zu sehen, Katalog im Museumsladen 29,90 Euro, Eintritt 6/4 Euro.

In Kürze

Werbung für Preußen

„Friedrich II. und die Kunst“ (1986), „Der Große Kurfürst“ (1988), „Friedrich Wilhelm I. – Der Soldatenkönig als Maler“ (1990), „Macht und Freundschaft“ (2008) oder „Raffinesse und Eleganz“ (2007): Im Laufe der vergangenen 25 Jahre haben die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg und ihre DDR-Vorgängerinstitution Staatliche Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci Dutzende von vielbeachteten Ausstellungen präsentiert. Verantwortlich für die künstlerische Gestaltung der grafischen Werbemittel zeichnete Waldemar Strempler, der von 1986 bis 2011 das optische Erscheinungsbild der Stiftung entscheidend mitgeprägt hat.

Eine Ausstellung unter dem Titel „25 Jahre Werben für die Preußischen Schlösser und Gärten“ in der westlichen Pflanzenhalle der Orangerie im Park Sanssouci spannt den Bogen von Mitte der 80er-Jahre mit der Technik des Klebelayouts bis in die durch Digitaltechnik geprägte Jetztzeit mit Buswerbung und Leuchttafel-Werbeflächen an den Flughäfen Tegel und Schönefeld.

Gezeigt werden zahlreiche großformatige Werbeplakate der Stiftung sowohl für Ausstellungen als auch für Image-Kampagnen. Auch die Entwicklung weiterer Publikationen – von ersten Flyern über Monatsprogramme, das Besuchermagazin „Porticus“, opulente Bildbände bis hin zum neuen Stiftungsmagazin „sans, souci.“ – wird anhand zahlreicher Ausstellungsstücke nachvollzogen. *spsg*

Die Ausstellung ist vom 25. Juni bis 11. September in Potsdam-Sanssouci, Orangerie, Pflanzenhalle, dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr zu sehen, Eintritt 4/3 Euro.

Wunder über Wunder

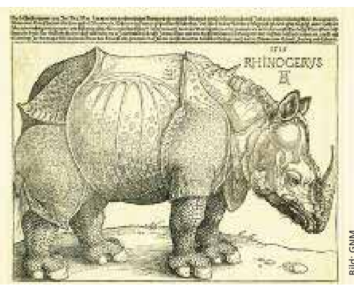
Sensationen auf Flugblättern des 16. Jahrhunderts in Nürnberg

Abscheuliche Verbrechen, Monster, Himmelserscheinungen – nicht erst die modernen Massenmedien, sondern schon die Flugblätter des 16. Jahrhunderts verbreiteten Sensationsnachrichten. Eine beeindruckende Auswahl dieser illustrierten Drucke ist nun in einer Studioausstellung innerhalb der Dauerausstellung „Renaissance, Barock, Aufklärung“ im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg zu sehen.

Entdeckungsreisen und Forschungsreisen in ferne Welten brachten im 16. Jahrhundert das Weltbild der Europäer ins Wanken: Die Rückkehrer überraschten die Daheimgebliebenen mit Aufsehen erregenden Wundergeschichten aus der Fremde. Aber auch außergewöhnliche Ereignisse wie Missgeburten, grausame Verbrechen und seltene Himmelserscheinungen faszinierten die Menschen. Die Schau zeigt 35 illustrierte Flugblätter, darunter zwei originale Holzschnitte von Albrecht Dürer: das berühmte „Rhinocerus“ und die „Missgeburt eines Schweins“.

Gedruckte Texte und Bilder verbreiteten die sensationellen Neuigkeiten weit über die Orte des Geschehens hinaus. Als ideales Medium des Nachrichtentransfers etablierte sich das Flugblatt.

Die vor allem in Nürnberg und Augsburg entstandenen Drucke folgten dabei einem bewährten Schema aus Schlagzeile, Illustration und Text. Besondere Bekanntheit erlangte Albrecht Dürers Holzschnitt „Rhinocerus“ von 1515, der in der Ausstellung gezeigt wird. Dürer bildete darauf jenes indische Nashorn ab, das



Albrecht Dürer: „Rhinocerus“ (Holzschnitt, 1515)

Bild: GNM

im Mai 1515 als Geschenk des Sultans Muzafar von Gujarat an den portugiesischen König Manuel I. an Bord eines Segelschiffes in Lissabon angekommen war.

Ein weiterer Holzschnitt von Dürer zeigt mit anatomischer Genauigkeit ein Naturwunder, das Ostern 1496 in Nürnberg gezeigt worden war: ein Ferkel mit zwei Leibern, acht Beinen, vier Ohren und zwei Zungen.

Ein reines Fantasieprodukt zeigt dagegen der anonyme Holzschnitt „Ein bei Kopenhagen gefangener Wunderfisch“, der vom Nürnberger Drucker Stefan Hamer 1546 herausgegeben wurde. Die Darstellung geht auf den seit dem Mittelalter als Meerwunder berüchtigten „Meermönch“ zurück, der die Menschen mit List ins Wasser lockte, um sie anschließend dort zu verspeisen. Die 1546 bei Kopenhagen gefangene Kreatur zeigt ein seltsames Mischwesen aus Mensch und Tier, Mönch und Fisch.

Neben menschlichen Missgeburten wie einem „blutschwitzenden Knaben“ und Wundererscheinungen wie dem „Monster von Ravenna“ oder dem antisemitischen Blatt über eine Jüdin, der man die Geburt von zwei Ferkeln unterstellte, finden sich unter den Flugblättern auch Berichte über seltsame Himmelserscheinungen wie Kugelblitze, Nordlichter und Meteore. *GNM*

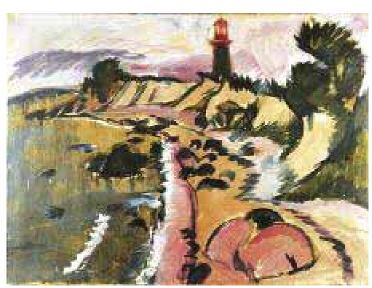
Das Germanische Nationalmuseum, Kartäusergasse 1, Nürnberg, ist dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, mittwochs bis 21 Uhr geöffnet, Eintritt 6/4 Euro.

»Die Natur ist schön«

Stiftung Moritzburg in Halle zeigt Landschaften der »Brücke«

Die Maler der Künstlergruppe „Brücke“ haben sich mit dem Sujet der Landschaft zeit ihres Lebens in allen Medien – Öl, Aquarell, Zeichnung und Druck – auseinandergesetzt. Überwog anfangs der Gedanke des Rückzugs in die unberührte Natur, die in schnellen Skizzen eingefangen wurde, so diente die Landschaft bald als Ausdrucksträger gesteigerter Empfindungen. Mit der Abstraktion und Vereinfachung von Landschaftsformationen wuchs die Kraft des Ausdrucks. Mit den Landschaftsdarstellungen der „Brücke“-Künstler rücken in der neuen Präsentation aus der Sammlung Hermann Gerlinger in der Stiftung Moritzburg in Halle Kunstwerke in den Blick, die zu den bedeutendsten Leistungen des deutschen Expressionismus zählen. Die Naturdarstellungen der „Brücke“-Maler verdeutlichen überdies beispielhaft die stilistische Entwicklung der einzelnen Persönlichkeiten der Künstlergruppe. Dies gilt nicht nur für die eigentliche Epoche des Expressionismus, sondern auch für das Früh- sowie das Spätwerk der Maler. Gezeigt werden 73 Werke von Erich Heckel, Ernst Ludwig Kirchner, Karl Schmidt-Rottluff, Otto Mueller, Emil Nolde und Max Pechstein. Der Aufbau der Ausstellung folgt chronologischen Gesichtspunkten und stellt in vier Kabinetten die Entwicklung von 1900 bis 1970 dar. Die Ausstellung bietet in ihrer Vollständigkeit einen Überblick, der so nur noch im „Brücke“-Museum zu Berlin möglich wäre.

Bereits frühzeitig widmeten sich die angehenden Künstler der Landschaft. Anfänglich experimentierten sie mit den Stilmitteln des Jugendstils oder des Spätimpressionismus, doch bald zeigte sich im Umgang mit dem Thema „Landschaft“ zunehmend die Eigenständigkeit einer neuen Kunstauffassung. Im „Verzicht leisten vor der Natur“ – wie Karl Schmidt-Rottluff es einmal treffend formuliert hat – tritt die Darstellung des natürlichen Landschaftsausschnittes in den Hintergrund und wandelt sich zum Bildorganismus, der dadurch zum Ausdrucksträger gesteigerter, subjektiver Empfindungen wird. Die damit einhergehende Revolution in der Malerei wird um 1909 besonders augenfällig. Den Landschaftsdarstellungen der „Brücke“-Maler wurde bislang in der Forschung ein eher geringes Interesse entgegengebracht und das, obwohl die Landschaft im Schaffen der Mitglieder der „Brücke“ eine zentrale Rolle spielte. Lediglich das Motiv des Menschen in der Landschaft, das zum integralen Bestandteil der Naturauffassung der „Brücke“ gehörte, wurde im Rahmen unterschiedlicher Ausstellungsprojekte aufgearbeitet. Die neue Präsentation bezieht in ihrer Konzeption



Ernst Ludwig Kirchner: Fehmarnküste mit Leuchtturm (Öl, 1913)

Bild: Archiv Gerlinger

ein breites Spektrum künstlerischer Ausdrucksmöglichkeiten ein, so sind Gemälde, Aquarelle, Zeichnungen und Druckgrafik zum Thema „Landschaft“ zu sehen. *PAZ*

Die Ausstellung im Kunstmuseum des Landes Sachsen-Anhalt, ehemals Staatliche Galerie Moritzburg, Friedemann-Bach-Platz 5, Halle, ist bis 4. September dienstags von 10 bis 19 Uhr, mittwochs bis sonntags von 10 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt 5/3 Euro.

Erstflug der Fw 61

Hanna Reitsch machte sie 1937 mit ihrer Vorführung in der Deutschlandhalle berühmt: die Fw 61 von Focke-Wulf. Die Geschichte dieses ersten gebrauchsfähigen Hubschraubers reicht bis in die Weimarer Zeit zurück. Damals baute Focke-Wulf Tragschrauber in Lizenz, sprich Tragflügler, bei denen im Gegensatz zum Hubschrauber der Rotor nicht durch ein Triebwerk, sondern passiv durch den Fahrtwind in Drehung versetzt wird. 1932 kam der Konstrukteur und Unternehmer Henrich Focke, der 1924 Focke-Wulf mit Georg Wulf sowie Otto Bernhard, Otto Schurig, Ludwig Roselius und Werner Naumann gegründet hatte, auf die Idee, den Tragschrauber zum Hubschrauber fortzuentwickeln.



Focke-Wulf Fw 61 Bild: Archiv

1934 wurden mit einem Modell, das von einem kleinen Zweitaktmotor angetrieben wurde, erste Flugversuche unternommen.

Diese Versuche verliefen derart erfolgreich, dass das Reichsluftfahrtministerium im darauffolgenden Jahr Focke mit dem Bau eines Prototyps beauftragte, der noch im selben Jahr fertiggestellt wurde.

Ebenfalls im Jahre 1935 unternahm der deutsche Einflieger und Versuchspilot Ewald Rohlfs, den Focke hierfür selber ausgewählt hatte, in einer Halle die ersten Versuchsflüge, die allerdings noch gefesselt waren. Am 26. Juni 1936 fand dann der erste Freiflug mit Rohlfs am Steuerknüppel statt. Er dauerte 28 Sekunden. *M. R.*

Was Ehec und Cholera verbindet

Auch bei der Hamburger Epidemie von 1892 kollidierte das Allgemeinwohl mit Lobbyinteressen

Wie die aktuelle Ehec- hatte auch die Hamburger Chloleraepidemie von 1892 ihren Schwerpunkt in Norddeutschland. Dieses ist jedoch nicht die einzige Gemeinsamkeit zwischen den beiden Epidemien.

„Nein, ich auch nicht und ich finde, wenn das Robert-Koch-Institut diese Warnungen ausspricht, dann gilt das erst mal.“ So antwortete die grüne Landwirtschaftsministerin von Rheinland-Pfalz, Ulrike Höfken, am 8. Juni in einem Interview mit dem Deutschlandfunk (DLF) auf die Frage, ob sie im Moment Gurken esse. Da einer Grünen kaum zu unterstellen ist, dass sie in ihrem Privatleben einer Empfehlung von staatlicher Seite Folge leistet, ohne an deren Sinnhaftigkeit zu glauben, hielt Höfken zum Zeitpunkt des Interviews offenkundig den Verzehr von Gurken für ein Gesundheitsrisiko.

Dass die Landwirtschaftsministerin die entsprechende Warnung des Robert-Koch-Instituts (RKI) also als begründet erachtete, hielt sie jedoch nicht davon ab, im selben DLF-Interview diese Warnung mehr oder weniger verklausuliert zu kritisieren – aus Rücksicht auf die Agrarlobby. So antwortete sie auf die Frage, ob die aus der Gurkenwarnung resultierenden „Wegwerforgien unvermeidlich“ seien: „Na ja, also ich will da in diese Empfehlungen des Robert-Koch-Institutes nicht eingreifen. Was *aber* vielleicht nötig wäre, das wäre …“ Die Ministerin zieht dann die Glaubwürdigkeit der RKI-Empfehlung in Zweifel, indem sie „erhebliche Kritik“ an den Befragungen anmeldet, die ihr zugrunde lagen, und antwortet auf die Frage, ob nur dann gewarnt werden solle, wenn wissenschaftliche Beweise vorliegen, was bei der Gurken-Warnung des RKI nicht der Fall war: „Nein, man kann nicht sagen, dass Verbraucher nicht gewarnt werden sollen, wenn ein Verdacht besteht. Das wäre in manchen Fällen dann auch fahrlässig. *Aber* …“ Und dann kommt sie auf die Interessen ihrer Klientel zu sprechen: „Aber man muss die Sachen zusammenbinden, und da hakt es eher dran, das heißt, was die Erzeuger erwarten können. Die sind ja im Moment, finde ich, arg außen vor gelassen und sehen mit Entsetzen diesem ganzen Geschehen zu.“



Bild: Heitmann

Hamburgs Gängeviertel: Idealer Nährboden für Seuchen

Eine derartige Missachtung des unbedingten Primats der Volksgesundheit vor separaten Lobbyinteressen führte maßgeblich zum letzten großen Ausbruch der Cholera in Deutschland im Jahre 1892 in Hamburg. In der Stadtrepublik waren es nicht die Sonderinteressen von Agrariern, sondern von Vermietern, sogenannten Hausagrariern, die mit dem Allgemeininteresse kollidierten. Von dem als „Reichs-Commissar für die Gesundheitspflege im Stromgebiet der Elbe“ von Berlin nach Hamburg entsandten Entdecker des Cholera-Erregers, Robert Koch, stammt die denkwürdige Einschätzung: „Ich habe noch nie solche ungesunden Wohnungen, Pesthöhlen und Brutstätten für jeden Ansteckungskeim angetroffen wie in den sogenannten Gängevierteln, die man mir gezeigt hat, am Hafen, an der Steinstraße, in der Spitalerstraße oder an der Niedernstraße.“ Er beendet sind seine zusammenfassenden Worte: „Ich vergesse, dass ich in Europa bin.“

Zu diesem menschlichen Versagen kamen ungünstige natürliche Bedingungen in diesem Sommer 1892. Es war heiß, der Pegel der Elbe, aus der für Hamburg das Leitungswasser – im Gegensatz zur preußischen Nachbarstadt Altona – ungefiltert entnommen wurde, war niedrig und das Flusswasser ungewöhnlich warm. In dieser Situation bedurfte es nur noch eines Funkens, eines Auslösers für die Katastrophe. Es besteht die Vermutung, dass Russen, die über Hamburg in die Neue Welt auswandern wollten, die Seuche aus ihrer Heimat eingeschleppt haben. Diese Theorie wird allerdings mittlerweile aus der Historikerzunft als angeblich ausländerfeindlich abgelehnt – denn Ursachensuche unter Migranten für ein Problem oder einen Missstand verstößt gegen die politische Korrektheit.

> Das Hamburg der Kaiserzeit hat aus der Seuche gelernt

Das erste bekannte Todesopfer der Epidemie war ein Kanalarbeiter, der den Auslass der Kanalisation am Kleinen Grasbrook überwachte. Er starb am 17. August 1892. Im Oktober galt die Epidemie als erloschen. Bis zum Februar 1893 kamen allerdings noch vereinzelte Erkrankungen und auch Todesfälle vor. Insgesamt wurden 16 596 Erkrankungen und 8605 Todesfälle registriert.

Zur vollen Wahrheit über die Hamburger Choleraepidemie gehört aber auch, dass die Bürgerrepublik aus der Katastrophe lernte und ihre Konsequenzen zog. Dieses geschah langsam sowie unter teilweise erheblichem Druck von außen und aus der eigenen Arbeiterschaft, aber es geschah. In dem der Epidemie folgenden Kalenderjahr wurde das Filtrierwerk der Hamburger Wasserwerke auf Kaltehofe fertiggestellt, am Bullerdeich die erste Müllverbrennungsanlage Deutschlands errichtet und Bernhard Nocht als Hafenarzt nach Hamburg gerufen, dessen 1900 eingeweihtes Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten (Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin) Weltruf erlangte.

Nach dem großen Hafenarbeiterstreik von 1896 konnte die Stadtregierung 1898 schließlich gegen den erbitterten Widerstand der Grundeigentümer ein Wohnungspflegegesetz durchsetzen, das gesundheitliche Mindeststandards für die Wohnungen festsetzte. Nach dessen Verschärfung im Jahre 1907 verfügten die Hamburger über eines der schärfsten und modernsten Regelwerke auf diesem Gebiet des gesamten Kaiserreiches.

Es ist zu hoffen, dass in analoger Weise auch die politische Führung der Bundesrepublik aus der Ehec-Epidemie lernt und ihre Konsequenzen für den Schutz der Bevölkerung vor Seuchen ziehen wird. *Manuel Ruoff*

Schwerer Verlust

Marinehistoriker Hans H. Hildebrand tot

Die Zunft der deutschen Marinehistoriker trauert um Hans H. Hildebrand. Am vorvergangenen Wochenende ist er im 92. Lebensjahr verstorben.

Die Früchte seiner jahrzehntelangen Arbeit kennt jeder, der sich mit der deutschen Marinegeschichte beschäftigt. Zahlreiche Veröffentlichungen haben ihn weit über Deutschlands Grenzen hinaus zu einem anerkannten Autor zur Entwicklung der deutschen Marinen seit 1848 gemacht. Dazu gehören vor allem die mit Ernest Henriot erstellte Publikation „Deutschlands Admirale 1848–1945“, das für jeden Marinehistoriker unverzichtbare formationsgeschichtliche Werk „Die deutsche Kriegsmarine 1939-1945 – Gliederung, Einsatz, Stellenbesetzung“, das er gemeinsam mit Walter Lohmann schuf, und die Buchreihe „Die deutschen Kriegsschiffe. Biografien – ein Spiegel der Marinegeschichte von 1815 bis zur Gegenwart“. Ferner ist zu nennen die Arbeit „Die organisatorische Entwicklung der Marine 1848–1945 nebst Stellenbesetzung“ in der Reihe „Formationsgeschichte und Stellenbesetzung der deutschen Streitkräfte 1815–1990“, wodurch er den Bogen seiner Forschungen bis in die Gegenwart schlug. Mit allen seinen Veröffentlichungen hat Hildebrand wesentliche Beiträge zur Geschichte der deutschen Marine geliefert. Zugleich hat er damit das Ansehen der deutschen Marinehistoriografie im In- und Ausland gefördert.

> Eigentlich war er Steuerberater

Dabei war Hildebrand eigentlich Steuerberater von Beruf und auch zur Beschäftigung mit der Marine kam er erst spät. Den gesamten Zweiten Weltkrieg verbrachte er als Heeressoldat an der Ostfront. Bei Kriegsende geriet er in Kurland in russische Kriegsgefangenschaft. Schwer erkrankt, wurde er schon Ende 1945 aus einem Gefangenenlager in Stalingrad entlassen. Nach der Heimkehr bekam er in Hamburg Kontakt zu Vizeadmiral a. D. Walter Georg Lohmann, der sich bereits in Kriegszeiten als Verfasser von Marineliteratur einen Namen gemacht hatte. Gemeinsam begannen sie, das Material für ihre zukünftigen Veröffentlichungen zusammenzutragen, die heute zu den Standardwerken zur deutschen Marinegeschichte gehören. Auch nach Lohmanns Tod im Jahre 1955 setzte Hildebrand das gemeinsame Werk fort.

Die Deutsche Gesellschaft für Schiffahrts- und Marinegeschichte, der er viele Jahre als Schatzmeister diente, ernannte Hildebrand im Jahre 2004 anlässlich seines 85. Geburtstages in Würdigung seiner Verdienste um die marinehistorische Forschung zu ihrem Ehrenmitglied.

Mit Hans H. Hildebrand verliert die deutsche Marinegeschichtsschreibung eine ihrer herausragenden Gestalten. *Jan Heitmann*

Skandalgatte

Prinz Bernhard der Niederlande

Bernhard der Niederlande gehört mit zwei außerehelich geborenen Töchtern und einem Bestechungsskandal, der ihn die Uniform kostete, sicherlich zu den skandalträchtigsten Prinzgemahlen der Nachkriegszeit. Während seine Ehefrau Juliane als junge Prinzessin eher den Typus des reichen Mauerblümchens verkörperte, entsprach der mehr als zwei Jahre jüngere Bernhard eher dem Typ mittelloser Playboy. Aber die Niederländerin verliebte sich in den feschen Sohn eines preußischen Kavallerieoffiziers, dieser war als Prinz zur Lippe-Biesterfeld von höherem Adel, die Prinzessin mit fast 28 Jahren bei der Eheschließung nicht mehr die Jüngste, und das Geld des niederländischen Königshauses, das Juliana als einziges Kind von Königin Wilhelmina der Niederlande und Herzog Heinrich zu Mecklenburg einmal erben würde, reichte für beide. Am 7. Januar 1937 heirateten der am 29. Juni 1911 in Jena geborene Prinz und die am 30. April 1909 in Den Haag zur Welt gekommene Prinzessin in der Geburtsstadt der Braut.



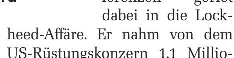
Bild: Archiv

Prinz Bernhard

Bernhard war zwar Mitglied der SA, der Reiter-SS und der NSDAP, doch wurde ihm dieses nach dem Kriege nachgesehen wegen seines dezidiert reichsfeindlichen Verhaltens während des Zweiten Weltkrieges. Während Juliane und ihre Mutter nach dem Kriegsausbruch über England ins sichere Kanada emigrierten, blieb Bernhard in Großbritannien. Nach der Kapitulation Frankreichs ließ er sich von der Royal Air Force als Pilot ausbilden und übernahm 1944 von seiner Schwiegermutter den Oberbefehl über die Koninklijke Luchtmacht.

Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Thronbesteigung seiner Ehefrau 1948 übernahm Bernhard militärische Aufgaben und bemühte sich als sogenannter bester niederländischer Exportartikel um die Einbindung seiner neuen Heimat in die Weltwirtschaft. Der Mitinitiator der sogenannten Bilderberg-Konferenzen geriet dabei in die Lockheed-Affäre. Er nahm von dem US-Rüstungskonzern 1,1 Millionen US-Dollar Schmiergelder an.

Der Skandal kostete den Prinzgemahl 1976 alle seine Militär- und diverse zivile Ehrenposten einschließlich des Rechts, Uniform zu tragen. Allerdings stieß der Bonvivant mit der Nelke im Knopfloch auf eine letztlich nachsichtige Öffentlichkeit. So wurde er nach seinem Tode am 1. Dezember 2004 mit militärischen Ehren bestattet. *M. R.*



Wer gehört wem?



Streitgespräch um Copernicus und Chopin

Wie wir Deutschen zum Beispiel auf Johannes Kepler und Immanuel Kant und Wolfgang Amadeus Mozart stolz sind, so suchen auch Polen, sich mit großen Persönlichkeiten zu schmücken. Im Anschluss an eine gemeinsam gehörte Rede unter anderem dieses Inhalts ergab sich zwischen dem Juristen Menno Aden und einer polnischen Studentin folgendes Gespräch:

Aden: Es ist wohl ein Problem Polens, zu wenige im europäischen Maßstabe große Polen vorweisen zu können. Daher immer wieder der Griff auf unseren Copernicus und Chopin, der mit einer polnischen Mutter und einem aus Westeuropa stammenden Vater doch nur halber Pole war.

> Deutscher Professor und junge Polin

Studentin: Nix da. Beide waren Polen. Chopins Musik ist doch völlig polnisch.

Aden: Wir haben eben beim Festakt einen der ungarischen Tänze von Johannes Brahms gehört. Diese klingen doch ziemlich echt nach Ungarn. Brahms stammt aber aus Hamburg. Der Klang seiner Musik macht einen Deutschen nicht zum Ungarn und einen Halbfranzosen nicht zum Vollpolen.

Studentin (unwirsch): Chopin war polnisch – durch und durch. Copernicus auch!

Aden: Ethnisch war Copernicus aber wohl Deutscher. Er wurde allerdings als Untertan des polnischen Königs in der kurz zuvor an Polen gekommenen Stadt Thorn geboren.

Studentin: Eben! Darauf kommt es an, auch wenn er Deutsch sprach.

Aden: Aber was ist dann mit ihrem Nationaldichter Adam Mickiewicz? Dieser sprach zwar Polnisch, aber er selbst und seine Vorfahren wurden außerhalb des heutigen Polen als russische Untertanen geboren. Seine Mutter, jüdischer Herkunft, hatte sogar prominente Juden als Vorfahren. Der polnische Nationaldichter also ein russischer Jude?

Studentin (verunsichert): Aber wenn wir Copernicus weggeben – dann haben wir doch niemanden mehr!

Aden: Das sehe ich ein. Aber Copernicus gehört nun einmal uns. Wenn Polen und Deutsche aber lernen, über alles, was zwischen uns geschehen ist, wahrhaftig und ohne Beschönigung zu reden, dann können wir meinetwegen auch über Copernicus reden. Dann kommt es eigentlich auch nicht mehr darauf an, wem er gehört. Schließlich ist er eine europäische Größe. Aber bis dahin bleibt Copernicus bei uns.

Aden (um die ganz geknickte Studentin aufzurichten): Chopin ist euer! Aber Copernicus bleibt bis zu dem genannten Zeitpunkt Deutscher.

Studentin (Adens Hand einschlagend, aber zögernd): Ja.

Einer der letzten Aufrechten

Der ehemalige Vertriebenen- und Innerdeutsche Minister Heinrich Windelen wird 90 Jahre alt

Heinrich Windelen gehört zu den wenigen noch lebenden ehemaligen Spitzenpolitikern der Bundesrepublik, die Ostdeutschland nie aufgegeben haben. Diesen Sonnabend feiert der Schlesier seinen 90. Geburtstag.

Heinrich Windelen war von beiden Elternseiten her niederrheinischer Abstammung, aber er selber kam am 25. Juni 1921 im schlesischen Bolkenhain zur Welt. „Ich bin Schlesier“, hat er stets offen bekannt und blieb Schlesien treu. Der Sohn eines Lederfabrikanten besuchte in seiner Geburtsstadt die Volks- und Mittelschule sowie anschließend in Striegau die Oberschule. Dem Abitur, Arbeitsdienst und Kriegshilfsdienst folgte die Aufnahme eines Physik- und Chemiestudiums in Schlesiens Hauptstadt Breslau.

Windelen wurde aus dem geordneten und standesgemäßen Leben eines schlesischen Fabrikantensohnes jäh durch den Einzug zum Militär im Jahre 1940 herausgerissen. Nach Militärdienst und kurzer Kriegsgefangenschaft verschlug es ihn nach Westdeutschland. Im westfälischen Telgte und Warendorf absolvierte er bis 1948 eine kaufmännische Lehre und gründete anschließend mit seinem Vater eine Versandfirma.

1946 trat Windelen in die CDU ein. Dort stieg er bis 1970 zum Vorsitzenden seines Landesverbandes Westfalen-Lippe auf. 1977 überließ er Kurt Biedenkopf das Feld. Sein Versuch, 1983 dessen Wiederwahl zu verhindern, scheiterte.

Nachdem sein Parteifreund Anton Sabel aus dem Deutschen Bundestag an die Spitze der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gewechselt hatte, erhielt Windelen 1957 die Chance, in das Nationalparlament einzuziehen. Dort vertrat er über Jahrzehnte Warendorf, dessen Junge Union er 1947 mit gegründet hatte, dessen CDU-Kreisvorsitzender er ab 1953 war und dessen Ehrenbürger er seit 1991 ist. Der Abgeordnete aus Schlesien übernahm die Leitung des Parlamentarischen Beirates des Bundes der Vertriebenen.

Als 1969 Bundesvertriebenenminister Kai-Uwe von Hassel Nachfolger von Eugen Gerstenmaier als Bundestagspräsident wurde, übernahm Windelen in der schwarz-roten Regierung des Bundeskanzlers Kurt Georg Kiesinger Hassels Ressort. Die noch im selben Jahr durchgeführten sechsten Bundestagswahlen führten jedoch zu einer neuen, sozialliberalen Regierung ohne christdemokratische Beteiligung. Da der SPD-FDP-Koalition das Vertriebenenministerium nicht in ihre neue Ostpolitik passte und sie es daher abschaffte, ist Windelen der letzte Vertriebenenminister der Bundesrepublik Deutschland.



Bild: dpa

Im Bundestag: Windelen mit Walther Leisler Kiep, Helmut Kohl und Philipp Jenninger (von links)

Der Christdemokrat hatte bereits ab 1965 dem Vorstand seiner Bundestagsfraktion angehört. Nun, nach seinem Ausscheiden aus der Regierung, wurde er einer der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Als 1977 Albert Leicht Präsident des neu errichteten Europäischen Rechnungshofes wurde und aus dem Bundestag ausschied, übernahm Windelen von seinem Parteifreund den Vorsitz im Haushaltsausschuss des Bundestages. 1981 wechselte er auf den repräsentativen Posten des Bundestagsvizepräsidenten, der durch den Wechsel Richard von Weizsäckers an die Spitze des Berliner Senats frei wurde.

1982 übernahm Windelens Partei nach der „Wende“ von der sozial-liberalen zur christlich-liberalen Koalition auch im Bund wieder Regierungsverantwortung. Die neue bürgerliche Regierung verzichtete darauf, die Abschaffung des Vertriebenenministeriums rückgängig zu machen. An der Spitze eines anderen Ministeriums wurde Windelen 1983 noch einmal Regierungsmitglied. Als Rainer Barzel nach der Bundestagswahl jenes Jahres aus der Regierung an die Spitze des Bundestages wechselte, übernahm Windelen dessen Innerdeutsches Ministerium. Dort hatte er nur wenig Gestaltungsraum, wurde die Deutschlandpolitik doch im Bundeskanzleramt gemacht, wo Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble die Kontakte der Bundesregierung zur SED pflegte. Allerdings erregte Windelen schon deshalb Aufsehen, weil er nicht wie das Gros seiner Parteifreunde die sozial-liberale Ostpolitik bruchlos fortführte, sondern auch als Minister Helmut Kohls die Endgültigkeit der Ostverträge öffentlich in Zweifel zu ziehen wagte.

Nach der elften Bundestagswahl wurde er 1987 ausgetauscht. Als der neue freidemokratische Hoffnungsträger Jügen Möllemann als Bundesbildungsminister in die Bundesregierung einzog, schied die als farblos geltende bisherige Amtsinhaberin, Dorothee Wilms, nicht aus der Regierung aus, sondern erhielt zum Leidwesen der Vertriebenen Windelens Ressort, so dass es bei zwei Ministerinnen im Kabinett blieb.

Windelen blieb Bundestagsabgeordneter – und sich treu. Wie 1970 gegen den Warschauer Vertrag stimmte er auch 1990 gegen die Gemeinsame Entschließung zur deutsch-polnischen Grenze und den Einigungsvertrag wegen der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze. Noch im selben Jahr schied Heinrich Windelen aus dem Deutschen Bundestag aus. *Manuel Ruoff*

Geschenk für den König

Vor 200 Jahren erhielt der damalige preußische König Friedrich Wilhelm III. von Valentin von Massow eine gebundene Mappe mit 50 besonders sorgfältig ausgeführten Reinzeichnungen nach Entwürfen für sämtliche Bauten, die zwischen 1797 und 1804 in Paretz errichtet worden waren. Massow, ab 1792 Hofmarschall Friedrich Wilhelms und ab 1797 auch Intendant der königlichen Schlösser und Gärten, zeichnete verantwortlich für die Gesamtplanung und Leitung der Umgestaltung des Dorfes Paretz.

Aus Anlass dieses Jubiläums hat die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) eine Präsentation mit den wichtigsten Informationen über die Geschichte und Bedeutung dieses Geschenks sowie über den Initiator und Schenkenden, Valentin von Massow, zusammengestellt. Auch das originale „Skizzenbuch“ ist bis zum 21. August dieses Jahres dienstag bis sonntags von 10 bis 18 Uhr im Schloss Paretz zu sehen.

Bei den maßstäblich ausgeführten und fein aquarellierten Federzeichnungen handelt es sich um sehr exakt ausgeführte, bis ins Detail gehende Wiedergaben der einzelnen Gebäude, Gehöfte und Parkbauten. Sie vermitteln uns eine Vorstellung von der baukünstlerischen Qualität der häufig nicht mehr erhaltenen oder nachträglich veränderten Bauten. Das Paretzer Skizzenbuch ist damit bis heute eine einzigartige Quelle für die Geschichte sowie denkmalgerechte Erhaltung und Rückgewinnung dieses um 1800 hochmodernen Musterdorfes.

Ermöglicht wurde die kleine Schau, die sich dem Rundgang durch die historischen Schlossräume anschließt, durch finanzielle Zuwendungen von Henrike Reemtsma-Neidel über die Freunde der Preußischen Schlösser und Gärten e.V. sowie von Helga Breuninger, Vorsitzende der Breuninger-Stiftung, und Volker Donath, Vorsitzendem der Stiftung Paretz.

Paretzer Skizzenbuch wird auch gezeigt

Das Dorf Paretz bei Potsdam gilt als Musterbeispiel preußischer Landbaukunst um 1800 in der Mark Brandenburg. Die planmäßig angelegte und mit hohem ästhetischen Anspruch ausgeführte Siedlung erfüllte sowohl die Ansprüche an einen königlichen Landsitz als auch die Anforderungen an ein funktionierendes Bauerndorf. Das moderne, sich durch die Anwendung neuer Bautechniken auszeichnende Dorfbild stand darüber hinaus in harmonischem Einklang mit der weiten Landschaft des Havellandes. Das Dorf gilt als Hauptwerk der Architekten David und Friedrich Gilly.

Der Ausbau von Paretz war die anspruchsvollste Aufgabe für von Massow, der seine eigene Gutsanlage in Steinhöfel schon ab 1790 durch David Gilly umgestalten ließ. Ein Besuch des Kronprinzenpaares 1794 vor Ort gab den wohl entscheidenden Impuls für den Erwerb und die Neugestaltung von Paretz ab 1797. Das junge Thronfolgerpaar, Friedrich Wilhelm (III.) und Luise, hatte Paretz 1797 zu dem Ort bestimmt, an dem es für einige wenige Sommerwochen ein vergleichsweise zwangloses, vergnügtes höfisches Leben führen konnte, losgelöst von der strengen Etikette in Berlin und Potsdam. *PAZ*

Nähere Informationen erteilt das Schloss Paretz, Parkring 7, 14669 Paretz, Telefon (0331) 9694-200/-201, Fax (0331) 9694-107, E-Mail: info@spsg.de

Bescheidener Luxus

Privatausgaben Friedrichs II. ausgewertet und ins Internet gestellt

Im Rahmen der Vorbereitungen der großen Präsentation „Friederisiko. Friedrich der Große“ kommendes Jahr im Neuen Palais in Potsdam hat die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) in Kooperation mit dem Geheimen Staatsarchiv zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz (GStA PK) und in Zusammenarbeit mit der Publikationsplattform für die Geisteswissenschaften „perspectivia.net“ die Schatullrechnungen Friedrichs des Großen erforscht, digital erschlossen und auf der Plattform www.perspectivia.net veröffentlicht. „perspectivia.net“ ist eine internationale, epochenübergreifende und interdisziplinäre Online-Publikationsplattform für die Institute der bundesunmittelbaren Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (DGIA) und ihre Kooperationspartner mit dem Ziel, die wissenschaftlichen Ergebnisse der Auslandsinstitute transparent und barrierefrei zugänglich zu machen.

Bei den nun im Internet veröffentlichten Schatullrechnungen handelt es sich um eine Art privater Kontoaufstellungen mit rund 20000 Einzelposten, die überaus private Einblicke in die Ausgaben des Regenten geben. Nur sehr wenigen Vertrauten bekannt, hätte ihre Veröffentlichung sicher Hochverrat bedeutet, kommentiert Ralf Zimmer, Historiker der Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute, die Relevanz des nun jedermann zugänglichen Materials. Über ein Jahr forschte der Wissenschaftler im Staatsarchiv. So sind die originalen Rechnungen zunächst Blatt für Blatt eingescannt, transkribiert sowie digitalisiert worden. Eine Steuerung ermöglicht eine Navigation zwischen den Dokumenten. Einzelne Ausgabenposten können anhand von Schlagwörtern gezielt gesucht werden.

Die historischen Unterlagen umfassen 41 gebundene Mappen mit jeweils vier bis 63 Blättern. Für die Online-Stellung konnten die insgesamt 910 Blätter aus den Jahren 1742 bis 1786 erfasst werden.

Nur im Vergleich zu anderen Herrschern bescheiden

Die in über 41 Jahren durch die Schatullrechnungen dokumentierten Ausgaben schwanken zwischen 200000 Reichstaler im Jahr 1750 und 30840 im Sterbejahr Friedrichs 1786. Dem Staate Preußen standen zum Vergleich im Jahre 1781 Staatseinnahmen in Höhe von etwa 19 Millionen Reichstaler zur Verfügung.

Bei der Analyse der Schatullenrechnungen kamen die Staats- beziehungsweise staatsnahen Historiker zu dem Ergebnis, dass Friedrich der Große nicht unbedingt dem Ideal der preußischen Tugend der selbstlosen Bescheidenheit entsprochen habe. So sei der Preußenkönig ein derart fanatischer Kirschenliebhaber gewesen, dass er sich dieses Vergnügen auch in der kälteren Jahreszeit gegönnt und an einem Nachmittag für das leckere Obst mit 180 Talern mehr als das halbe Jahresgehalt eines Hofmusikus ausgegeben habe. So habe Wilhelm Friedemann Bach für seine Arbeit 300 Taler jährlich bekommen. Auch habe sich Friedrich regelmäßig Orangepuder, Rosenwasser, kostbaren Champagner und Weine geleistet, habe „ein Kleid für den kleinen Hund“ als Kälteschutz herstellen lassen und habe Künstler, die er schätzte, durch finanzielle Zuwendungen an seinen Hof gebunden.

Neben den akribisch geführten Schatullrechnungen hätten noch weitere „schwarze Kassen“ existiert, die Friedrich jedoch als „rote oder grüne“ bezeichnet habe. Hieraus habe er seine geliebten und sehr kostbaren Tabatieren bezahlt. Diese „bunten“ Kassen würden aber noch einer genaueren Untersuchung unterzogen, so das Geheime Staatsarchiv und „perspectivia.net“.

Trotz all dieser „Enthüllungen“ über das private Konsumverhalten des Preußenkönigs, die Hartmut Dorgerloh von der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg von einem „wahren Geschenk“ für alle und einen Meilenstein der Forschung über Friedrich II. schwärmen lassen, lässt sich doch konstatieren, dass der preußische König im Vergleich zu den unmäßigen Ausschweifungen an anderen europäischen Höfen dann doch wieder bescheiden war. *Silvia Friedrich / PAZ*

Zum Geburtstag

Gedenkmünze für Friedrich den Großen

Die Bundesregierung hat beschlossen, den wohl bekanntesten preußischen König Friedrich den Großen mit einer Zehn-Euro-Gedenkmünze „300. Geburtstag Friedrich II.“ zu ehren. Die Euro-Gedenkmünze soll in Stempelglanzqualität aus einer Kupfer-Nickel-Legierung (CuNi25) bestehen. Ihr Gewicht wird 14 Gramm betragen. Die Spiegelglanzmünze soll aus einer Legierung von 625 Tausendteilen Silber und 375 Tausendteilen Kupfer bestehen. Ihr Gewicht wird 16 Gramm betragen. Sie ist durch die Inschrift „Silber 625“ besonders gekennzeichnet.



Bild: Archiv

Friedrich II. 1763: Gemälde von Johann Georg Ziesenis

Der glatte Münzrand wird als Inschrift in vertiefter Prägung den letzten Halbsatz aus den ersten drei Sätzen der Einleitung des politischen Testaments Friedrichs des Großen enthalten, die da lauten: „Die erste Bürgerpflicht ist, seinem Vaterlande zu dienen. Ich habe sie in allen verschiedenen Lagen meines Lebens zu erfüllen gesucht. Als Träger der höchsten Staatsgewalt hatte ich die Gelegenheit und die Mittel, mich meinen Mitbürgern nützlich zu erweisen.“

Über das weitere Aussehen der Gedenkmünze gab die Jury schon jetzt bekannt: „Der Künstler wählte als Hauptmotiv das einzige authentische Porträt aus der 46-jährigen Regierungszeit Friedrichs des Großen. Als Umschrift wird der Anlass für die Herausgabe der Münze mit einem programmatischen Zitat des Monarchen verbunden. Im Mittelpunkt der ausgewogenen Komposition blickt der gereifte König, der sich als europäischer Herrscher präsentiert, den Betrachter offen und unvoreingenommen an.“

Zur Begründung der Entscheidung für diesen Entwurf heißt es weiter: „Der Entwurf besticht durch die überzeugende Umsetzung des Porträts des braunschweigschen Hofmalers Ziesenis von 1763 ins Relief. Das Zitat stammt aus den ersten Regierungstagen des Königs (Juni 1740) und ist ein klares Bekenntnis zu Toleranz und Eigenverantwortung. Insgesamt werden damit die aktuellen Botschaften des Jubiläums 2012 vermittelt, Friedrich II. als europäischen Herrscher des 18. Jahrhunderts im Sinne der Aufklärung zu verstehen. Der Künstler führt die klare Formensprache und Typografie der Vorderseite auf der Wertseite fort, die durch einen prägnanten Bundesadler bestimmt ist.“ *PAZ*

Im Königsberger Dom das Wappen gefälscht

Zu: Falsches Wappen

Bei dem Besuch meiner Heimatstadt Königsberg im Oktober 2010 besichtigten meine Frau und ich auch den Dom und wollten die neue Orgel sehen und hören, die ja mit so viel Vorschusslorbeeren versehen wurde. Wir guckten uns den Dom an soweit es uns gestattet wurde. Denn hier wurde mein Vater getauft und auch konfirmiert. Ich selbst bin in Metgethen großgeworden und sah sowohl Dom und Schloss als Junge, wenn ich mit meiner Mutter nach Königsberg zum Einkaufen gefahren bin. So habe ich im Dom das wiedererstandene Taufbecken gesehen, das ich von Bildern her kannte. Es hat mich sehr beeindruckt, mit wie viel Liebe und Sorgfalt, auch in Kleinigkeiten, das Innere des Doms wiederhergestellt wurde.

Wir begaben uns in Richtung Ausgang. An der Empore, auf der die neue Orgel steht, ist ein Wappen angebracht. Wenn man nur flüchtig dort hinschaut, sieht man das Königsberger Wappen. Aber hatte das Wappen früher zwei Köpfe? Es gab den preußischen Doppeladler. Sah früher das Königsberger Wappen so aus? Meiner Meinung nach hat man den preußischen Adler hier durch den russischen Doppeladler ersetzt.

Hier handelt es sich eindeutig um eine Geschichtsfälschung. Es ist eine Ohrfeige für alle, die früher einmal hier zu Hause waren und hier gelebt haben. Das Wappen zeigt den Adler des russischen Staatswappens, der in seinen Fängen die drei Stadtteile Altstadt, Löbenicht und Kneiphof fest im Griff hat.

Der Dom ist weitgehend aus westlichen Mitteln finanziert worden und der Wiederaufbau sollte dem Urzustand entsprechen. Wo bleibt der Denkmalschutz?

Wenn die Russen sich Gedanken machen, warum immer weniger Touristen nach Königsberg kommen, so ist doch ganz klar, dass die Leute Königsberg sehen wollen und keine russische Plattenbaukolonie. Man versucht Alt-Königsberg wiederherzustellen. Die Kaiserbrücke über den Pregel, über die früher einmal die Straßenbahn fuhr, ist zur Fußgängerbrücke degradiert. Häuser in der Nähe der Brücke wurden im deutschen Baustil nachempfunden. Sogar eine Leuchtturmattrappe wurde dort hingestellt.

Seit 1991 fahren wir nach Königsberg und waren die ersten, die in ihre Heimat reisen durften. Eine Reiseleiterin, von Beruf Lehrerin, erklärte uns, Königsberg und Ostpreußen seien immer schon russisch gewesen. Kant sei auch Russe gewesen. Vielleicht ist daher der russische Doppeladler im Dom zu verstehen.

Frank Broschat, Frankfurt/Main

Ein Vorschlag zur Güte

Zu: „Inkompetenz oder Korruption?" (Nr. 23)

Die führenden Politiker dieses Landes zeigen gegenüber der EU einen als vorauseilenden Gehorsam zu bezeichnenden Eifer, wenn es darum geht, „Pleitestaaten" mit Hilfe deutscher Steuergelder unter die Arme zu greifen. Somit steigt zwangsläufig auch die Verschuldung Deutschlands, was letzten Endes wohl bezweckt wird: Wenn, volkswirtschaftlich gedacht, die Schuldensumme steigt, fällt der Schuldenwert.

Wenn der deutsche Steuerzahler in einem noch nie dagewesenen Maße die Schulden eines Staates wie Griechenland tilgen muss, wäre es dann nicht nur recht und billig, dass fortan deutsche Urlauber in Griechenland ihren Aufenthalt kostenfrei verleben könnten, da sie ja quasi per Vorauszahlung bereits die anfallenden Kosten gedeckt haben? Bevor Deutschland selbst in der Pleitestaatenfalle steckenbleiben wird und dann feststellen muss, dass es keine europäische Hilfe bekommen wird – woher sollte diese auch kommen? –, ist es doch nur gerecht, die bereits erbrachten finanziellen Leistungen in Form von „Urlaubsgeldwertscheinen" abzurufen. Was aber, wenn man dort ankommt und alle Griechen weg sind: auf Urlaub in Deutschland?

I. Dubalski-Westhof, Radevormwald

Scheinheiligkeit

Zu: „Gemütlich gewordene Linke" (Nr. 22)

Welche Motive bewegen Grünen-Wähler? Der Atomausstieg ist doch eine Farce. Die Stilllegung bester Kraftwerke ist an Instinktlosigkeit doch kaum noch zu überbieten. Scheinheilig ist das ganze Geleier schon deshalb, weil die Grenzen für Atomstrom offen stehen. Ich glaube auch kaum, dass sich unter den Wählern der Grünen eine Mehrheit finden lässt, die drastisch erhöhte Stromkosten bezahlen will. Die „Alternativenergien" haben ihre Grenzen. Windkraft und Sonnenenergie haben bei ihrer unzureichenden Grundlast doch allenfalls ergänzende Funktion – mitunter für den hohen Preis der Landschaftszerstörung.

Mathias Wagener, Mannheim



Russifiziertes Königsberger Wappen im Dom; kleines Bild: Original-Wappen

Bild: Broschat; Archiv

Quellen studieren und genau lesen

Zu: „Auf Lügen hereingefallen", Leserbrief von Rudolf Matern (Nr. 23)

Der Leser schreibt: „Vor dem ‚Überfall' wurden ... mindestens 12000 (Volksdeutsche) von polnischen Soldaten und Zivilisten ermordet". Dies ist schlicht und einfach unrichtig und wurde selbst von der NS-Presse und zeitgenössischen Veröffentlichungen niemals behauptet. In der damals von Mitgliedern des Auswärtigen Amtes viel gelesenen Fachzeitschrift „Nation und Staat. Deutsche Zeitschrift für das europäische Nationalitätenproblem" (hrsg. von Prof. Hasselblatt für den Verband der Deutschen Volksgruppen in Europa) wurde im Oktober 1939 ein amtlicher Aufsatz „Chronik der Ereignisse in und um Polen. März 1939 – 21. September 1939" veröffentlicht. Für den 31. August 1939 vermerkt der Aufsatz: „66 Volksdeutsche im Laufe der letzten dreieinhalb Monate von Polen ermordet." Auch in der Amtlichen Dokumentation des Auswärtigen Amtes (nachgedruckt 1995) steht davon kein Wort.

Herr Matern scheint auch die *PAZ* nicht genau zu lesen! Von Leesen veröffentlichte am 1. August 2009 auf der Basis meines unveröffentlichten Skriptes (Antideutsche Ausschreitungen in der Provinz Posen und in Mittelpolen 1939) einen glänzenden zusammenfassenden Aufsatz: „Die vergessenen Opfer. Bei polnischen Massakern im Jahre 1939 starben über 5800 Deutsche" – im Netz jederzeit abrufbar. Der Abdruck solcher Leserbriefe schadet und gibt den deutschfeindlichen Kräften Futter!

Markus Krämer, Allendorf

Suche nach Infektionsquelle aus politischen Gründen behindert?

Zu: „Die Bio-Lüge" (Nr. 24)

Die zuständigen Gesundheitsämter, Hygieneinstitute, Bakteriologen usw. haben viele Wochen vergeblich nach der Quelle der Ehec-Infektionen gesucht. Dabei waren die Hinweise ziemlich deutlich: Betroffen sind überwiegend Frauen, die sich besonders gesund ernähren wollten. Schon hier fällt einem der Begriff „Bio-Lebensmittel" ein. Das Verbreitungsgebiet der Infektionen ist eng begrenzt, nämlich Norddeutschland, speziell der Großraum Hamburg. Erkrankungen in anderen Ländern konnten auf Besuche der Erkrankten in Norddeutschland zurückgeführt werden. Landwirtschaftliche Großproduzenten irgendwo in der Welt, die nach dem Gut-böse-Schema der Gutmenschen zuerst zu verdächtigen wären, fallen weg, da diese wohl kaum ausschließlich und immer wieder nur den Hamburger Großmarkt beliefern würden. Der Verdacht gegen spanische Gurken musste ja zurückgenommen werden.

Ihrer kurzen Vertriebswege in der Region hat sich die Bio-Landwirtschaft immer gerühmt. Und wer sich erinnert, dass die Grünen immer gegen Kunstdünger und für Naturdünger eintraten, kann sich auch den Infektionsweg von Rindermist und -gülle auf die Pflanzen vorstellen. Der Ehec-Erreger wurde denn auch auf Sprossen eines Bio-Betriebes in Norddeutschland gefunden.

Hier aber entsteht ein politisches Problem. Die Bio-Landwirtschaft wird gepäppelt und steht in hohem Ansehen, das Aufdecken eines Skandals dieser Dimension könnte das Aus für sie bedeuten. Und hier entsteht der Verdacht, dass die Suche nach den Quellen der Ehec-Infektionen von Ämtern, Redaktionen und Politik „aus übergeordneten Gründen" behindert wurde.

Dieser zugegebenermaßen ziemlich ungeheuerliche Verdacht könnte nicht entstehen, wenn es nicht Präzedenzfälle gäbe. So sind die Ermittlungen im Fall der Messerattacke gegen den Passauer Polizeidirektor Alois Mannichl jüngst eingestellt worden, ohne dass dem Verdacht nachgegangen wurde, es könne sich um eine Beziehungstat handeln. Das Tatmesser stammte aus dem Haushalt Mannichls, auf ihm sind „keine haushaltsfremden" DNS-Spuren festgestellt worden, mit anderen Worten: die DNS von Mannichls Frau. Rechtsradikale Verdächtige für die Tat von 2008 waren beim besten Willen nicht zu finden.

Auch im Falle eines Brandes in einem türkischen Haus in Ludwigshafen, der zur Staatsaffäre wurde und zur Entsendung türkischer Polizisten nach Deutschland führte, erlahmten die Aufklärungsbemühungen, als ruchbar wurde, dass möglicherweise im Hause wohnende Kinder im Treppenhaus gezündelt hatten. Ich halte es für nicht hinnehmbar, dass Ermittlungen nicht weitergeführt oder gar eingestellt werden, sobald sich politisch unkorrekte Ermittlungsergebnisse abzeichnen.

Dr. Wolfgang Bodenstedt, Frankfurt/Main

Verzicht auf Kernkraft töricht

Zu: Leserforum der PAZ (Nr. 23)

Man muss Verständnis dafür haben, dass nach einer beispiellosen Anti-Kernkraftkampagne fast aller Medien der letzten 30 Jahre auch Leser der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* verunsichert sind. Da es der seriösen wissenschaftlichen Berichterstattung nicht gelungen ist, sich gegen die zunehmend ideologisch motivierte linke Medienlandschaft durchzusetzen, ist die fachlich fundierte Auseinandersetzung auf der Strecke geblieben. Das wird für die ökonomische, wissenschaftliche und industrielle Entwicklung Deutschlands gravierende Nachteile haben.

Der heute schon sichtbare, in der Zukunft aber alles zerstörende Kostenanstieg der in Deutschland erzeugten Energie, der heute noch von Politik und Medien abgestritten oder verschleiert wird, sowie der Ausstieg aus Forschung, Entwicklung und Anwendung der Kernenergie wird uns in Europa und der Welt in spätestens zehn bis 20 Jahren in eine wirtschaftliche Talfahrt ohne Umkehrmöglichkeit führen.

Ohne Not gibt Deutschland Forschung und Nutzung der von Otto Hahn und Liese Meitner entdeckten Energiequelle des Universums preis – der Quelle allen Lebens auf unserem und allen anderen Planeten. Unsere Nachkommen werden es bezahlen müssen.

Dr. rer. nat. Gert Teska, Bobenheim am Berg

Alles vergessen?

Zu: „Heuchelei als Versöhnung" (Nr. 22)

Ich bin 1930 in Königsberg geboren und hatte mit meinen Eltern und Brüdern das große Pech, 1945 in Methgethen den ersten Horden der Roten Armee in die Hände zu fallen. Drei Jahre bin ich mit meiner Mutter und den Geschwistern (Vater wurde gleich verschleppt und ist in einem Lager umgekommen) hin- und hergetrieben worden, wie es auch vielen tausend anderen Menschen ergangen ist. Hunger, Vergewaltigungen, Schikanen waren an der Tagesordnung. Meine Großeltern sind in Königsberg verhungert. Nun lese ich zu meinem Entsetzen in der *PAZ* den Aufmacher mit der Überschrift „Heuchelei als Versöhnung". Es stimmt mich sehr traurig, dass der deutsche Außenminister Westerwelle so wenig deutsche Interessen vertritt. Kein Wort und kein Gedenken an die vielen deutschen Opfer. Das kann doch nicht alles vergessen sein?

Hannelore Heßke, Wermelskirchen

Zu jeder Tageszeit volle Cafés

Zu: „Die Wut der Ausweglosen" (Nr. 21)

Je älter ich werde, desto mehr wird mir klar, dass das, was man uns erzählt – sei es in den Massenmedien, den Schulbüchern, – meist zweifelhaft, ja falsch oder zumindest nur die halbe Wahrheit ist, und dass Vorurteile, Klischees, Stammtischparolen und Intuition mindestens die gleiche Berechtigung und Trefflichkeit haben.

Ich lebe und arbeite in Spanien seit fünfzehn Jahren, beobachte viel und genau, kenne neben Deutschland auch gut die Lebensbedingungen in Frankreich. Und ich muss, ganz allgemein ausgedrückt, feststellen, dass heute die Spanier am wohlhabendsten sind und den besten Lebensstil pflegen. Dann kommen die Deutschen und zum Schluss die Franzosen, die wirklich arm dran sind.

Nur ein paar Beispiele seien zum Aufmerken angemerkt: Rund 90 Prozent der Spanier wohnen in Wohnungseigentum und jede zweite Familie in den wohlhabenderen spanischen Regionen, zum Beispiel im Baskenland, besitzt eine Zweitwohnung. In der 200000-Einwohner-Stadt Santander gibt es drei öffentliche und vier private große Hallenschwimmbäder. Jeder spanische Beamte erhält für seine Hochzeitsreise zwei ganze Wochen Sonderurlaub. Und an der Uni stehen zwei Fahrräder und vier Studenten an der Bushaltestelle, aber die Autoparkplätze im weiten Umkreis sind überfüllt.

Wenn ich morgens die menschenleeren Straßenzüge in deutschen Innenstädten (so dass ich ernsthaft nachfrage, ob heute Feiertag sei, und man mir antwortet: „Nein, die sind alle in den Büros und arbeiten!") vergleiche mit den zu jeder Tageszeit proppenvollen Cafés, Bars und Restaurants in Spanien, in denen man zum großen Teil Pause machende Arbeitnehmer ausmacht, dann kommt mir der Ausspruch wie von selbst in den Kopf: „Die Deutschen erarbeiten das Geld und die anderen verleben es!"

Ulrich Köbke, Spanien

Ohne Not kollektiv irre geworden

Zu: „Kernenergiefrei" (Nr. 22)

„Die Deutschen" stehen zurzeit im Verdacht, unter kollektivem Irresein zu leiden, und wenn man nicht differenzieren will, kann man dem Verdacht sogar zustimmen. Denn was soll man bei oberflächlicher Betrachtung von einem Land halten, in dem eine laute Minderheit die schweigende Mehrheit so an die Wand demonstriert, dass eine unterbegabte politische Klasse der aggressiven Minderheit nachgibt?

Ohne Not werden zu schnell unsere AKWs still gelegt, bevor Ersatz da ist, zumal Ersatz, der nichts Fossiles verbrennt. Ohne Not werden unsere Strompreise steigen, was absolut nicht jeder Haushalt verkraften kann. Wir werden froh sein müssen, wenn unsere Industrie, die wir als nicht autarkes Land brauchen, weiter arbeiten und exportieren kann.

Aber was können wir denn schon erhoffen? Merkel blickt es nicht. Sie und ihresgleichen haben auch nicht auf Warnungen vor dem Dauer-Finanz-Crash gehört, für den wir und unsere Kinder noch bitter bezahlen müssen. Dass Deutschland vergleichsweise gut dasteht, ist anderen Leistungsträgern als der Polit-Klasse zu danken.

Nein, es ist kein Silberstreif am Horizont zu erkennen, weil die Dauerprotestierer im Verein mit den „demokratischen" Parteien allen Unfug am Kochen halten. Bei Stuttgart 21 wird nicht diskutiert, ob etwas zu ändern und zu verbessern ist, sondern nur, ob ja oder nein! Nicht sonderlich intelligent. Die hypergrünen Südbadener wollen kein Pumpspeicherwerk in Atorf, wohl aber den grünen Strom aus der Steckdose früh zwischen 6.30 und 8 Uhr – und wenn er aus Norwegens Gewässern käme. Ein kluger Wirtschaftskapitän hat darauf hingewiesen, dass die Politiker, die jetzt „dran sind", 2020 nicht mehr im Amt sein werden, allenfalls dicke Altersversorgung genießen können.

Dr. Hans-Wolfgang Pollack, Schramberg

Gratulation

Zu: *PAZ* allgemein

Wie immer bringt die *Preußische Allgemeine Zeitung* Themen konstruktiv-kritischer Art, wie sie auch in der seriösen Tagespresse nur selten erscheinen. Besonders gratulieren möchte ich zu den in der *PAZ* Nr. 23 vom 11. Juni publizierten Kommentaren „Euroshima" von Wilhelm von Gottberg, „Mit dem Rücken zur Wand" von Hans Heckel, „Was aus der CDU geworden ist" von Karl Feldmeyer und der langen Würdigung unseres letzten deutschen Kaisers Wilhelm II. aus Anlass seines 70. Todestages „Preußens verkannter Monarch" von Jan Heitmann.

Lienhard Schmidt, Hamburg

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 25 – 25. Juni 2011

MELDUNGEN

Sportzentrum eingeweiht

Tilsit – In einer Bauzeit von drei Jahren ist auf dem Ufergelände des Schlossmühlenteichs in Tilsit ein modernes Sportzentrum entstanden. Zur festlichen Einweihung war viel Prominenz erschienen. Regierungsvertreter mit dem Gouverneur des Königsberger Gebiets, Nikolaj Zukanow, an der Spitze gaben sich ebenso die Ehre wie Vertreter der Russisch-Orthodoxen Kirche und der Partei Wladimir Putins „Einiges Russland“. Zu Letzteren zählte auch die dreifache Olympiasiegerin im Eiskunstlauf, Irina Rodnina. Das Sportzentrum verfügt über eine Schwimmhalle, eine Eisarena, Tennis- und Sporthallen, Fitnessräume und ein Bowlingcenter. Die Gäste erlebten zum Auftakt ein Eishockeyspiel der Mannschaften aus Gumbinnen und Insterburg sowie anschließend ein Schaulaufen auf dem Eis. Der Abend stand im Zeichen eines Rockkonzerts der Moskauer Band „Korni“. Mit dem neuen Sportzentrum hat die Attraktivität der Stadt beträchtlich zugenommen. *H. Dz.*

Zug Berlin – Königsberg

Königsberg/Berlin – Die durchgehende Zugverbindung zwischen Berlin und Königsberg, welche die polnische Staatsbahn zwischenzeitlich aufgehoben hatte, steht mittlerweile wieder auf dem Fahrplan. Ab Berlin Zoologischer Garten mit weiteren Halten am neuen Haupt- sowie am Ostbahnhof verbindet der Zug über Nacht die deutsche mit der ostpreußischen Hauptstadt. Abfahrt ab dem Berliner Hauptbahnhof ist an den meisten Tagen 21 Uhr, Ankunft in Königsberg planmäßig exakt 17 Stunden später. Etwa zwei Stunden kürzer dauert die Rückfahrt, die gegenwärtig zumeist um 18.23 Uhr Moskauer Zeit, also 16.23 Uhr bundesdeutscher und 17.23 Uhr Königsberger Ortszeit erfolgt, so dass man morgens um 7.16 Uhr wieder am Berliner Hauptbahnhof ankommt. Nachdem die polnische Bahn die direkten Kurswagen vorgeblich aus wirtschaftlichen Gründen noch unlängst abgelehnt hatte, bestand zwischen den beiden Hauptstädten neben verschiedenen eher wenig empfehlenswerten Busverbindungen nur eine einzige einigermaßen gute Flugverbindung, nämlich mit Air Baltic über Riga. Diesem inakzeptablen Zustand wurde mit der Wiederbelebung des „Königsberg-Express“ die notwendige Abhilfe geschaffen. *T. W. W.*

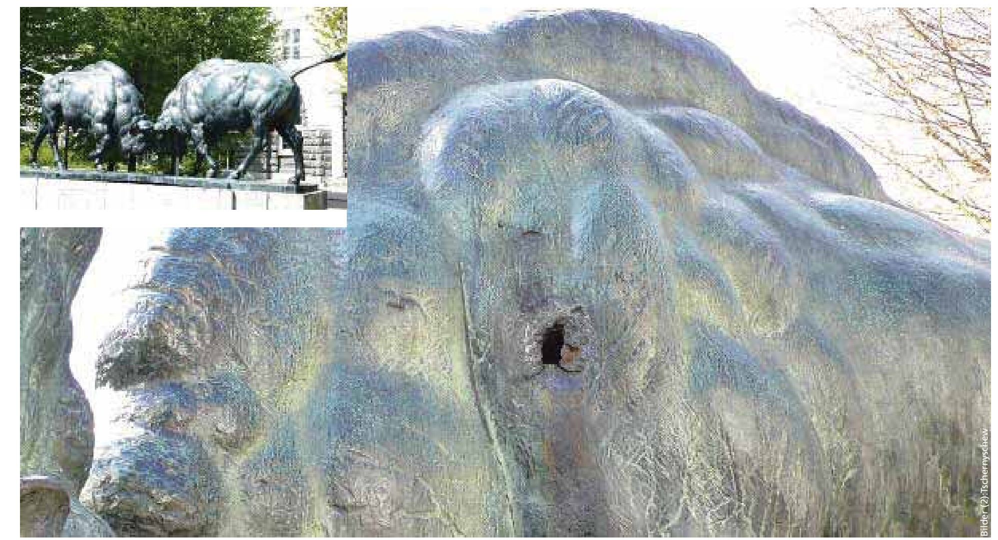
Grabstätte für 24 Ermordete

Rhein – Auf dem Friedhof in Rhein findet am Sonntag, dem 26. Juni, eine festliche Enthüllung der Grabstätte für 24 ermordete Frauen und Kinder im Januar 1945 statt. Es sind keine Reden vorgesehen, Blumen oder Kränze können aber niedergelegt werden. *PAZ*

Wer soll das bezahlen?

»Kämpfende Wisente« beschädigt – Keiner fühlt sich zuständig wegen ungeklärter Besitzverhältnisse

Eine der bekanntesten Skulpturen in Königsberg, die „Kämpfenden Wisente“ des deutschen Bildhauers August Gaul, wurden beschädigt. Dass das Kunstwerk repariert werden soll, steht außer Frage, ungeklärt ist jedoch, wer die Kosten tragen soll.



Zwei bis drei Finger groß: Loch im Rumpf der „Kämpfenden Wisente“ (kleines Foto) vor der Technischen Universität in Königsberg

August Gauls berühmte Skulptur vor dem ehemaligen Gebäude des Land- und Amtsgerichts in der Hufenallee am Steindammer Tor, die der Künstler selber „Kämpfende Auerochsen“ nannte, ist seit Kurzem beschädigt. Am Rumpf eines der Tiere klafft ein Loch, in das mindestens zwei, wenn nicht gar drei Finger hineinpassen.

Es ist schwer zu sagen, wann das Loch entstanden ist. Möglicherweise handelt es sich noch um einen schlecht reparierten Kriegsschaden, der nun wieder zum Vorschein gekommen ist. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass Vandalen am Werk waren, wie unlängst in Tilsit, wo eines der Symbole der Stadt willkürlich beschädigt wurde. Dort hatte man dem Elch eine Schaufel abgebrochen.

Um die Skulptur zu reparieren, ist es nach Ansicht eines Spezialisten vonnöten, zunächst das verbogene Grundgerüst der Skulptur wieder zu richten. Dann erst könnte man ein Stück Bronze auf die Öffnung aufgießen, das anschließend geschliffen und im Farbton der restlichen Skulptur angepasst werden müsste.

Bleibt die Skulptur unrepariert, könnte sie insgesamt Schaden nehmen durch eindringende Feuchtigkeit. Mit der Zeit würden die Temperaturunterschiede zwischen dem Inneren der Skulptur und der Außenfläche zu weiteren Schäden führen. Und das würde sich insgesamt auf das Aussehen der Wisente negativ auswirken.

Bei der geplanten Reparatur sollen auch die ungewollten Spuren vorheriger „Restaurierungen“ beseitigt werden, doch bis die Arbeiten ausgeführt werden, können noch zwei bis drei Monate ins Land ziehen. So lange wird es allein schon dauern, bis alle Formalitäten erledigt sind. Denn ein solches Projekt muss zunächst öffentlich ausgeschrieben und die zwangsläufig damit verbundenen bürokratischen Hürden überwunden werden. Die Kosten für die Reparatur werden auf umgerechnet um die 2000 Euro geschätzt.

Schaden droht mit der Zeit zu wachsen

Die Krux besteht darin, dass die Skulptur juristisch gesehen niemandem gehört, also weder der Stadt noch einer Privatperson. Infolgedessen fühlt sich auch niemand für den Erhalt verantwortlich. Zwar steht das auf der staatlichen Liste des denkmalgeschützten Kulturerbes regionaler Bedeutung aufgeführte Kunstwerk auf städtischem Boden, taucht aber in der Bilanz der Stadt nirgends auf. Ein Widerspruch in sich!

Dabei hat die Skulptur in diesem und im nächsten Jahr ein rundes Jubiläum: August Gaul hat sie 1911 erschaffen und die Enthüllung erfolgte am 12. November 1912. Zwei Jahre später, im Jahr 1914, wurde das Verwaltungsgerichtsgebäude vollendet, vor dem die Skulptur steht. Die Bronzeskulptur versinnbildlicht mit ihren kräftemessenden Wildrindern den Kampf zwischen Staatsanwaltschaft und Verteidigung.

Jurij Tschernyschew

Ostpreußen feierten ein Fest im Fest

Salzburger begingen das 100. Gründungsjubiläum ihres Vereins in Gumbinnen

Auf den Spuren ihrer Salzburger und ostpreußischen Vorfahren nahmen 70 Mitglieder des „Salzburger Vereins“ mit einer Reisegruppe der Kreisgemeinschaft Gumbinnen an einem Stadtfest der Kreisstadt teil, in dessen Rahmen auch der Gründung des Salzburger Vereins vor 100 Jahren in der Stadt mit dem Elch gedacht wurde. Einen ersten Höhepunkt für die deutschen Teilnehmer bildete ein evangelischer Festgottesdienst in der Salzburger Kirche. Unter großer Anteilnahme der örtlichen evangelischen Gemeinde gestaltete die Pastorin Tatjana Wagner einen sehr festlichen und denkwürdigen Gottesdienst in der überfüllten Kirche. Beim Glockenklang wurde der Festgemeinde bewusst, welch großes Aufbauwerk im Jahr 1995 mit der Rekonstruktion dieses historischen Gotteshauses gelungen ist.

Was wäre heute ein Festgottesdienst ohne Kirchenmusik und ohne Orgelklang zu den gesungenen Liedern der Festgemeinde? Mit dem 1931 von Eleanor Farjeon geschriebenen und von Cat Stevens bekannt gemachten Lied „Morning has broken“ zur Melodie „Bunessan“ stimmten Orgel und Festgemeinde musikalisch den Festgottesdienst an. Nach der Lesung des Evangelium Markus 9, Vers 50 „Habt Salz bei euch und habt Frieden untereinander“ – nach diesem Text war bereits der Festgottesdienst 1911 gehalten – hörte die Gemeinde die Predigt nach dem Text des Hebräer-Briefes 13, Vers 9: „Lasst euch nicht durch mancherlei und fremde Lehren umtreiben, denn es ist ein köstlich Ding, dass das Herz fest werde, welches geschieht durch Gnade, nicht durch Speisegebote, von denen keinen Nutzen haben, die damit umgehen.“

Mit den Kirchenliedern „Großer Gott, wir loben dich“ und „Stern auf den ich schaue, Fels, auf dem ich steh'“ endete dieser Gottesdienst festlich wie zum Beginn mit dem Geläut der Kirchenglocken und mit großer Anteilnahme der Bevölkerung.



Auf Jubiläumsfeier enthüllt: Gedenktafel für Salzburger Verein

In der Salzburger Kirche hat seit letztem Dezember eine 20 Jahre alte Orgel aus der Bundesrepublik Deutschland eine neue Heimat gefunden. Das Instrument – eine Schuke-Orgel – ist ein Geschenk der evangelischen Gemeinde Berlin-Johannisthal und bildet nunmehr einen schönen Ersatz für eine vor dem Krieg vorhandene größere Orgel auf der Westempore.

Die Diakonie „Haus Salzburg“ lud die Festgemeinde dann zu einem gemeinsamen Mittagessen ein. So gekräftigt erlebten die Teilnehmer dann die Eröffnung des Stadtfestes im Zentrum der Stadt. Eine große Bühne bot nach diversen Festreden ein umfangreiches und farbenfreudiges Kulturprogramm mit Gesang, Volkstanz und Ballett. Fast am Rande dieser Festlichkeiten wurden die „Salzburger“ und die „Gumbinner“ dann Zeugen einer sehr eindrucksvollen und würdigen Enthüllung der Gedenktafel „100 Jahre Salzburger Verein“. Von einheimischen Künstlern in Bronze geschaffen, ist diese Gedenktafel nunmehr an absolut zentraler Stelle an der Eckseite des Gebäudes der „Neuen Regierung“ für jedermann direkt sichtbar angebracht.

Die Gedenktafel zeigt das Stadtwappen Gumbinnens und das Wahrzeichen der Salzburger Emigration 1732 „Borussia und knien-der Exulant“ sowie die Jahreszahlen 1732, 1911 und 2011. In Deutsch wie in Russisch ist dort zu lesen: „Zu Ehren der 100-jährigen Gründung des Salzburger Vereins. Im Jahr 1911 wurde in Gumbinnen der Salzburger Verein von den Nachkommen der Salzburger Emigration gegründet, die 1732–1734 in dieses Land gekommen sind und wesentlich zur Entwicklung der Stadt Gumbinnen (Gusev) beigetragen haben.“

Mit kurzen Festreden der gastgebenden Bürgermeisterin und des Präsidenten des Salzburger Vereins erfolgte die Enthüllung der Tafel. Die entfaltete Flagge des Salzburger Vereins und der Blumenschmuck in Form weiß-gelber Chrysanthemen aus der Hand eines jeden Teilnehmers, vereint in einer Vase unter der Gedenktafel, gaben diesem Festakt einen sehr würdigen und denkwürdigen Rahmen. Auch wenn manches im Trubel des Stadtfestes unterzugehen drohte, so ist dieser Teil des Festes doch ein bemerkenswerter Punkt in der Geschichte dieser Stadt. Die Gedenktafel möge alle nachfolgenden Generationen und alle touristischen Besucher des ehemaligen Zentrums der „Salzburger“ in Ostpreußen daran erinnern. *Eckhard Schlemminger*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

das große Deutschlandtreffen in Erfurt klingt immer noch nach und wird es noch lange tun, auch in unserer Ostpreußischen Familie. Der dort aufgestellte Wunschbriefkasten ist ja noch nicht geleert und immer für Überraschungen gut, so wie mit dem Foto, das wir heute veröffentlichen. Es zeigt ein Teil eines Essservices, eine Sauciere, die in der KPM hergestellt und über das bekannte Fachgeschäft Tietz & Kranz in Königsberg verkauft wurde. Unser Leser **Christoph Stabe** aus München, dessen Vater aus Königsberg stammt, hat es kürzlich erstanden und möchte nun Näheres über das Kurhaus wissen, für das dieses schöne Porzellanservice hergestellt wurde. Die Spur lässt sich zurückverfolgen bis Stolp (Słupsk) in Pommern, wo es die Vorbesitzerin erworben hat. Aber wie es dorthin kam, ist unbekannt – wahrscheinlich im Fluchtgepäck der ehemaligen Besitzer. Die sehr gut erhaltene Sauciere zeigt als Dekor ein Medaillon mit einem romantischen Motiv: einen Bach, über den ein Holzsteg führt, inmitten eines Kiefernwaldes. Die Beschriftung an den Seiten des ovalen Bildes trägt den Namen des gastronomischen Betriebs, für den dieses Service angefertigt wurde: Kurhaus Siegemund. Es fehlt aber eine Lagebezeichnung. Wahrscheinlich war das Kurhaus so bekannt, dass man auf die Ortsangabe verzichtet hat. Es muss sich ja auch um ein sehr renommiertes Haus mit gepflegter Atmosphäre gehandelt haben, dem kostbaren Geschirr mit der Krone der KPM nach – aber wo lag es? Es muss sich um ein Erholungsgebiet gehandelt haben, das Kurmöglichkeiten bot, und da der Verkaufsstempel ein Königsberger Spezialgeschäft ausweist, dürfte dies in Ostpreußen gelegen haben. Herr Stabe tippte auf Masuren, er hat auch in einem alten Touristikführer den ähnlich klingenden Namen eines Restaurants ausgemacht, und das hat mich hellhörig gemacht. Ich nahm mir den Reiseführer „Die Seen in Masuren und im Oberland“ von 1927 vor – als Reprint bei Rautenberg erschienen – und siehe da, ich wurde fündig, denn da stand unter „Rudszanny“ zu lesen: „Das alte Kurhaus Siegmund hat in beschränktem Umfang den Betrieb wieder aufgenommen.“ Also hat es dort bereits vor dem Ersten Weltkrieg ein großes Kurhaus dieses Namens am Niedersee gegeben. Aus dieser Zeit dürfte auch das Geschirr stammen. Bleibt nur die Frage nach dem einen „e“ zu viel im Namen. Wahrscheinlich hieß der Besitzer so, später hat man es im Hausnamen gestrichen. Vielleicht kann ein Leser meine Vermutung bestätigen, oder gibt es eine andere Deutung? Mit Sicherheit tauchen aber jetzt Erinnerungen an das Kurhaus am Niedersee auf und an die schönen Stunden an diesem wunderbaren Fleckchen Erde. (Christoph Stabe, Volkartstraße 46 in 80636 München, Telefon 089/12021984, E-Mail: christoph.m.stabe@gmx.de)



Bild: privat

Medaillon auf einer Sauciere: Wer kennt das Kurhaus Siegemund?

Gerne hätte Frau **Ingrid Nowakiewitsch** aus Haiger-Allendorf mir persönlich über ihre Erfolge berichtet und ich hätte mich auch über ein Gespräch gefreut, aber nun hat sie es schriftlich getan, und ich habe es schwarz auf weiß und kann es „getrost nach Hause tragen“, das heißt: hier veröffentlichen. Frau Nowakiewitsch schreibt: „Von der mit dem Gumbinner Heimatpreis ausgezeichneten CD mit dem Ostpreußenlied – aufgenommen von Schulchor und -Orchester des Dillenburger Gymnasiums nach der Originalpartitur von **Herbert Brust** – habe ich inzwischen 120 Stück verkauft. Nachdem im Johannisburger Heimatbrief darüber berichtet worden war und Sie auch in der Ostpreußischen Familie darüber schrieben mit dem Hinweis, dass die CD bei mir bestellt werden kann, bekam ich im vergangenen Sommer zahlreiche telefonische und schriftliche Anfragen und Bestellungen. Ich musste zweimal beim Musiklehrer des Dillenburger Gymnasiums nachbestellen. In diesem Zusammenhang habe ich viele interessante Telefongespräche geführt und viele Schicksale erfahren. Einige Landsleute haben die CD sogar bei der Beerdigung älterer Verwandter abgespielt oder sie mit der Absicht gekauft, dies später einmal zu tun. Die beiden letzten Bestellungen erhielt ich erst in diesem Frühjahr. Und eine CD habe ich in Erfurt an eine Bekannte verschenkt.“ Ja, es ist aber auch eine wundervolle Aufnahme und wird dem Komponisten so gerecht.

Das Ostpreußenlied ist und bleibt ein Teil unseres Lebens, mit keinem Lied können wir uns so identifizieren wie mit **Hannighofers** Versen und der Musik von Herbert Brust. Und kürzlich erklang es auch im fernen Dallas beim Sängerfest, das dort alle zehn Jahre stattfindet. 150 Texas-Sänger nahmen Mitte Mai an dem Fest teil, das vom deutschen Verein „Dallas Frohsinn“ betreut wurde und bei dem die unserer Ostpreußischen Familie so eng verbundene Cranzerin **Irmgard Christina Gilliland** eine große Rolle spielte, denn sie kümmerte sich besonders um den singenden Nachwuchs. „2002 hatten wir einen Kinderchor mit nur zwölf Teilnehmern und dieses war schon ein Erfolg nach hundert Jahren ohne Kinderchor in Dallas. Heute umfasst er 40 Kinder, die beim Fest alte deutsche Lieder sangen wie ‚Brüderchen, komm tanz mit mir‘ oder ‚Dornröschen war ein schönes Kind ...‘ Ich habe natürlich die Kinder, deren Eltern und Lehrerinnen mit Pizza und Limonade versorgt. In Cranz hatten wir ja immer Kinderfeste. Und etwas muss wohl bei mir haften geblieben sein ...“ Sehr viel sogar, liebe Frau Gilliland, wie Sie immer wieder beweisen. Nicht zuletzt mit ihren vielen E-Mails an unsere Ostpreußische Familie.

Zurück zu Erfurt und zu Frau Nowakiewitsch. Noch ein anderes Ostpreußenlied beschäftigte sie, wir Älteren kennen es alle, es war – bevor „Land der dunklen Wälder“ entstand – ja *das* Ostpreußenlied und hieß auch so. Es beginnt mit „Sie sagen all, du bist nicht schön, mein trautes Heimatland ...“, die Lyrikerin **Johanna Ambrosius** hat es geschrieben, die hart arbeitende, schlichte Landfrau aus Groß-Wersmeninken, die Trost und Kraft in der Poesie fand. Von der Vielzahl ihrer Gedichte ist eigentlich nur dieses geblieben und da es damals Ende des 20. Jahrhunderts das einzige seiner Art in der noch jungen ostpreußischen Heimatliteratur war, wurde es vertont, mehrmals sogar, und die bekannteste Melodie von **W. Terlecki** wird noch heute gesungen. Auch der Vater von Ingrid Nowakiewitsch, Musiklehrer an der Hans-Schemm-Schule in Königsberg, hat eine Komposition geschrieben, und diese wurde natürlich im Elternhaus der kleinen Ingrid gesungen. Da sie auch auf eine Schule ging, die den Namen der Dichterin trug, hat sie eine besondere Verbindung zu der Schöpferin des ersten Ostpreußenliedes. Und so bekam der junge Russe, als er sie beim Deutschlandtreffen nach der Johanna-Ambrosius-Schule und ihrer Namensgeberin fragte, die richtige Auskunft. Dieser junge, gut Deutsch sprechende Mann ist jener **Ilya**, der versucht hatte, schon vor dem Treffen Kontakt mit mir aufzunehmen. Leider waren die E-Mails schwer zu bearbeiten, zumal sie ungenaue Angaben enthielten, so dass sich leider ein Fehler einschlich: Ilya wurde von mir für weiblich erklärt, zur Radioreporterin aus Königsberg. Diese Geschlechterwechslung machte auch Frau Nowakiewitsch stutzig, da sie nun das einwandfrei männliche Original vor Augen hatte, aber anscheinend weniger den Betroffenen, da er darauf überhaupt nicht einging. Er hinterließ jedenfalls am Redaktionsstand der *PAZ* seinen Dank für die ihm überlassenen Tonaufnahmen und die Nachricht, dass er – weil er mich in Erfurt nicht antraf – nach Hamburg kommen will, um an seinem Projekt zu arbeiten, denn „der Königsberger Rundfunk hat Zukunft bekommen“. Mehr kann und will ich im Augenblick nicht sagen, denn seine handschriftliche Botschaft, die ich im Familienkasten fand, enthält wieder sprachliche Fallstricke und muss in Ruhe bearbeitet werden. So danke ich ihm zuerst einmal für seinen „Gruß aus Ihrer Heimatstadt“.

Leider konnte in Erfurt auch Frau **Gudrun Breuer** aus Ingolstadt ihren Wunsch nicht persönlich vortragen, aber jetzt habe ich ihn schriftlich und das ist gut so. Obgleich bei ihrem Anliegen eigentlich Irrtümer ausgeschlossen sein müssten, denn es handelt sich um ein eine alte Handarbeitstechnik: das „Doppelstricken“. Das Problem liegt eher darin, dass sie es an mich gestellt hat, denn ich bin in Bezug auf Handarbeiten – speziell Stricken – immer eine Niete gewesen, selbst meine in der Schule gestrickten Seifenlappen konnten eher als Wischkodder Verwendung finden, und das taten sie dann auch. Aber ich bin ja das Drehkreuz zur Ostpreußischen Familie und so ist Frau Breuer schon bei mir an der richtigen Adresse. Gudrun Breuer schreibt: „Ich war im Rahmen der ‚Textilen Volkskunst‘ am Stand der Landsmannschaft und wir haben versucht, Interesse für die alten Techniken zu wecken. Dort gab es gute Gespräche und erfreulicherweise auch von jüngeren Besucherinnen sehr viele Fragen. Meine Aufgabe ist es, in den Werkwochen das Musterstricken von ‚Handschkes‘, das Doppelstricken und das Kreuzsticken den Teilnehmern zu vermitteln. Zum Doppelstricken wird immer nur gesagt, es käme aus Ostpreußen und sei dort einmalig, gerne hätte ich dazu mehr Informationen. War es auf bestimmte Regionen begrenzt? Aus diesem Grunde wende ich mich an Sie als das Gedächtnis Ostpreußens.“ Na ja, insofern funktioniert es, als ich mich gut und gerne an den Begriff erinnere, denn meine Mutter bestrickte die ganze Familie und auch als Erwachsene habe ich meine „Kurenhandschkes“, die bei uns in Königsberg fast Kultstatus hatten, nur zu gerne getragen. Frau Breuer ist an jeder Art von Dokumentation über die Technik und ihr Verbreitungsgebiet interessiert und ich bin sicher, dass sie informative Zuschriften bekommen wird. (Gudrun Breuer, Isabellastraße 2 B in 85051 Ingolstadt, Telefon 0841/8816041.)

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Voll im Einsatz fühlte sich unser eifriger Mitdenker **Frank Schneidewind** am Infostand der Kreisgemeinschaft Braunsberg. Ich hatte ja angekündigt, dass er für Fragen zur Verfügung stehen würde und das tat er dann auch. Der Fragebogen der Teilnehmer, die sich an ihn wandten, reichte von „Zu welcher Kirchengemeinde gehörte das Dorf Lotterbach?“ bis „Meine Mutter stammte aus E, wo finde ich Angaben über Hof, Größe und Grundstück?“

Da Herr Schneidewind auch in kirchlichen Angelegenheiten bewandert ist, konnte er diesbezüglich einigen schlesischen Teilnehmern die gewünschte Auskunft geben. Und einer von ihnen erhielt den von Herrn Schneidewind angebotenen Porzellanteller aus der schlesischen Manufaktur „Königszelt“. Der jüngere Mann, der aus dem Kreis Delitsch stammt, war überrascht und hocherfreut, zumal ihm Herr Schneidewind auch einige Heimatbriefe aus Niederschlesien versprach. Ein Hinweis für Leserinnen und Leser, die bezüglich des Lagers Friedland Fragen haben – und das sind nicht wenige, wie Herr Schneidewind festgestellt hat. Über das katholische Pfarrbüro St. Norbert in 37133 Friedland, Telefon (05504) 493, kann eine Schrift „60 Jahre Lager Friedland“ bezogen werden. Ein fast 100 Seiten starkes, reich bebildertes Heft mit Berichten von Heimkehrern, Vertriebenen und Zwangsarbeitern sowie Artikeln über die Spätaussiedlerbetreuung und die Friedlandhilfe. Dazu eine CD mit dem Geläut der Friedlandglocke und Postkarten.

So, das wäre heute eine erste Nachlese, was sich aus dem Deutschlandtreffen in Erfurt für unsere Familienarbeit ergab – keine Spätlese. Die kommt noch.

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Aus den Heimatregionen

Erstes Konzert in der Heimat

Rockmusik und Aussiedler Thomas Godoj trat in Oberschlesien auf – Bilanz aus Sicht der Heimatverbliebenen gemischt

Dichter Wald, eine Eisenbahntrasse und droben der weite schlesische Himmel. Eine Kulisse, wie sie das verschlafene 6000-Seelen-Städtchen Gogolin im oberschlesischen Kreis Krappitz umrahmt. Das dortige Fußballstadion war am 17. Juni Schauplatz eines Freilichtkonzertes des deutschen Rockmusikers Thomas Godoj.

Der heute 33-jährige zweifache Vater stammt aus Chwallowitz bei Rybnik und siedelte mit seinen Eltern im Jahre 1986 in die Bundesrepublik aus. Musikalisch entdeckt wurde Godoj in der von Dieter Bohlen geprägten Musik- und Castingshow „Deutschland sucht den Superstar“ des Privatsenders RTL, deren fünfte Staffel er 2008 gewann. Seinerzeit fieberten auch viele Heimatverbliebene – Satellitenfernsehen sei Dank – aus den heimischen Wohnzimmern mit. Sein erstes Konzert in Oberschlesien war damit nicht nur längst überfällig geworden, sondern eine logische Konsequenz. Die Hingabe war dem Künstler sichtlich anzumerken. In dem gut eineinhalbstündigen Auftritt hat Godoj seinen Nummer-eins-Hit „Love Is You“ aus dem Jahre 2008 ebenso dargeboten wie zahlreiche Lieder aus seinen beiden Alben „Plan A!“ und „Richtung G“. Auf große Resonanz stieß bei den fußballbegeisterten Schlesiern nicht zuletzt der Titel „Helden gesucht“, der die deutsche U-21-Fußballnationalmannschaft vor zwei Jahren bis zum Sieg der Europameisterschaft in Schweden begleitete.


Viel Gekreische: Unter den Fans war mancher Backfisch. Bild: Piosenka Plus

Bei allem Gekreische der überwiegend weiblichen Fans im Backfischalter blieben die Ränge jedoch überwiegend licht. Gerade einmal 1000 Gäste fanden sich an dem warmen, wolkenlosen Freitagabend ein. Zu allem Überdruss heizte Godoj seine Fans überwiegend in polnischer Sprache an. Die von den Veranstaltern erhoffte Erbauung der heimatverbliebenen Jugend in ihrer deutschen Identität dürfte auf diese Weise nur bedingt erreicht worden sein. So wurde das Konzert, ausgerechnet am 20. Jahrestag der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, zum Sinnbild der auswärtigen Kulturpolitik im Bereich der deutschen Volksgruppe.

Dennoch bleibt dem Konzert ein großer Pluspunkt anhaften, der hoffnungsvoll in die Zukunft ausstrahlt: Schon seit Ende 2008 bemühten sich die Schlesier um ein Konzert ihres Landsmannes in der Heimat. Lange Zeit stellten sich die deutschen Verbände in Oppeln quer. Erst als sich die Agentur „Piosenka Plus“ einschaltete, kam das Konzert im Zusammenspiel mit dem deutschem Konsulat, dem Bezirksverband des Deutschen Freundeskreises (DFK) und regionalen Medienpartnern zustande.

Hinter der erst im vergangenen Herbst in Oppeln gegründeten Agentur steht der bayerische FDP-Landtagsabgeordnete Tobias Thalhammer. Schon seit acht Jahren fördert der passionierte Schlagersänger mit dem Künstlernamen „Toby“ die deutschsprachige Musik in Oberschlesien. Durch seine jüngste Existenzgründung legt er Zeugnis von der großen, auch unternehmerischen Unterstützung aus der Bundesrepublik ab, die der deutschen Volksgruppe heute zuteil wird, um den Geist des Freundschafts- und Nachbarschaftsvertrages vorbildlich zu gestalten. *OGr*

Wir gratulieren ...

ZUM 102. GEBURTSTAG

Lehmann, Erwin, aus Monken, Kreis Lyck, jetzt La Font Jouzeau, chez M. et Mme. Fernand Delias, 16250 Plassac-Rouffiac, Frankreich, am 2. Juli

97. GEBURTSTAG

Augustin, Emma, geb. **Fröhlich**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Maurenstraße 16, 78354 Sipplingen, am 28. Juni

94. GEBURTSTAG

Geschwandtner, Fritz, aus Rauhdorf, Kreis Ebenrode, jetzt Schulstraße 16, 31655 Stadthagen, am 3. Juli

Ihle, Maria-Charlotte, geb. **Helmcke**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, jetzt Am Geiersberg 10, 76646 Bruchsal, am 29. Juni

Saager, Lore, geb. **Drengwitz**, aus Lyck, Bismarckstraße 16, jetzt Metzinger Straße 15, 29351 Eldingen, am 1. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Cudnochowski, Anna, geb. **Reinert**, aus Großdorf, Kreis Johannisburg, jetzt Schönblick 3, 35756 Mittenaar-Bicken, am 3. Juli

Schweighöfer, Ursula, aus Ebenrode, jetzt Reginharstraße 1, 51429 Bergisch Gladbach, am 1. Juli

Wiwianka, Werner, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Hatzper Straße 173 A, 45149 Essen, am 2. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Fischer, Maria, geb. **Ringat**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Hohentwielstraße 3/11, 78315 Radolfzell, am 28. Juni

Gerdey-Backhaus, Hildegard, geb. **Pancritius**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, jetzt Nordertorstriftweg 32, 31582 Nienburg, am 27. Juni

Thurau, Ruth, geb. **Kolberg**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Schmachthäger Straße 38, Pflegeheim, 22307 Hamburg, am 30. Juni

Wottrich, Margot, geb. **Zirpin**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, jetzt Wilkensweg 9, 27637 Nordholz, am 30. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Boenkost, Ursula, geb. **Bondzio**, aus Lötzen, jetzt Kappenbergstraße 14, 37632 Eschershausen, am 28. Juni

Bomber, Herbert, aus Gutten, Kreis Treuburg, jetzt Hausotterstraße 52, 13409 Berlin, am 27. Juni

Behrend, Gertrud, geb. **Rehberg**, aus Heiligenbeil, Wollweberstraße 13, jetzt Stegerwaldstraße 26, 51373 Leverkusen, am 30. Juni

Behrendt, Annemarie, geb. **Pazera**, aus Memel, jetzt Kopernikusstraße 38, 28357 Bremen, am 30. Juni

Dittmar, Heinz, fr. **Dibowski**, aus Neidenburg, jetzt Waldshuter Straße 6, 40229 Düsseldorf, am 2. Juli

Gottschalk, Margarete, geb. **Sudau**, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, jetzt Am Alten Sportplatz 21, 25436 Uetersen, am 28. Juni

Kalinowski, Ernst, aus Preußenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Holzhäuser Weg 9, 57299 Burbach-Lützeln, am 29. Juni

Plettner, Felicitas, geb. **Wiesemann**, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, jetzt Buschmühle 1, 52078 Aachen, am 3. Juli

Rasokat, Otto, aus Königshuld, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Klopstockstraße 10, 45355 Essen, am 1. Juli

Weber, Frieda, geb. **Dombrowski**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, jetzt Vossacker 13, 58089 Hagen, am 30. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Balschun, Hanna, geb. **Quahs**, aus Saiden, Kreis Treuburg, jetzt Harzweg 7, 34134 Kassel, am 29. Juni

Brennert, Johanna, geb. **Kalweit**, aus Damerau, Kreis Ebenrode, jetzt Rosenstraße 57, 59077 Hamm, am 27. Juni

Dombrowski, Erna, geb. **Paetz**, aus Bergenau, Kreis Treuburg, jetzt Schmiedestraße 4 A, 19075 Pampow, am 29. Juni

Droste, Werner, aus Montzen, Kreis Lyck, jetzt Bölckestraße 8, 42899 Remscheid, am 27. Juni

Haas, Ursula, geb. **Patschke**, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Holunderweg 7, 51491 Overath, am 27. Juni

Heßke, Fritz, aus Preußisch Thierau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Karlstraße 24, 36341 Lauterbach, am 1. Juli

Kühne, Ruth, aus Insterburg, jetzt Jacob-Rehder-Straße 2, 23701 Eutin, am 29. Juni

Sakrzewa, Erich, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, jetzt Reichenbacher Straße 12, 98574 Schmalkalden, am 29. Juni

Scharnowski, Ilse, geb. **Schönebeck**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt OT Spitzkuhn, Eichenallee 10, 17207 Bollewick, am 28. Juni

Tegtmeyer, Ruth, geb. **Martinu**, aus Wehlau, Parkstraße, jetzt Holunderweg 29, 99706 Sondershausen, am 28. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Blank, Irmgard, geb. **Gandlau**, aus Talken, Kreis Lötzen, jetzt Roßberg 26, 71032 Böblingen, am 27. Juni

Burba, Klaus, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Waldweg 3, 23974 Neuburg, am 28. Juni

Eggers, Edith, geb. **Schernack**, aus Seerappen, Kreis Samland, jetzt Gartenstraße 4, 21706 Drochtersen, am 27. Juni

Gollnow, Hildegard, geb. **Niedzwetzki**, aus Moneten, Kreis Treuburg, jetzt An der Weide 65, 29614 Soltau, am 29. Juni

Gröneveld, Renate, aus Lyck, jetzt Cloppenburger Straße 171, 26133 Oldenburg, am 1. Juli

Heinrichs, Hildegard, geb. **Gerdes**, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, jetzt Hermannsplatz 17, 41460 Neuss, am 27. Juni

Hildebrandt, Elfriede, geb. **Reinert**, aus Großdorf, Kreis Johannisburg, jetzt Altkönigstraße 37, 65824 Schwalbach (Taunus), am 28. Juni

Hornagk, Renate, geb. **Stein**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Osterhornweg 9, 27404 Zeven, am 3. Juli

Jaschinski, Heinz, aus Ortelsburg, jetzt Segeberger Landstraße 112, 24145 Kiel, am 3. Juli

Kärgel, Elsbeth, geb. **Plew**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Eichenweg 10, 58509 Lüdenscheid, am 1. Juli

Klein, Ute, aus Treuburg, jetzt An der Dankeskirche 4, 40597 Düsseldorf, am 2. Juli

Kolnisko, Siegfried, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, jetzt Holunderweg 2, 31855 Aerzen, am 28. Juni

Krause, Grete, geb. **Kulessa**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, jetzt Karl-Thon-Platz 7, 14641 Nauen, am 2. Juli

Kurtz, Waltraut, geb. **Annuß**, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, jetzt Gremmendorfer Weg 4, 48167 Münster, am 28. Juni

Lasarzig, Ruth, aus Cranz, Kreis Samland, jetzt Ginnheimer Landstraße 187, 60431 Frankfurt, am 27. Juni

Meier, Lieselotte, geb. **Schattauer**, aus Klimmen, Kreis Ebenrode, jetzt Lindenstraße 93, 25548 Kellinghusen, am 29. Juni

Mohr, Edith, geb. **Breuksch**, aus Köthen, Kreis Wehlau, jetzt Olof-Palme-Straße 2, Zimmer 1/104, 21337 Lüneburg, am 30. Juni

Neumann, Gertrud, geb. **Liedtke**, aus Pillau, Kreis Samland, jetzt Waffenschmiede 48, 24159 Kiel, am 2. Juli

Pollrich, Edith, geb. **Massat**, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, jetzt Herrenstraße 29, 63179 Obertshausen, am 2. Juli

Prediger, Irene, geb. **Wiemer**, aus Ebenrode, jetzt Danziger Straße 24, 29633 Munster, am 3. Juli

Pucilowski, Gertrud, geb. **Weissmann**, aus Sulimmen, Kreis Lötzen, jetzt Breslauer Straße 14, 42549 Velbert, am 27. Juni

Scheel, Hedwig, geb. **Niedzwetzki**, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, jetzt OT Röbel, 23701 Süsel, am 3. Juli

Schramma, Edith, aus Lemzendorf, Kreis Lyck, jetzt Wenkenstraße 26, 32105 Bad Salzuflen, am 28. Juni

Starre, Rudolf, aus Stosnau, Kreis Treuburg, jetzt Neustraße 72, 47228 Duisburg, am 29. Juni

Waschkewitz, Walter, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Eschenreuther Weg 3, 34123 Kassel, am 27. Juni

Wilms, Helga, geb. **Hippler**, aus Lyck, jetzt Viktoriastraße 64, 41061 Mönchengladbach, am 29. Juni

Wittenberg, Gertrud, geb. **Fink**, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, jetzt Ricklinger Stadtweg 1, 30823 Garbsen, am 29. Juni

Ziegler, Eva, geb. **Hein**, aus Ebenrode, jetzt Wilhelminenstraße 35, 45701 Herten, am 28. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Beseler, Gertrud, geb. **Janschkiewitz**, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Stettiner Straße 13 B, 23617 Stockelsdorf, am 28. Juni

Brechlin, Inge, geb. **Kalweit**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, jetzt Lindenstraße 24, 28844 Weyhe, am 1. Juli

Brunokowski, Waltraut, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, jetzt Krontaubenstieg 17 B, 22149 Hamburg, am 3. Juli

Dähnert, Fritz, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, jetzt Breite Straße 22, 08297 Zwönitz, am 27. Juni

Fisahn, Josef, aus Noßberg, Kreis Heilsberg, jetzt Zum Grenzstein 14, 57399 Kirchhundem, am 2. Juli

Fleischer, Ursula, geb. **Suhr**, aus Bludau, Kreis Samland, jetzt Hauptstraße 5, 57632 Berzhausen, am 3. Juli

Forgber, Margot, geb. **Reimann**, aus Groß Klingbeck, Kreis Heiligenbeil, jetzt Florian-Geyer-Straße 55, 39116 Magdeburg, am 27. Juni

Glaser, Ingrid, geb. **Raudies**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, jetzt Spreeweg 4, 38120 Braunschweig, am 29. Juni

Klose, Frieda, geb. **Perle**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, jetzt Böhringer Straße 6, 09661 Etzdorf, am 27. Juni

Kodlin, Helga, geb. **Schiemann**, aus Wehlau, Wasserwerkstraße, jetzt Schopbachweg 29, 22527 Hamburg, am 3. Juli

Kornitzki, Erwin, aus Simnau, OT Dosnitten, Kreis Mohrungen, jetzt Lindenweg 10, 31675 Bückeburg, am 26. Juni

Krzykowski, Artur, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Fontanestraße 16, 15711 Königs Wusterhausen, am 2. Juli

Kuberski, Heinz, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Zehlendorfer Weg 6, 18299 Kritzkow, am 29. Juni

Kühn, Wolfgang, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Uhlandstraße 5, 09648 Mittweida, am 30. Juni

Lobert, Hanna, geb. **Görlitz**, aus Rositten, Kreis Samland, jetzt Claudiusstraße 82, 44649 Herne, am 28. Juni

Nadolny, Eva-Maria, geb. **Rogalski**, aus Klein Kiöwen, Kreis Treuburg, jetzt Conower Straße 10, 19294 Malliß, am 29. Juni

Paragnik, Werner, aus Treuburg, jetzt Hermann-Ruge-Straße 10, 22145 Stapelfeld, am 26. Juni

Posingies, Siegfried, aus Goldbach, Kreis Wehlau, jetzt Ringstraße 95, 48165 Münster, am 3. Juli

Purwin, Günter, aus Auglitten, Kreis Lyck, jetzt Oberer Weg 4, 09477 Grumbach, am 2. Juli

Reinhardt, Ingeborg, geb. **Lukat**, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, jetzt Euskirchener Straße 5, 50937 Köln, am 29. Juni

Rogowski, Else, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, jetzt Merowinger Weg 13, 89584 Ehingen, am 3. Juli

Schonmann, Astrid, geb. **Dommel**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, jetzt 310 Woodward Ave. Apt. 412, Saint John N.B., Kanada, am 29. Juni

Schröter, Hans-Joachim, aus Heiligenbeil, Zeppelinweg 10, jetzt Neckarhauser Straße 33, 68535 Neu-Edingen, am 30. Juni

Szelinski, Charlotte, aus Kleschen, Kreis Treuburg, jetzt Stettiner Straße 48, 73432 Aalen, am 30. Juni

Viohl, Dorothea, geb. **Müller**, aus Kuglacken, Neu Ilischken, Kreis Wehlau, jetzt Finkenweg 9, 65597 Hünfelden, am 29. Juni

Voigt, Werner, aus Schroten, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Zugbrückenstraße 41, 29223 Celle, am 29. Juni

Ziwitza, Herta, geb. **Jeromin**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Boben-Enn-Straße 2, 17291 Zollchow, am 2. Juli



Kienzle, Horst, aus Lyck, und Frau Hedwig, geb. **Arndt**, aus Alexandrow, Kreis Lodz, jetzt Breslauer Straße 4 A, 23617 Stockelsdorf, am 23. Juni

TERMINE DER LO

Jahr 2011

10.–13. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont
16. Juli: Sommerfest des Dachverbandes in Allenstein
23.–25. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont
10.–16. Oktober: Werkwoche in Bad Pyrmont
15.–16. Oktober: 4. Deutsch-Russisches Forum in Nürnberg und Ellingen
28.–30. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont
5.–6. November: OLV in Bad Pyrmont
7.–11. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

Ostpreußisches Landesmuseum

Mittwoch, 29. Juni 2011, 19 Uhr: Die Deportation der Russlanddeutschen 1941. Vortrag von Dr. Katharina Neufeld.

Am 22. Juni 1941, genau vor 70 Jahren, begann der Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion. Damit erreichte der 1939 begonnene Krieg eine neue Dimension. Für die in der Sowjetunion, vor allem an der Wolga und am Schwarzen Meer lebende russlanddeutsche Bevölkerung hatte der Angriff Folgen, die bis heute nachwirken. Nur wenige Wochen nach dem Angriff wurden die ersten Russlanddeutschen aus ihren Heimatgebieten im europäischen Teil Russlands nach Osten deportiert – vorwiegend nach Sibirien und Kasachstan. Dahinter stand die Befürchtung der Kollaboration mit dem nationalsozialistischen Deutschland. Der sowjetische Erlass vom 28. August 1941 „Über die Umsiedlung der Deutschen, die in den Wolga-Rayons wohnen" besagte unter anderem: „Laut genauen Angaben, die die Militärbehörden erhalten haben, befinden sich unter der in den Wolga-Rayons wohnenden deutschen Bevölkerung Tausende und Abertausende Diversanten und Spione, die nach dem aus Deutschland gegebenen Signal Explosionen in den von den Wolgadeutschen besiedelten Rayons hervorrufen sollen. (...) Falls aber auf Anweisung aus Deutschland die deutschen Diversanten und Spione (...) Diversionsakte ausführen werden und Blut vergossen wird, wird die Sowjetregierung laut den Gesetzen der Kriegszeit vor die Notwendigkeit gestellt, Strafmaßnahmen gegenüber der gesamten deutschen Wolgabevölkerung zu ergreifen." Mehrere Hunderttausend Russlanddeutsche – die genaue Zahl der Todesopfer kennt bis heute niemand – starben in dieser Zeit infolge der „Umsiedlung" vor allem an schlechten Klima-, Nahrungs-, Arbeits-, Lebens- oder medizinischen Bedingungen.

Erst 1972, über 30 Jahre nach dem Erlass, ließ die Sowjetregierung ihre Bürger in ihre ehemaligen Orte zurückziehen, ohne jedoch einen Anspruch auf ihre alten Häuser, Hab und Gut stellen zu dürfen.

Katharina Neufeld ist in einem deutschen Dorf in Russland geboren und aufgewachsen. Sie studierte Geschichte an der Universität Samara/Kujbyschew und arbeitete als Hochschullehrerin. 1997 kam sie nach Deutschland. Seit 1999 ist sie Leiterin des Museums für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold. Sie konzipierte unter anderem die vielbeachtete Ausstellung „Auf Augenhöhe – Deutsche aus Russland zwischen Hoffnung und Vorurteil".

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75995-0, Telefax (04131) 75995-11, presse@ostpreussisches-landesmuseum.de

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 25. Juni, 19.15 Uhr, Phoenix: Chinas Umwelt vor dem GAU.
SONNABEND, 25. Juni, 20.15 Uhr, Vox: Wenn Soldaten zu Bestien werden. Das Grauen des Krieges.
SONNTAG, 26. Juni, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
SONNTAG, 26. Juni, 11.30 Uhr, NDR: Stärker als der Tod. Die Lübecker Märtyrer und der Weg zur Seligsprechung.
MONTAG, 27. Juni, 19.25 Uhr, ZDF: Lebensmittel zwischen Werbung und Wahrheit.
MONTAG, 27. Juni, 20.15 Uhr, Phoenix: Eva Hitler.
DIENSTAG, 28. Juni, 20.15 Uhr, RBB: Potsdam aus halber Höhe.
DIENSTAG, 28. Juni, 22.15 Uhr, N24: Die Kursk. Tauchfahrt in den Tod.
DIENSTAG, 28. Juni, 22.25 Uhr, 3sat: Kims Reich. Unterwegs in Nordkorea.
DIENSTAG, 28. Juni, 22.45 Uhr, ARD: Der entsorgte Vater. Dokumentation.
MITTWOCH, 29. Juni, 20.15 Uhr, Eins Festival: Hamburgs 50er-Jahre.
MITTWOCH, 29. Juni, 21 Uhr, Phoenix: Edward VIII. und die Nazis.
DONNERSTAG, 30. Juni, 16.45 Uhr, 3sat: Am großen Strom. Mythos Amazonas.
DONNERSTAG, 30. Juni, 23.07 Uhr, Eins Extra: Am Frischen Haff.
FREITAG, 1. Juli, 21.40 Uhr, Arte: Churchills Verrat an Polen. Dokumentation.
FREITAG, 1. Juli, 22 Uhr, Phoenix: Lieber Onkel Hitler. Dokumentation.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Montag, 27. Juni, 15 Uhr, Rathaus in Buchen-Hainstadt: Filmvorführung über Alexandra, die Sängerin aus dem Memelland. Danach Kaffeerunde und Kurzfilm über Pommern. – Dienstag, 12. Juli, 15 Uhr, im Garten der Frauengruppe, bei Rosemarie Wikler, Hainstadt, Kastanienweg 11: Fröhlicher Sommernachmittag. Bitte Kuchen und Salate mitbringen. Anfragen unter Telefon (06281) 8137.

Lahr – Donnerstag, 7. Juli, 18 Uhr, Gasthaus Zum Zarko, Schillerstraße 3: Stammtisch der Gruppe.



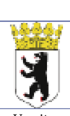
BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landshut – Freitag, 8. Juli: Besuch des Burgfestes der Förderer vor der Burg Trausnitz.

München Nord / Ost – Freitag, 8. Juli, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Zusammenkunft der Frauengruppe.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 10. Juli, 18 Uhr, Donauschwäbisches Zentralmuseum Ulm, Schillerstraße 1: Ost-Südostdeutscher Volkstumsabend. – Donnerstag, 14. Juli, 14.15 Uhr, Busbahnhof: Fahrt ins Blaue.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPE



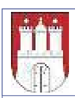
Bartenstein – Sonnabend, 25. Juni, 14.30 Uhr, Rathaus Zehlendorf, Kirchstraße 1-3, S-Bahnhof Zehlendorf, Sitzungssaal C 21: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



BRANDENBURG

Vors.: Elard v. Gottberg, Zarnekauer Siedlung 8 A, 23701 Süsel, Mobil (0173) 6254277, Fax (04361) 508219.

Bad Pyrmont – Freitag, 22. bis Sonntag 24. Juli, Ostheim: Die Stiftung „Bildung und Erinnerung" veranstaltet ein Grundlagenseminar: „Das historische Ostdeutschland". Das Seminar richtet sich an Interessenten aus dem gesamten Bundesgebiet. Teilnehmer: Seminar für die junge und mittlere Generation, Kosten: Das Seminar ist kostenfrei. Die Fahrtkosten werden erstattet. Anmeldeschluss: 17. Juli 2011, Organisation: Oliver Dix, BdV-Präsidialmitglied, Wilhelm v. Gottberg, BdV-Vizepräsident, Veranstaltungsort: Ostheim, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont. Weitere Informationen: Telefon (05842) 379.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

Landesgruppe – Referat Kultur: 12. Heimattreffen im norddeutschen Raum. Aus dem Regierungsbezirk Gumbinnen. Sonnabend, 23. Juli, 10 bis 17 Uhr (Einlass 9.30 Uhr), Hotel „Zur Glashütte" der Familie Stubbe, Segeberger Chaussee 309, 22851 Norderstedt, Telefon (040) 529866-0, Fax (040) 529866-35. Programm: 10 bis 10.30 Uhr Begrüßungen und Informationen über alles, was die Gruppe bewegt. 10.30 bis 12 Uhr „Kunst und Kultur in Ostpreußen". Manfred Samel, ein Insterburger, wird aus der Kulturgeschichte der Heimat mit Lichtbildvortrag berichten. So zum Beispiel über Leben und Werk des ostpreußischen Komponisten Herbert Brust (Land der dunklen Wälder....) oder Bau und Geschichte des Königsberger Schlosses von 1740 bis 1945. Auch andere Themen sind vorgesehen, wenn die Zeit reicht. In 90 Minuten erleben wir ein lebendiges Kulturseminar. 12 bis 14 Uhr Mittagspause. 14 bis 15 Uhr „Land der dunklen Wälder...." Singen gemeinsam mit dem LAB-Chor Hamburg unter der Leitung von Dieter Dziobaka. Danach folgen heimatliche Volkslieder und in Erinnerung an die Jugendzeit alte Schlagermelodien (Oldies). 15 bis 15.45 Uhr Ostpreußische Mundart und Ostpreußenplatt sollen nicht vergessen werden. Siegfried Grawitter wird die Gruppe literarisch versorgen und Humorvolles inszenieren. Dabei ergreift auch Hans Günter von Gumbinnen zu Ostpreußen die Initiative und versucht zu musizieren. Es darf gelacht werden. Gegen 15.45 Uhr gibt es eine Kaffeepause, mit der das Heimattreffen langsam ausklingt. Nach Veranstaltungsschluss (17 Uhr) können individuelle Geselligkeiten in den Gasträumen weitergeführt werden. Das Hotel ist von der A 7 kommend Abfahrt Schnelsen Nord / Norderstedt über die B 432 in Richtung Bad Segeberg nach 12 Kilometern zu erreichen. Parkmöglichkeiten sind reichlich vorhanden. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln: Bis U-Bahn-Station Ochsenzoll/Hamburg. Von da ab mit dem Bus 378 Richtung Bad Segeberg. Nach 10 Minuten Fahrt an der Haltestelle Hofweg, gegenüber dem Hotel, aussteigen. Bei der U-Bahn-Station ist auch ein Taxistand. Die Übernachtungen sind inklusive Frühstücksbuffet und Nutzung des Hallenschwimmbades. Die Gruppe freut sich auf ein Wiedersehen! Gäste sind herzlich willkommen! Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

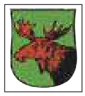
BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat außer Juli und August im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 73926017.

Hamburg-Harburg – Montag, 27. Juni, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag. Gezeigt werden Kurzfilme von Manfred Czekay aus dem Programm der Heimatgruppe der letzten Jahre.

Harburg-Wilhelmsburg – Montag, 27. Juni, 15 Uhr, Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag. Gezeigt werden Kurzfilme von Manfred Czekay aus dem Programm der Heimatgruppe der letzten Jahre.

KREISGRUPPE



Elchniederung – Mittwoch, 29. Juni, 15 Uhr, ETV-Stuben, Bundesstraße/Ecke Hohe Weide, Eimsbüttel (U-Bahn-Station Christuskirche): Sommertreff. Nach dem Kaffee wird in gemütlicher Runde mit Vorträgen und frohen Liedern der Sommer empfangen. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen. Der Eintritt beträgt 2 Euro.



Heiligenbeil – Sonntag, 3. Juli, 9 Uhr Abfahrt Harburg Bahnhof, 9.30 Uhr Hamburg ZOB: Tagesfahrt der Heimatkreisgruppe. Die Teilnehmer verbringen in Zusammenarbeit mit der Landesgruppe Hamburg e. V. einen erlebnisreichen Tag. Bei einer geführten Rundfahrt erleben sie die besondere Schönheit des Teufelsmoores. Fahrpreis pro Person 39 Euro. Im Fahrpreis sind Busfahrt, Reiseführer, Mittagessen, Kaffee und Kuchen, Torfkahnfahrt und Kremserfahrt sowie Besichtigung eines Kräutergartens enthalten. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 30067092 bis 2. Juli. – Sonnabend, 16. Juli, 14 Uhr, Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7: Sommerfest. Hierzu sind alle Mitglieder der Gruppe und Freunde herzlich eingeladen, mit der Gruppe bei Kaffee und Kuchen in geselliger Runde einige fröhliche Stunden zu verbringen. Kostenbeitrag für Kaffee, Kuchen und einen Vortrag: 5 Euro. Der Seniorentreff ist mit der Buslinie 116 ab den U-Bahn-Stationen Hammer Kirche, Billstedt oder Wandsbek-Markt zu erreichen. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 30067092 bis 15. Juli.



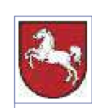
Osterode – Sonnabend, 25. Juni, 12.30 Uhr, Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562: Es ist Grillzeit. Die Gruppe lädt ein zum gegrillten Geflügelsteak, Holzfällersteak, Thüringer Bratwurst. Dazu gibt es verschiedene Salate und Grillsoßen. Der Preis beträgt 15 Euro. Anmeldungen bitte bis zum 17. Juni bei Marlies und Günter Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (04109) 9014.



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Wetzlar – Sonnabend, 9. Juli, 13 Uhr, Krüffelbach: Grillen in der Grillhütte. – Der Vorsitzende Kuno Kutz hat die Mitglieder in den Wetzlarer Grillstuben auf einen Lichtbilderausflug an die Samlandküste mitgenommen. Nur eine gute halbe Stunde habe die Bahnfahrt nach Cranz am Eingang zur Kurischen Nehrung gedauert. Selbst die Königberger Diakonissen hätten dort im Sommer die Mittagspause während ihres Pflegedienstes im Krankenhaus der Barmherzigkeit zu einem kühlen Bad am Strand des bekannten Ostsee-Badeorts genutzt. Seit 1885 habe es sogar eine eigene Bahnlinie von der ostpreußischen Provinzhauptstadt in den Badeort gegeben. Die Königsberg-Cranzer Eisenbahn sei damals die meistbefahrene Strecke Ostpreußens gewesen. Auch heute sei der Badestrand von Cranz bei der Bevölkerung des heute zu Russland gehörenden Gebiets um Königsberg sehr beliebt. Allerdings sei der frühere Nordbahnhof, von dem aus man früher an die Ostsee zum Baden fuhr, inzwischen stillgelegt. Die von dem Architekten Martin Stallmann entworfene und im Jahre 1930 eingeweihte Anlage mit ihrer großzügigen Empfangshalle und ihren acht gleichhohen Fassadensäulen habe damals die Aufmerksamkeit der Fachwelt erregt. Das Bahnhofsgebäude, so Kutz, beherberge heute Büroräume. Königsberg selbst habe mit seinem Oberteich in der Nähe des Stadtschlosses über ein ausgedehntes Gewässer verfügt, dessen Uferpromenade zu Spaziergängen eingeladen und das der Jugend als Badesee gedient habe.



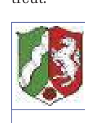
NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Osnabrück – Dienstag, 5. Juli, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Treffen der Gruppe zum Kegeln. – Freitag, 15. Juli, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Wiefelstede – Sonntag, 3. Juli, 11 bis 18 Uhr, Bäkekamp 40, Wiefelstede (Neubaugebiet): „Rosentraum" in Wiefelstede. Nach zehnjähriger Pause organisiert Bringfriede Lübben gemeinsam mit ihrer Schwester Ulrike Madeya, der langjährigen Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft „Hilfe für Euch", Kiel, wieder eine Ausstellung mit Handarbeiten, die in Ostpreußen gearbeitet wurden. Diesmal werden die Handarbeiten nicht im Gemeindehaus in

Wiefelstede präsentiert, sondern im neu angelegten Garten von Bringfriede Lübben im Bäkekamp 40. Was gibt es nun zu sehen und zu kaufen? Natürlich Decken und Kissen, mit Rosenmustern, ebenso Beutel, Taschen und Täschchen. Doch nicht nur Rosiges gibt es. Auch andere Muster finden ihren Platz auf Wohnaccessoires und Tüchern für Küche und Bad, auf fein Gehäkeltem und Weißgesticktem. Sollte es für die Jahreszeit zu kühl sein, kann mit modischen Socken und Stulpen geholfen werden, ebenso mit hochwertiger modischer Damenbekleidung. Doch auch für heiße Tage ist etwas da. Viele Geschenkartikel für mancherlei Anlässe gibt es zu erwerben. Auch Feinschmecker kommen auf ihre Kosten. Neben Rosengelee, Rosensalz und Rosenzucker wird natürlich selbst hergestellter ostpreußischer Bärenfang angeboten. Es gibt Kaffee und selbstgebackenen Kuchen. Vielleicht lässt sich manch einer auch von einer Rosenbowle locken. Der Erlös fließt Bedürftigen in Ostpreußen zu, die die Arbeitsgemeinschaft seit vielen Jahren ehrenamtlich betreut.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Sonntag, 10. Juli, 11 Uhr, „Gedenkstätte des Deutschen Ostens auf Schloss Burg": Kulturveranstaltung der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen. Die Gruppe wünscht sich, recht viele Landsleute und Gäste auf ihrem „Kleinen Ostpreußentreffen" begrüßen zu können. Wie schon in den vergangenen Jahren besteht die Veranstaltung aus einem offiziellen (14 Uhr) und einem unterhaltsamen Teil. Zu Beginn läuten die Glocken aus Königsberg und Breslau, die Gruppe gedenkt der Toten und hört das Trompetensolo „Ich hatt' einen Kameraden" (Trompeter F. Braun). Herr Prof. Dr. Sensburg MdB wird die Ansprache halten. Für das leibliche Wohl sorgen die Damen der Gruppe mit ostpreußischen Spezialitäten. Zahlreiches Erscheinen ist der Lohn für den Veranstalter mit seinen ehrenamtlichen Mitwirkenden.

Bad Godesberg – Trauer um Ruth Probst. Die Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Bad Godesberg trauert um ihre am 20. Mai verstorbene Schatzmeisterin und langjährige Leiterin der Frauengruppe. Ruth Probst wurde am 24. März 1934 in Ludwigsort/Ostpreußen geboren. Seit vielen Jahren widmete sie sich der Arbeit für ihre ostpreußische Heimat. Zunächst leitete sie die Frauengruppe mit den zahlreichen Treffen, zu denen jedes Mal ein heimatliches Thema auf dem Programm stand. Auch nahm sie sich der sozialen Probleme der Damen in diesem Kreis an. Später übernahm sie die Verantwortung für die Kasse der Bad Godesberger Gruppe. Mit Ruth Probst verliert die Gruppe nicht nur eine äußerst gewissenhafte Vorstandskollegin, sondern auch eine gute Freundin, die die Mitglieder in dankbarem und ehrendem Gedenken halten werden.

Bonn – Sonnabend, 25. Juni, 18 Uhr, Haus der evangelischen Kirche, Adenauer Allee 37, 53113 Bonn: Gedenkstunde zum 60-jährigen Bestehen der Landsmannschaft Ostpreußen, Kreisgruppe Bonn e. V. Die Schirmherrschaft hat der Oberbürgermeister der Bundesstadt Jürgen Nimptsch übernommen. Die Gedenkstunde wird durch eine ökumenische Andacht eingeleitet. Begrüßung durch den Vorsitzenden Manfred Ruhnau. Grußworte: Bürgermeister Horst Naaß, BdV-Landesvorsitzender und Kreisvorsitzender Hans-Günther Parplies, Landesvorsitzender der Ostpreußen in NRW, Jürgen Zauner. Festvortrag: Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen Stephan Grigat: „Die Landsmannschaft Ostpreußen im 21. Jahrhundert." Ostpreußenlied, dritte Strophe Deutschlandlied. Abschließend Empfang für alle Mitglieder und Teilnehmer und Gäste.

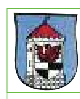
Düren – Sonntag, 10. Juli, Schloss Burg an der Wupper: NRW-Treffen der Landsmannschaft. In Vorbereitung: Tagesfahrt ins Münsterland.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH / Eichendorffsaal, 1. Etage: Singprobe der

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

57. Treffen der Vereinigung der ehemaligen Schüler und Schülerinnen der Hindenburg- und Frieda-Jung-Schule in Angerburg. Für die Zeit vom 20. bis 22. Mai 2011 hatten Irene Willimzik und Bruno Ladda die „Ehemaligen“ wieder nach Rotenburg (Wümme) eingeladen. Es waren immerhin noch 16 Teilnehmerinnen und Teilnehmer gekommen, denn einige konnten wegen fehlender Reisefähigkeit oder aus gesundheitlichen Gründen nicht kommen, so auch Bruno Ladda. Am Freitagnachmittag trafen sich die bereits Angereisten bei „Hollmann“ zu einem ersten Meinungsaustausch mit Kaffee und Kuchen. Abends wurde im „Speicher“ plachandert, gut gegessen und getrunken. Am Sonnabendvormittag tagte wie üblich das Gremium der Schülervereinigung. Über die Beschlüsse wird Irene Willimzik die Mitglieder wieder in einem Rundschreiben informieren. Wie im Vorjahr traf man sich am Sonnabendnachmittag im „Speicher“ in einer kleiner gewordenen, aber fröhlichen Runde. Irene Willimzik begrüßte alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus nah und fern mit herzlichen Worten, besonders die Ehrengäste. „Im Grunde sind es immer die Verbindungen mit Menschen, die dem Leben seinen Wert geben“, mit diesen Worten leitete Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski von der Kreisgemeinschaft Angerburg sein Grußwort ein. Er stellte erfreut fest, dass immerhin noch 16 Ehemalige den Weg in die schöne Kreisstadt Rotenburg (Wümme) gefunden haben. So ein Treffen lässt die eigene Schulzeit, die schwere Kriegszeit mit Flucht und Vertreibung sowie die Zeit des beruflichen Neuanfangs nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufleben. Für Gesprächsstoff ist also gesorgt, so der Kreisvertreter. Er versäumte auch nicht, alle Ehemaligen zu den 57. Angerburger Tagen am 17./18. September 2011 und zu der 54. heimatpolitischen Tagung am 25./26. Februar 2012 herzlich einzuladen. Beide Veranstaltungen finden in der Theodor-Heuß-Schule in Rotenburg (Wümme) statt. Zum Schluss dankte er den Organisatoren für die geleistete Arbeit und wünschte allen Besuchern unterhaltsame Stunden, gute Stimmung und einen angenehmen Aufenthalt in der Kreisstadt. Weitere Grußworte sprachen der ehemalige Landrat Graf von Bothmer und Stadtdirektor a. D. Ernst-Ulrich Pfeifer. Gerhard Mörchel gedachte in bewegten Worten der acht Verstorbenen des letzten Jahres. Dazu hatten sich alle von ihren Plätzen erhoben. Interessant war auch zu erfahren, dass von 57 Schülertreffen 35 in Rotenburg (Wümme) stattgefunden haben. Mit einem guten Abendessen und angeregten Gesprächen endete der Tag. Eine Busfahrt nach Hollenstedt zum Hotel Appelbeck am See, verbunden mit einem Spaziergang um den See sowie einem vorzüglichen Mittagessen, rundeten das Treffen am Sonntag ab. Auf der Rückfahrt nach Rotenburg (Wümme) wurde noch ein Abstecher zum Gedenkstein für Max Schmeling unternommen, der viele Jahre in Hollenstedt gelebt hat. Dort gründete er am 18. April 1991 die nach ihm benannte Stiftung. Die Erträge dienen der unmittelbaren Unterstützung Hilfsbedürftiger und karitativen Organisationen. Zusätzlich gründete Max Schmeling noch eine unselbstständige Stiftung, die sich gemeinnützigen Projekten im Raum Hollenstedt dauerhaft widmet. Das Denkmal steht vor dem Schulzentrum in Hollenstedt und wurde am 21. Mai 2010 enthüllt. Mit der Rückfahrt nach Rotenburg (Wümme) ging der offizielle Teil des Schülertreffens zu Ende.



GUMBINNEN

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein / Taunus, Telefon (06126) 4173, E-Mail: eck.steiner@pcvos.com, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Trauer um Fritz Rau. Am 30. April dieses Jahres ist Fritz Rau im Alter von 90 Jahren nach langer Krankheit und zwei Tage nach einem Umzug nach Darmstadt verstorben. Die Gumbinner Gruppe in Hamburg gedenkt und dankt Fritz Rau für seinen jahrzehntelangen Einsatz. Mit gemütlichem Kaffeetrinken, mit Schabbern und anschließendem Kulturprogramm waren die Nachmittage erfüllt. Auch seiner Frau Mathilde sei hier herzlich gedankt, hat sie doch in seinem Sinne und im Auftrag Ostpreußens die Gruppe weitergeführt. Sie hat vielen mit geduldiger Anleitung und Hilfe das Ostpreußenlied beigebracht. Mit Liedern in Platt und Mundart konnte das Fest „40 Jahre Charta der Heimatvertriebenen“ in der Musikhalle Hamburg mit Erfolg gestaltet werden, ein Erfolg, den die Gruppe auch Mathilde Rau zu verdanken hat. Nach dem Tod ihres Mannes wünscht die Gruppe ihr alles Gute in der neuen Umgebung.



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Schultreffen der Hindenburg-Oberrealschule. Zum nächsten Treffen der Schulvereinigung lädt die Kreisgemeinschaft vom 7. bis 9. Oktober 2011 nach der „Barockstadt“ Fulda ein. Anmeldungen sollten bitte bis spätestens 31. August unter dem Stichwort „Hindenburgschule“ direkt erfolgen beim „Hotel Goldener Karpfen“, Simpliziusbrunnen 1, 36037 Fulda, Telefon (0661) 8680-100, E-Mail: info@hotel-goldener-karpfen.de. Fulda ist aus allen Richtungen über ICE-Verbindungen oder Autobahnen gut erreichbar. Das freundliche Hotel liegt am Rande der Innenstadt. Beim letzten Mal traf sich die Gruppe im Mercure Hotel in Duisburg, der Patenstadt Königsbergs und dem Ort der Patenschule, der Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Gesamtschule Hamborn. Der Vorsitzende der dortigen Ehemaligen-Vereinigung Hans-Joachim Keller hatte für die Gruppe ein interessantes Rahmenprogramm vorbereitet. Es begann am Freitagabend mit einem Vortrag über Entstehung, Entwicklung und Persönlichkeiten der Stadt Duisburg mit vielen interessanten Einzelheiten. Am Sonnabend folgte dann eine Busfahrt durch einige Außenbezirke und eine Hafenrundfahrt mit dem Schiff. Die Gruppe war erstaunt über die Vielfältigkeit des heutigen Duisburg, von Sportstätten, Grünflächen und Kleingärten bis zu den gewaltigen Anlagen des Hafens und der Schwerindustrie. Der Höhepunkt des Treffens kam am Sonntag mit einer Sonderführung durch die Ausstellung „Kant der Europäer“, die im Rahmen des Programms „Kulturhauptstadt Europa Ruhr 2010“ vom Museum Stadt Königsberg erstellt wurde. Dessen Leiter, Lorenz Grimoni, hielt uns zunächst einen faszinierenden Einführungsvortrag, geprägt von großem Engagement und Fachkenntnis, und machte dann bei einem Rundgang durch die unerwartet reichhaltige Ausstellung auf interessante Einzelheiten aufmerksam. Zu dem Schultreffen waren 29 Ehemalige und Angehörige gekommen, während leider immer mehr aus Gesundheitsgründen absagen müssen. Besonders vermisst wurde der immer aktiv beteiligt gewesene „Altersvorstand“ Fritz Masuhr. Vor einigen Wochen ist er leider kurz vor Vollendung seines 95. Lebensjahres verstorben. Die Kreisgemeinschaft wird ihn in ehrendem Andenken behalten.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Oberbürgermeister Eikelbeck verstorben. Am 1. Juni 2011 verstarb der Altoberbürgermeister der Patenstadt Bochum, Heinz Eikelbeck, im Alter von 85 Jahren in seiner Heimatstadt. Nach nur zwei Monaten folgte er seiner lieben Gattin in die Ewigkeit. Der am 17. Februar 1926 Geborene war von 1975 bis 1994 im Amt und begleitete somit die Kreisgemeinschaft Neidenburg über fast zwei Jahrzehnte. Während dieser Zeit war er Ansprechpartner nicht nur für die damaligen Kreisvertreter Wagner, Dauter, Becker und Zehe, sondern auch für den Kreisältesten Gerhard Toffel. Es gab kaum ein Heimattreffen, an dem der Oberbürgermeister nicht persönlich teilgenommen hat. Die Kreisgemeinschaft Neidenburg wird Herrn Oberbürgermeister Heinz Eikelbeck ein ehrendes Gedenken bewahren.



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

Nachwahl für die verstorbenen Kreisausschussmitglieder der Kreisgemeinschaft Rastenburg. Da im letzten Jahr zwei Kreisausschussmitglieder verstorben sind, wurde eine Nachwahl erforderlich (§ 6 der Satzung). 1. Edith Kaes, Stellvertreterin des Kreisvertreters (für G. Klein, Stellvertreter), 2. Christel Klein, Beirätin (für K. zu Knyphausen, Beirätin). Die Kreisgemeinschaft dankt den Gewählten für ihre Bereitschaft zur Mitarbeit. Gez. Knut Gritzki, Wahlbeauftragter.

Zu Fuß nach Haus: Der 71-jährige Dieter Kraus lief zu Fuß von Kempten nach Prag, um an die Vertreibung vor 65 Jahren zu erinnern. „Meine Frau und meine Kinder haben mich für verrückt erklärt“, sagte Kraus der „Allgäuer Zeitung“ in einem Interview. Ohne Landkarte, lediglich gerüstet mit einem 70 Jahre alten Rucksack und einer ebenso alten Mütze, orientierte der rüstige Rentner sich nur an den Straßenschildern oder fragte nach dem Weg, so wie er es im Jahre 1946 auf der Flucht auch hatte tun müssen. Er trug eine weiße Armbinde wie damals, als die Deutschen sich so kennzeichnen mussten. Mit seinem Protestmarsch wollte Kraus ein Zeichen setzen. Als Zeitzeuge wollte er etwas dafür tun, dass die Vergangenheit nicht in Vergessenheit gerät. Es geht ihm darum, dass die tschechische Regierung die Benesch-Dekrete endlich als Unrecht anerkennt. *MRK*

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 16

Düsseldorfer Chorgemeinschaft. Leitung: Radostina Hristova. – Sonntag, 10. Juli bis Freitag, 15. Juli: Sommerreise der Pommern in den Spreewald und nach Berlin. Anmeldungen bei Heinz Butzbach, Vorsitzender der LM Pommern, Cantadorstraße 34, 40211 Düsseldorf, Telefon (0211) 362481.

Ennepetal – Sonntag, 10. Juli, 11 Uhr, Schloss Burg: Kleines Ostpreußentreffen.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Hagen – Am Donnerstag, dem 9. Juni, unternahm die Kreisgruppe Hagen ihren diesjährigen Sommerausflug an den Dümmersee, Nähe Osnabrück. Da sich auch das Alter bei den Reiseteilnehmern bemerkbar machte, wurde Wert darauf gelegt, dass jeder die für ihn nächstgelegene Buszusteigemöglichkeit in Anspruch nehmen konnte. Nach einer Fahrt von zirka zwei Stunden hatte die Gruppe das Ziel erreicht. Die Stimmung war gut und das Wetter spielte auch mit. An Ort und Stelle erwartete die Teilnehmer ein komfortables Frühstück in Form eines Büfetts. Dies ließ aber wirklich keine Wünsche offen. Wer da noch Mittagessen wollte, hatte hier nicht kräftig zugelangt. Die nächsten Stunden bis 17 Uhr standen dann zur freien Verfügung. Jeder konnte sein eigenes Programm gestalten. Unter anderem war noch die Möglichkeit für eine Bootfahrt über den See und zum Einkauf von Räucheraal oder Forellen gegeben. Um 17 Uhr traf dann die Gruppe im Hotel „Strandlust“ zum gemeinsamen Abendessen ein. Das Essen gehörte zum Programm und war so wie das Frühstück eine Überraschung für die Gäste – man konnte sich nichts Besseres wünschen. Damit ging ein schöner Tag zu Ende und die Gruppe trat den Heimweg an. Zum Schluss sei noch ein Dankeschön gesagt an den Vorsitzenden der Kreisgruppe, Herbert Gell, der diesen Ausflug geplant und organisiert hat.

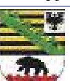
Witten – Sonntag, 10. Juli, 15 Uhr: Ostpreußische Kaffeetafel, Tanz und Musik. Daten zum Treffen auf Schloss Burg.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, ab 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Gardelegen – Mittwoch, 13. Juli: Busfahrt nach Celle, Kremserfahrt.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Mittwoch, 13. Juli, 14.30 Uhr, DRK-Haus, Lübecker Straße: Zusammenkunft der Gruppe. – In der Juni-Runde wurde die heutige Stellung der Heimatvertriebenen in Politik und Gesellschaft besprochen. Unsere Gäste waren Erfahrungen, die die Teilnehmer gemacht hatten: Junge Journalisten und auch Historiker, die Krieg, Vertreibung und Nachkriegszeit nur aus der Literatur kennen, berichten ganz anders über die Themen als Zeitzeugen, die das Geschehen selbst erlebten. Die jüngere Generation interpretiert das Gelesene oder Gehörte mit eigenen Vorstellungen. So entstehen oft fehlerhafte oder ungenaue Darstellungen.

Pinneberg – Sonntag, 3. Juli, 15 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Grillfest. Anmeldung bei K. Budszuhn, Telefon (04101) 72767.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Schlüsseljahr 1941

Düsseldorfer Gerhart-Hauptmann-Haus thematisiert Deportation von Russlanddeutschen

Das Düsseldorfer Gerhart-Hauptmann-Haus würdigt ein historisches Ereignis anhand einer Veranstaltungsreihe. Die Düsseldorfer Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus – Deutsch-osteuropäisches Forum hat das Jahresthema „1941 und die damit verbundenen Folgen“ aufgegriffen. Der bevorstehende 70. Jahrestag des Angriffs der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion und die Deportation der Russlanddeutschen stehen im Fokus verschiedener Veranstaltungen. Ein Stichtag, der das Leben und Schicksal vieler Russlanddeutscher weitgehend geprägt hat, ist der 23. August 1941, als die Deportation der Deutschen in der Sowjetunion begann.

Die Veranstaltungen werden größtenteils in Kooperation mit der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und mit der Vereinigung zur Integration der russlanddeutschen Aussiedler e. V. (VIRA e. V.) angeboten.

Der Vortrag „Von Katharina der Großen bis zum Ersten Weltkrieg (1763–1914)“ von Prof. Dr. Hans Hecker, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, veranschaulichte ebenso das Jahresthema wie auch der Beitrag von Prof. Dr. Jürgen Förster, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br. Mit dem Titel „Vernichtungskrieg ist nicht gleich Vernichtungskrieg: Die deutsche Kriegführung gegen Polen und gegen die Sowjetunion 1939/1941“ wurde hier sowohl auf Gemeinsamkeiten als auch auf Unterschiede beim Vorgehen deutscher Kräfte zunächst in Polen seit dem September 1939 und dann in der Sowjetunion seit dem Juni 1941 eingegangen.

Dr. Winfrid Halder, Direktor des Gerhart-Hauptmann-Hauses, erläuterte: „Die Form, in der vor allem die damaligen deutschen Ostprovinzen von den sowjetischen Streitkräften erobert und besetzt wurden, und ferner der Umgang mit den Deutschen, die in den 1945 zum neu umschriebenen polnischen Staat geschlagenen Gebieten lebten, ist



Gerhart-Hauptmann-Haus: Der neuen Heimat zum Dank. Bild: D.G.

also nicht zu trennen vom Verhalten wenigstens von Teilen der deutschen Besatzungskräfte zuvor auf polnischem und sowjetischem Territorium. Daher ist es wichtig, auch dies in die Erinnerung an das Schlüsseljahr 1941 einzubeziehen.“

Integration und Förderung junger Russlanddeutscher

Professor Förster gilt als einer der führenden deutschen Militärhistoriker. Er hat einen wesentlichen Anteil an dem Großprojekt „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“, das seit 2008 in zehn umfangreichen Bänden abgeschlossen vorliegt und als das wissenschaftliche Standardwerk von deutscher Seite gilt.

In Erinnerung an die kollektive Katastrophe der erzwungenen Ansiedlung in eine bis dahin völlig fremde Umgebung, die lang andauernden Diskriminierungen in der Sowjetunion und die vielfältigen Benachteiligungen der Russlanddeutschen, hat das Gerhart-Hauptmann-Haus weitere Veranstaltungen geplant. Zu den Höhepunkten zählte auch der zweite historisch wertvolle Beitrag von Prof. Dr. Hans Hecker „Von Nikolaus II. zu Stalin – Die Russlanddeutschen zwischen Erstem und Zweitem Weltkrieg 1914–1941“. Ende Mai bot Dr. Alfred Eisfeld, Nord-Ost-Institut an der Universität Hamburg, das Referat „Die Deutschen in der Sowjetunion zwischen dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende der Stalin-Ära 1941–1956“. Dieser Vortrag hatte die mit dem deutschen Angriff vom 22. Juni 1941 beginnende, grauenvollste Phase der Geschichte der Deutschen in der Sowjetunion zum Gegenstand. Er spannte den Bogen bis zum Ende der Stalin-Ära, denn die Deutschen in der Sowjetunion blieben auch nach dem für die UdSSR siegreichen Ende des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1945 eine diskriminierte Bevölkerungsgruppe.

In Anlehnung an die geschichtlichen Vortragsveranstaltungen hat das Gerhart-Hauptmann-Haus auch das Kinemathek-Programm angepasst. So beleuchten die Dokumentarfilme „Majestät brauchen Sonne“ und „Stalin“ zwei prägende historische Persönlichkeiten.

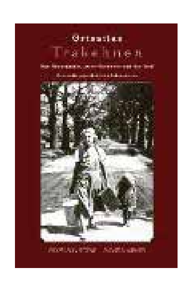
Da die Integration von Spätaussiedlern im kulturellen Bereich seit mehr als zwei Jahrzehnten erklärtes Ziel der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus ist, steht auch die Förderung von jungen Russlanddeutschen im Mittelpunkt der Aktionen. Dieser Zielgruppe bietet das Haus verstärkt Raum für die kreative Entfaltung im kulturellen Sektor. Jüngst gab es anlässlich der „Nacht der Museen“ im Eichendorff-Saal ein abwechslungsreiches Musikprogramm mit dem Titel „east meets west“, an dem sich Musiker mit russischem Hintergrund beteiligten. Zu ihnen gehört auch die Rockband „The Spiderpigs“, die langjährige Hausband des Gerhart-Hauptmann-Hauses.

Weitere interessante Veranstaltungen mit, über und für Russlanddeutsche sind in der zweiten Jahreshälfte geplant.

Dieter Göllner

Trakehnen bewahrt

Ortsatlas gibt umfassende Auskunft



Wer Trakehnen hört oder liest, denkt an Pferde. Die spielen in dem umfangreichen Werk auch eine wichtige Rolle; im Mittelpunkt der Darstellung aber stehen die Landschaft, die Landwirtschaft und die Menschen, die in dieser Region gelebt haben. Die Autoren schlagen einen großen Bogen: vom Anbeginn der Siedlung im 16. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Wolfgang Rothe kommen dabei seine langjährige Erfahrung und Beschäftigung mit einschlägigen Themen zugute, beiden das reichhaltige, zum Teil bisher noch nicht zugängliche Material, das sie über Jahrzehnte gesammelt haben.

Dokumtente und Darstellungen gegen das Vergessen

Entstanden ist ein imposantes Werk, das wohl keine Frage auslässt, die man im Zusammenhang mit Trakehnen stellen könnte. Zeitzeugen und ihre Nachkommen finden ihr Haus und den engsten Lebenskreis bis ins Detail dokumentiert. Aber es ist auch für diejenigen, die der Assoziation „Trakehnen = Pferde“ folgen, eine unerschöpfliche Fundgrube. Darüber hinaus gewinnt es an Bedeutung nicht nur für Leser, die einen persönlichen Bezug zu Trakehnen haben oder für solche, deren Wurzeln in Ostpreußen liegen. Im Grunde ist es mit seinen 900 Abbildungen, davon 200 farbig, 100 Karten und Kartenausschnitten, 50 historischen Urkunden und Tabellen, 17 Einwohner-Legenden sowie bisher unveröffentlichten Fotos ein gegliedertes und sortiertes Archiv. Die gut lesbaren Einführungsartikel zum Beispiel über die Siedlungsgeschichte mit Unterkapiteln zu den Preußischen Reformen, dem Schulwesen und der aktuellen Situation sind nicht nur informativ, sondern machen das Buch zu einem unverzichtbaren Hilfsmittel für jeden, der sich mit dem Thema „Ostpreußen – nicht nur der Pferde wegen“ beschäftigt.

Insofern ist das Buch eine wichtige Quelle für das, was man das kollektive Gedächtnis nennt. Was wird man in einigen Jahrzehnten von Ostpreußen und speziell von Trakehnen noch wissen? Der Blick in Schulbücher verheißt nichts Gutes. Umso wichtiger ist es, dass in vorhandenen Landesmuseen, aber auch sonst in Bibliotheken, Dokumente und Darstellungen verfügbar sind, die Auskunft geben über ein Land, das mehr und mehr aus dem Gedächtnis verschwindet. So wichtig es ist, dass den jetzt dort ansässigen Bewohnern Unterstützung zuteil wird; für die Bewahrung der Geschichte ungleich wichtiger ist, dass festgehalten wird, was war, wie es entstanden ist und wie es sich verflüchtigt hat. Dies wird von manchen Vertretern von Vertriebenenorganisationen übersehen, wenn es um die Frage geht, was bleibt und wie es konserviert wird. Das Werk von Rothe/Wiemer bietet dazu einen kaum zu überschätzenden wertvollen Beitrag. *George Turner*

Wolfgang Rothe/Daniela Wiemer: „Ortsatlas Trakehnen – Das Hauptgestüt, seine Vorwerke und das Dorf“, 560 Seiten, 49,90 Euro (incl. Versand im Inland). Bezug: info@wolfgangrothe.de; d-wiemer@versanet.de

geringe Länge oder Dauer – Weltmacht (Abk.) – verborgen – himmelblaue Farbe – Kontinent – griechischer Buchstabe – ukrain. Schwarzmeerhafen – Staat in Nahost – Fehlschlag (engl.) – starke Abneigung – oberägyptische Stadt – auf etwas, jemanden zu – amerik.-engl. Dichter (T. S.) – Stückmaß (12 Dutzend) – Art und Weise (lat.) – Grundbesitzer im Mittelalter – Glücksspiel (Kzw.) – Stimmzettelbehälter – Anpflanzung – spanisch: Fluss – chirurgisch eingreifen – Getreidespeicher – baumlose Kältesteppe – luftförmiger Stoff – Kanal in dt. Küstenstädten – ein Blechbläser – Schiff zum Übersetzen – italienische Weinstadt – wirklich – Vereinswechsel (Berufssportler) – Sperrklinke – Wendekurve – ausgenommen, frei von – holländischer Käse – Täuschung – dramat. erzählendes Gedicht – Fadenverknüpfung – gespaltenes Stück Holz – Kanton der Schweiz – regnerisch und kühl – Gewebe in Köperbindung – Lochvorstecher, Pfriem – anschnallen – getalisüchtig; eingebildet – Zauberwesen; Zauberwurzel – Raubfisch – Wanderhirt – Flugzeughalle – Rasenpflanze – griechische Göttin – Gliederreißen – astrologisches Kartenorakel – Kirchenmusikinstrument – Stadt am Niederrhein (NRW) – Branntwein aus Wermut – knielanger Anorak – im Kehlkopf erzeugter Klang – unverfälscht – besonders; außerdem – Gesichtspartie – Monatsname – männliches Borstentier – Körperorgan – freundlich – franz. Kurort an der Riviera – indianisches Pfeilgift – span. Sängerin (Montserrat) – rentieren, von Nutzen sein – Kopfbedeckung – Teil des Essbestecks – stehendes Binnengewässer – kontra; trotz – britischer Südpolarforscher (Robert F.) – Affodillgewächs, Heilpflanze – Kopfschmuck des Herrschers – Schaumwein – Aufgeld – schlechte Angewohnheit – Angestellter e. Geldinstituts – Stadt in Mittelitalien, am Arno – Zitterpappel – runde Schneehütte der Eskimos – Begrenzung einer Fläche – Anzahl kleiner Lebewesen – persönl. Fürwort (dritte Person) – Leiter, Treppe außenbords – kurz für: in dem – Kfz-Zeichen Bayreuth – Schreitvogel, Sichler – Trinkgeld – Schmuckstein – chem. Zeichen für Nickel – Kraftfahrzeugart – farb- und geruchloses Heizgas – Musik: Übungsstück (franz.)

PAZ11_25

So ist's richtig:

V A O O I F A G
KUERZE MODUS LEHNSHERR
SR URNE E RIO A SILO
HASARD GAS A POSAUNIST
T TRANSFER PS A O U
FAEHRE BALLADE KNOTEN
SCHEIT A E SERGE H DD
TK ALRAUNE T I HANGAR
EITEL UA ATHENE RHEUMA
GRAS A ORGEL RE
G STIMME EXTRA
PARKA WANGE AE B
KURARE D CANNES
LOEHNEN HUT BI
SCOTT I ENTGEGEN
A SEKT UNART
BANKER TA S B H
FALLREEP GETIER
LO O IBIS GLAS
KLEINBUS OPAL NI
E METHAN ETUEDE

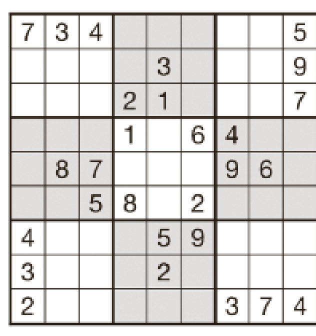
Diagonalrätsel: 1. Blabla, 2. Marine, 3. Finale, 4. Tonarm, 5. Patent, 6. Schule – Banane, Ananas

Kreiskette: 1. Timbre, 2. Tarife, 3. Wirbel, 4. Leiter, 5. Mieter – Mitarbeiter

Sudoku:

7	3	4	9	6	8	1	2	5
8	1	2	7	3	5	6	4	9
5	9	6	2	1	4	8	3	7
9	2	3	1	7	6	4	5	8
1	8	7	5	4	3	9	6	2
6	4	5	8	9	2	7	1	3
4	7	1	3	5	9	2	8	6
3	6	8	4	2	7	5	9	1
2	5	9	6	8	1	3	7	4

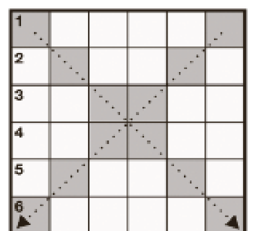
Sudoku



7	3	4						5
				3				9
			2	1				7
			1		6	4		
	8	7				9	6	
		5	8		2			
4				5	9			
3				2				
2						3	7	4

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



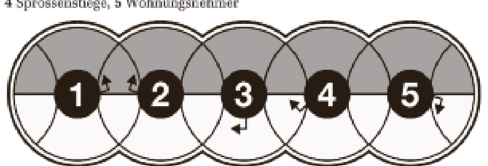
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei Südfrüchte.

1 leeres Gerede
2 Flottenwesen
3 Endrunde, Schlusskampf
4 Teil des Plattenspielers
5 Erfindungsschutzurkunde
6 Lehranstalt

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Arbeitskollegen.

1 Klangfarbe der Stimme, 2 Preisverzeichnisse, 3 Schlagwechsel (Trommel), 4 Sprossenstiege, 5 Wohnungsnehmer



»Flucht, Vertreibung, Eingliederung«

Ein Oberstudiendirektor wird für seine Bemühungen um Freundschaft mit den östlichen Nachbarländern ausgezeichnet


Eckhard Scheld Bild: PAMO

Nach eingehender Beratung wurde von über 50 Kandidaten Studiendirektor Eckhard Scheld als verdienter Preisträger vorgeschlagen. Der Hessische Sozialminister Stefan Grüttner folgte diesem Vorschlag.

Eckhard Scheld arbeitet an der Wilhelm-von-Oranien-Schule in Dillenburg. Darüber hinaus ist er seit Jahren in der Lehrerbildung tätig und führt Schülerbegegnungen vor allem in östliche Nachbarländer durch. Unter ihnen ragt eine heraus, die jetzt auch bei der Preiszuerkennung eine Rolle spielte. Sie liegt bereits 20 Jahre zurück und führte 1991 zu einer Schülerbegegnung in der Stadt Aussig an der Elbe (Ústí nad Labem). Die Schüler der 10. Klasse der Wilhelm-von-Oranien-Schule hatten sich bereits im Jahr zuvor sehr intensiv mit dem deutsch-tschechischen Verhältnis beschäftigt und an dem hessischen Schülerwettbewerb „Aufbruch in ein neues Europa“ teilgenommen. Mit dem Gewinn aus dem Wettbewerb verwirklichten sie dann die einwöchige Studienreise. Dr. Stingl hatte für die Hessische Landeszentrale für politische Bildung zur Begründung des Sonderpreises an die Schüler formuliert: „Anerkennung verdient insbesondere das vielfältige Engagement für die Verständigung zwischen beiden Völkern.“

Heute auf diese Begegnung angesprochen, berichtet Eckhard Scheld, dass er 1990 – wie fast alle Welt – neugierig auf die Entwicklung in der Tschechoslowakei unter ihrem damals charismatischen Präsidenten Václav Havel war. Dieses Gefühl habe sich auf die Schüler übertragen und bei einigen sogar zu Begeisterung geführt. Diese hatten bereits während des Wettbewerbs einen offenen Brief an den Primator der Stadt Aussig gerichtet mit der Bitte, an der Elbebrücke eine Gedenktafel zur Erinnerung an das Massaker von 1945 anzubringen. Eine Antwort erhielten sie nicht. Das ungesühnte Massaker ließ den deutschen Schülern aber keine Ruhe. Sie schrieben dann an Jirí Gruša, den tschechoslowakischen Botschafter in Bonn, der zur deutschfreundlichen Elite seines Landes gehörte und aufgeschlossen genug war, die Idee gut zu finden und die Schüler in ihrem Anliegen zu bestärken. In die Hoheit der Stadt konnte er zwar nicht eingreifen. Er ermutigte aber die Dillenburger Schüler in ihren Bemühungen auch zum Besuch ihres tschechischen Nachbarlandes „das nach langer Zeit mit offenen Händen seine Gäste empfängt“.

Ihrem Fachlehrer Eckhard Scheld war es inzwischen gelungen, zur Durchführung einer Schülerbegegnung mit dem örtlichen „Gymnazium Stavbaru“ Kontakt aufzunehmen. Die Schüler erlebten bei dieser Begegnungsreise in Aussig und trotz der Abweisung durch den Primator einige unerwartet interessante Tage mit den tschechischen Schülern. Sie wurden begleitet von dem Schriftsteller Ota Filip und einem Team des Bayerischen Rundfunks.

Nicht wenig erstaunt waren die deutschen Schüler, als sie mit den tschechischen Mitschülern und Lehrern über das Geschehen auf der Brücke sprechen wollten. Die tschechischen Schüler und offenbar auch die Lehrer wussten fast nichts. Das tat der Freundschaft der jungen Leute keinen Abbruch. Der Begegnung in Aussig folgte der Gegenbesuch der tschechischen Schüler 1992 in Dillenburg. Für eine Gedenktafel an der Aussiger Brücke war die Zeit Anfang der 90er-Jahre noch nicht reif. Aber diese Aktion wurde jedenfalls zu einem kleinen Anstoß, der die Bewegung zu einem Strom anschwellen ließ, der schließlich allen Hindernissen zum Trotz im Jahre 2005 zu der ersten Gedenktafel an den Pogrom auf der Brücke führte. Nach Anregung ihres Lehrers hatten die Schüler nach der Devise gehandelt, wer der Wahrheit zum Sieg verhelfen wolle, dürfe sie sich nicht selbst überlassen.

Schüler gaben nicht auf – seit 2005 erinnert Gedenktafel an das Massaker von Aussig

Mitentscheidend für die Zuerkennung des Preises waren auch zwei DVDs über den „Weg der Königsberger Diakonissen von Königsberg nach Wetzlar“. Ein Unterrichtsprojekt zur Spurensuche in Hessen am Altenberg bei Wetzlar, das über die Zwischenstation Berlin bis Königsberg weiterführte, brachte die Schüler dazu, diesen Film zusammenzustellen. Die unterrichtliche Entfaltung des Projekts und die Mobilisierung der Fertigkeiten der beteiligten Schüler brachten es mit sich, dass der Film auch in Russisch synchronisiert werden konnte und somit das Projekt auf diese Weise eine besondere Wirkung der Verständigung im Königsberger Gebiet bewirkte. Es sei nur darauf hingewiesen, dass das russische Personal des heute weiterbestehenden Krankenhauses in Königsberg eine genaue Information darüber sehen kann, wer ihr Krankenhaus zu preußisch-deutscher Zeit gegründet hat, wie das Schicksal derer verlief, die es einst vor ihnen führten und wie die Wetzlarer Diakonissen nach der Wende den Königsberger Schwestern geholfen haben.

Eckhard Scheld hat mit Schülern und Lehrern – auch über Hessen hinaus – zahlreiche Begegnungen angeregt und durchgeführt. Schüler führt er immer wieder bei Projekt- und Hausarbeiten sowie in Wettbewerben zu Höchstleistungen. Das geht weit über die üblichen Pflichten eines Lehrers hinaus. Einige Male wurde das im Lande Hessen bereits bekannt. So verlieh ihm 2007 der Magistrat der Stadt Dillenburg für die engagierte Verständigung zwischen Menschen verschiedener Religionen und Herkunft die Charlotte-Petersen-Medaille. 2009 erhielt er die Goldene Ehrennadel der Landsmannschaft der Russlanddeutschen, da er, wie die russlanddeutsche Autorin Nelly Däs dabei anmerkte, nicht nachlasse in seinem Bemühen, russlanddeutschen Kindern nicht nur eine Chance zu geben, sondern ihre Fähigkeiten erkenne und ihnen Mut mache, sie zu nutzen. Am 18. Juni erhielt er nun – wie es in einem Text heißt – in Anerkennung seiner Verdienste als außerordentlicher Anreger und Inspirator vieler Schüler und Lehrer den Hessenpreis „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“ des Jahres 2011.

Gerolf Fritsche

Sandkastenspiele

Neid und Freundschaft dicht beieinander

Hubert Moser schlenderte durch den kleinen Park. Er strebte dem Spielplatz zu, auf dem reges Treiben herrschte. Junge Mütter saßen reihum auf den Bänken, unterhielten sich miteinander und warfen ab und zu besorgte Blicke auf ihre spielenden Kinder. Zufrieden lächelnd setzte sich Hubert auf eine gerade frei gewordene Bank, und seine neugierigen Blicke verfolgten das Spiel der Kleinen. Hier war doch wenigstens mal etwas los!

Auf der langen Rutsche ging es friedlich zu. Keiner schubste seinen Vordermann hinunter, jeder wartete geduldig, bis er dran kam. Auch auf den beiden Schaukeln herrschte Einigkeit. Die Mütter ließen sich in diesen Frieden fallen und erholten sich. Der alte Herr auf seiner Bank nickte ein wenig ein, schreckte aber durch lautes, wütendes Geschrei wieder auf.

Im Sandkasten war Krieg ausgebrochen. Zwei Blondschöpfe stritten sich. Der mit dem runden, rosigen Gesicht, ungefähr zwei Jahre alt, brüllte wie am Spieß, der etwas größere mit der Schmachtlocke über der Stirn schrie beinah noch lauter: „Blödkopf, du hast meine Burg kaputt gemacht!“

Die beiden Jungen saßen mit etwa einem Meter Abstand nebeneinander und hatten eben noch friedlich Schippe auf Schippe zu ihrer ganz persönlichen Burg gehäuft, bis der mit dem runden Gesicht merkte, dass sein Werk aus Sand etwas kleiner geraten war als das des anderen. Da kam Neid auf, und mit einem Wutschrei hieb er das sandige Ärgernis mit ein paar schnellen Schlägen kurz und klein. Schmachtlocke geriet in Zorn und tat mit Mondgesichts Burg das Gleiche. Nun wurde es gefährlich, denn die beiden Streithähne setzten ihre Schippen als Schlagzeuge ein.

Im Nu waren ihre beiden Mütter zur Stelle. Die zu Mondgesicht gehörte, stand schon am Rande des Sandkastens, die andere, deren Söhnchen Schmachtlocke war, stiefelte mitten hinein ins Vergnügen und entriss den bösen Buben, der ihren Sohn bedrohte, die Schippe. Geschrei und Tränen im Sandkasten ohne Ende.

Auch die beiden Frauen schrien sich an. „Ihr unerzogenes Balg verdient Prügel“, drohte die eine, die andere konterte mit überschwappender Stimme: „Ihrer hat doch angefangen, ich habe es genau gesehen!“

Empört oder amüsiert verfolgten die Mütter ringsum das hässliche Geschehen, aber sie mischten sich nicht ein. Ein paar Kinder standen daumenlutschend um den Sandkasten herum. Hubert Moser ging jetzt langsam auf den Kriegsschauplatz zu, wo das heftige Gezeter der beiden Frauen noch zunahm.

Kleine Streithähne fordern ihre Mütter heraus

Sanft fasste er die ihm zunächst Stehende an der Schulter und zeigte auf die beiden Kleinen. Die saßen mit tränen- und rotzverschmierten Gesichtern zufrieden lächelnd nebeneinander und schippten Sand. Sie bauten Schippe auf Schippe an einer Burg.

Die Frauen sahen sich kurz an. Schmachtlockes Mama lachte verlegen, während Mondgesichts Mutter kopfschüttelnd meinte: „Das ist ja 'n Ding!“ Beide gingen zu ihren Bänken zurück und wussten nicht, wo sie hinsehen sollten.

Der alte Herr saß da und wartete. Fünf Minuten lang herrschte Ruhe, dann hieb Schmachtlocke mit seiner Schippe auf die Burg ein. Mondgesicht tat es ihm nach und traf versehentlich die Hand des anderen. Wiederum lautes Gebrüll. Aber ihre Mütter kümmerten sich nicht darum. Sie saßen nebeneinander und tauschten Rezepte aus. Aus den Augenwinkeln heraus schielten die beiden Schreihälse zu ihnen hin, doch als keiner reagierte, schnieften sie kurz auf, griffen sich ihre Schippe und fingen an, eine neue Burg zu bauen, dieses Mal jeder seine eigene. Hubert Moser lächelte.

Gabriele Lins

Hannas Kette

Etwas war da, was ihn an damals, an die Sommer in Ostpreußen erinnerte: Bernstein

Der Fernzug läuft auf dem Hauptbahnhof ein und hält. Türen werden aufgerissen. Winken, Rufen, Freude des Wiedersehens, zögernde Begegnungen. Der Lautsprecher verkündet einen Zehn-Minuten-Aufenthalt. Ein älterer Herr lehnt an einem der offenen Zugfenster, zündet sich eine Zigarre an und blickt dann mit dem müden, etwas gelangweilten Gesicht eines Mannes, der oft auf Reisen ist, auf den Bahnsteig. Er winkt einen Zeitungshändler herbei und tritt in das Abteil an der anderen Seite des Wagens zurück. Er setzt sich in eine Fensterecke des Abteils, fingert nach der Brille in seiner Westentasche und starrt auf das Nachbargleis, auf dem gerade ein Personenzug einfährt. Ihm gegenüber befindet sich nun ein Fenster des anderen Zuges. Er kann das Abteil sehen, in dem sich die Menschen zur Ausgangstür drängen. Nur eine Frau bleibt leicht zurückgelehnt in der gegenüberliegenden Fensterecke sitzen. Eine Frau mit weißem Haar. Sie hebt einmal flüchtig den Kopf. Die dunklen Gläser der Sonnenbrille lassen nicht erkennen, wohin sie blickt. Dann neigt sie sich wieder über das aufgeschlagene Buch. Der Herr rückt seine Brille zurecht und schlägt die Zeitung auf. Aber er liest nicht. Sein Blick trifft die Armbanduhr, doch er sieht die Zeiger nicht. Irgendetwas war doch eben da, was bekannt, ja vertraut schien. Eine Erinnerung – woran? An einen Sommer vor langen, ach wie langen Jahren. An einen Sommer an der See, da oben irgendwo – ja, in Ostpreußen! Aber was war es gewesen? War es so plötzlich gekommen, ganz ohne Grund? Es hatte doch nie mehr an diesen Samlandsommer gedacht. Höchstens einmal sehr flüchtig, wenn das Gespräch auf Ostpreußen kam. Ja, da bin ich auch gewesen... Er schüttelt den Kopf und zieht die Brauen zusammen. Sein Blick fällt auf die Frau am anderen Fenster. Man kann nur das Haar sehen, die Brille, den Nasenrücken, den Hals. Die Kette! Denkt der Herr im Kopenhagen-Express. Natürlich, das war es! Die Kette! Es ist eine Bernsteinkette, aus unregelmäßigen, rohen Stücken zusammengefügt: braune, rötliche, gelbbraune, matte und dann leuchtend helle, honigfarbene.

Hanna, denkt der alte Herr.

Ja, sie hieß Hanna. Sie trug solch eine Kette. Er und sie hatten die Bernsteinstückchen aus dem Muschelrand des Meeres gesucht, damals in jenem Samlandsommer, als er drei Monate lang in Groß-Kuhren wohnte. Oder war es Klein-Kuhren? Ach, wer soll das jetzt noch wissen? Aber Hanna ist noch da. Hanna mit ihren hellen, fast grünen Augen, die genau so waren wie der Himmel über der See, dieser unfassbar helle, perlmuttene Sommerhimmel. Hanna, das ist blondes, glattes Haar, ist sonnenbraune Haut, ist ein großer Mund, der so gut lachen kann. Hanna, das ist eine feste, ein wenig raue Mädchenhand, die in der seinen liegt, das sind schlanke, kräftig ausschreitende Beine, um die auslaufende Wellchen kreiseln, ist ein nasses Gesicht unter glatter Badehaube, die sich hinter der brandenden Woge emporreckt. Hanna, das ist Kühle der See und Glut des Sommertages, sind blaue Lupinen – wo hat er je wieder solche blühenden Lupinenhänge gesehen wie an der Steilküste da oben? Sie arbeitete in jenem Sommer in einer kleinen Pension, die einer Tante gehörte. In den zwei spärlichen Mittagsstunden, wenn sie sich an der Bank bei den Vogelbeerbäumen trafen – Quitschen, sagte Hanna, so fällt es ihm ein –, war Hanna oft müde. Dann gingen sie zum Strand hinab, Hanna kuschelte sich in den warmen Sand, und es geschah nicht selten, dass sie dabei einschlief. Er beobachtete dann, auf in den Sand gestützten Ellenbogen, ihr




Bernstein: Weckt Gedanken an die Samlandküste Bild: privat

Gesicht, das wie eine großflächige, vertraute Landschaft war mit dem im Schlaf leicht nach oben gezogenen Brauen, die in solch reizvollem Gegensatz zu den blonden Haaren standen und mit der geraden Nase, durch deren Flügel das Sonnenlicht schimmerte. Das Gesicht begann zu leben, wenn Hanna erwachte und die Augen aufschlug. Er hatte die Augen oft gemalt, aber das Helle, Leuchtende, hatte er nie wiederzugeben vermocht.

> Nur selten dachte er an jenen Sommer im Samland

Ja, damals hatte er noch die Illusion gehabt, Maler zu werden. Deshalb war er für jenen Sommer nach Ostpreußen gegangen – „dort, wo das Licht zu Hause ist!“, hatte sein alter Professor gesagt. In welch einem anderen Leben war das gewesen? Und was hatte ihn zurückgeführt? Ach ja, die Kette! Er blickte wieder hinüber zu der Frau, die nicht aufsieht. Aber die Kette ist da, die Kette aus Bernsteinstücken. Hannas Kette! Fast jeden Tag hatten sie etwas am Strand gefunden, kleine honiggelbe Splitter und größere, matte, fast hornige Stücke. Eines Tages war Hanna zu ihm gekommen und hatte ihre Schachtel mitgebracht. Sie hatten die schönsten, meist klaren Stücke herausgesucht, sie mit einer glühenden Nadel durchbohrt und auf eine Schnur gezogen. Als er Hanna die Kette um den Hals legte, hatte er sie geküsst. Es gibt nichts, was dir besser stehen könnte, Hanna – hatte er gesagt. Und dann hatte er sie gemalt.

Wo war das Pastell, wo waren die Bilder aus jenen Tagen? Irgendwo in Berlin unter Mauerschutt. Unter neuen Wohnblocks, unter Straßenpflaster, unter grünen Anlagen. Verbrannt, verweht, vergraben – als wären sie nie gewesen. Und er? Heute ein erfolgreicher Immobilien-Makler, auf Großprojekte spezialisiert. Wie der Schwiegervater, dessen Firma er übernommen hatte. Irene, seine Frau, die eine sichere Existenz wollte. (Nur keine Halbheiten, mein Lieber!) Das Haus am Rand der großen Stadt, ein schöner Besitz, gepflegt, viel bewundert und noch mehr beneidet. Die Kinder, die Töchter verheiratet, gut situiert, der Junge selbstsicher wie der Großvater. Und dann die Enkel, zwei, bald drei ...

„Wenn wir eine Tochter haben, soll sie Hanna heißen wie du ...“, hatte er das wirklich einmal gesagt?

> Statt Maler wurde er erfolgreicher Immobilienmakler

Der Mann schreckt auf: Sein Zug fährt ab. Er beugt sich vor und sieht noch einmal zu der Frau in dem stehenden Personenzug hinüber. Sie hat das Buch sinken lassen, nimmt die Brille ab. Nun sind sie ganz nahe beieinander. Sie hebt den Kopf, und blickt ihn an.

Es ist ein stilles Gesicht mit einem dünnen Mund, blass und sehr müde. Ein fremdes Gesicht, mit fremdem Blick. Nur die Augen sind so, als warteten sie darauf, in den Himmel zu blicken: ganz hell, von grünlichen Blau. Augen, die Weite suchen, um sich darin wiederzufinden. Dann ist alles vorbei.

Ruth Geede

Heimatmuseum

Mit dem Rad zum Käthe-Kollwitz-Raum

In der Zeitung steht ein Hinweis auf eine Ausstellung von Werken der jungen Käthe Kollwitz in der Ostdeutschen Heimatstube in Bad Zwischenahn, und weil ich heute gut drauf bin und mir die 16 Kilometer mit dem Rad zutraue, fahre ich sofort nach dem Mittagessen los.

Wie lange will ich nicht schon das Museum besuchen und immer wurde nichts daraus. Nun aber freue ich mich, dass ich es schaffe, und als das Zwischenahner „Meer“ auftaucht, bin ich fast glücklich. Weil das Museum erst um 15 Uhr öffnet, bestelle ich mir erst mal ein Stück Plunder und Kaffee im Café am See, der zwar nicht so romantisch wie der heimatliche Spirdingsee ist, aber immerhin befährt ihn sogar eine „weiße Flotte“.

> Auch eigene Heimatschätze sind willkommen

Jetzt zur Heimatstube, die auf dem Winkel sein soll, und tatsächlich, da ist das Haus. Eintritt 2 Euro, ermäßigt 1 Euro. Das ist doch mal ein Preis. Dann die große Überraschung, in dem kleinen netten Museum präsentieren sich viele Exponate aus der Heimat, und ich sehe schon, ich werde öfter kommen müssen.

Käthe Kollwitz ist ein ganzer Raum vorbehalten, und schon gleich auf dem Flur geht es mit ihren Werken los. In einer Ecke ganz beeindruckend ihre Piéta, die sie anlässlich des Todes ihres gefallenen Sohnes geschaffen hat. An den Wänden hängen viele Bilder von ihr, darunter ein Zyklus zu den „Webern“ von Gerhart Hauptmann. Die Bilder rühren mich tief an.

Mir fällt der Roman „Heimatmuseum“ von Siegfried Lenz ein, und ich spreche darauf die Leiterin des Heimatmuseums an. Wie ich höre, wird alles ehrenamtlich gemacht. Toll. Respekt und Hochachtung. Sie führt mich durch die übrigen Räume, macht mich auf das Prunkstück des Monats aufmerksam: eine Bluse der Kaschuben, bestickt in den typischen Farben. Wunderschön. An den Wänden viele alte Postkarten und Fotografien, in Vitrinen allerlei alter Kram und Kleinkram, bei dem mir der alte Bierflaschenverschluss von der Kinderhöfer Brauerei aus Gerdauen einfällt, den ich einem kleinen Russenjungen für fünf „Marka“ abkaufte. Den ganzen Tag wich er mir nicht von der Seite.

Weil sich niemand so recht für meine Heimatschätze begeistern kann, habe ich die Erleuchtung und frage, ob die Heimatstube nicht daran interessiert ist, denn ich bin alt und würde mich freuen, wenn die Stücke ihren Platz finden würden. Und ob, die Dame ist begeistert.

Ich verspreche, bald zu kommen, aber erst noch einmal zu Käthe Kollwitz zurück und während ich die Bilder erneut auf mich einwirken lasse, erfasst mich tiefe Dankbarkeit, dass alles so ist, wie es ist. Da kommt mir plötzlich das Lied in den Sinn, das wir als Kinder sangen, wenn wir sammelnd unterwegs waren „... Lumpen, Eisen, Knochen und Papier, ausgeschlagne Zähne sammeln wir, Lumpen, Eisen, Knochen und Papier, ja das sammeln wir für Adolf ...“ na und so weiter. Was haben wir uns wohl bei den ausgeschlagenen Zähnen gedacht? Vergiss es.

Muss man erst über das tauende Haff gegangen sein, alles verloren haben, was im weitesten Sinne Heimat ausmachte, um etwas zu verstehen und zu begreifen?

Jetzt aber nach Hause. Mit Wind im Rücken fährt es sich wie von selbst. Gedanken kommen und gehen. 16 Kilometer betrug auch die Entfernung zwischen Barten und Gerdauen, wo ich zur Schule ging, und wie gern wäre ich diese Strecke jetzt, wo sich der Ring schließt, noch einmal gefahren mit dem Fahrrad. Leider nicht möglich, weil genau zwischen den mir so vertrauten Orten die Grenze verläuft.

Fazit dieses Nachmittages: So 'n Heimatmuseum hat was! – *Christel Bethke*

Inseln der Erinnerung im Meer des Vergessens

Ein preisgekröntes Bremer Projekt belebt mit Kunst die Erinnerung von Demenzkranken

Derzeit sind in Deutschland etwa 1,3 Millionen Menschen an einer Demenz erkrankt. Experten rechnen für das Jahr 2030 mit einem Anstieg auf 2,5 Millionen. Jährlich werden 200 000 neue Erkrankungen diagnostiziert. In der Pflege gibt es unterschiedliche Therapien für Demenzkranke.

Mehr als 50 Jahre hat sie diese Worte nicht mehr geschrieben. Jetzt hat die 95-jährige Dame den Schriftzug säuberlich aufs Papier gekratzt – mit Tinte und Stahlfeder: „Marthe Maier". Hier kennen sie die alte Frau nur unter Marthe Kaiser. Frau Kaiser leidet wie rund 1,3 Millionen weitere Menschen in Deutschland unter Demenz und lebt schon lange im Bremer Seniorenheim „Sparer Dank". Ein Bild

Bild aus der Bremer Kunsthalle bewirkte ein kleines Wunder

aus der Bremer Kunsthalle hat nun das kleine Wunder bewirkt, dass Marthe Kaiser sich ihres Mädchennamens entsinnt, auf den sie 1915 getauft wurde – und ihn sogar aufschreibt: Marthe Maier.

Das Projekt heißt „Making Memories" und wird von der Bremer Kunsthalle und der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Bremen veranstaltet. Es setzt mit Kunst gerade bei dementen Menschen bewusst auf die Kraft des Gehirns. In bestimmten Bereichen des Gehirns der Erkrankten gehen allmählich die Nervenzellen und die Nervenzellkontakte zugrunde. Das Hirn wird buchstäblich löchrig. Die Kunst soll den Kranken nun helfen, im Meer des Vergessens Inseln der Erinnerungen anzusteuern, und damit ihnen und ihren Angehörigen lebendige Momente des Zusammenseins und der Reflexion über den Augenblick hinaus ermöglichen.

Solche Erfahrungen wie die von Marthe Kaiser und viele andere kleine Wunder erlebt die Bremer Künstlerin und Kunstvermittlerin Dina Koper häufiger bei ihrer Arbeit. Sie hat im Auftrag der Kunsthalle das Bild „Die Schulstube" von Gott-hard Kühl in den Kreis der rund 15 Seniorinnen und Senioren mitgebracht, die sich in dem hellen Gemeinschaftsraum von „Sparer Dank" treffen. Gut sichtbar hat sie das Ölbild auf eine Staffelei mitten im Raum gestellt. Langsam und geduldig hat sie dann die Neugier ihres besonderen Publikums auf das Bild gelenkt: zwei Jungs an einer Schulbank. Die beiden gucken eindeutig gelangweilt.

„Die müssen wohl nachsitzen und eine Strafarbeit machen", vermutet jemand aus der Runde. Durch die Butzenscheiben fällt mattes Licht in die Schulstube. Dunkle, schwere Möbel ringsum. Man ahnt das schöne Wetter draußen und wünscht sich mit den beiden Schülern ins Grüne.

Das Bild tut seine Wirkung. Zwei Minuten und drei Fragen später sind die Senioren in ihre eigenen Biografien eingetaucht: Schulzeit, Elternhaus, damals, früher. Nicht nur in Seniorenheimen, sondern auch direkt in der Kunsthalle bieten die Initiatoren in Kunst-Workshops „Making Memories" an. Seit Anfang 2010 profitieren auch Angehörige und Pflegende: In einem Kunst-Workshop für Pflegende und Erkrankte sowie einem dreistündigen Seminar nur für Pflegende erlernen die Teilnehmer, wie sie Kunst als unterstützendes Mittel bei Demenz einsetzen können.



Fördert die Kreativität von Demenzkranken: Das Bremer Projekt „Making Memories" Bild: Beneker

Im „Sparer Dank" hat Dina Koper inzwischen Schiefertafeln und Griffel auf die Tische gelegt. Alle beginnen, sich an ihre Schularbeiten zu erinnern. An das Fach „Schönschrift", die Namen der Lehrer sogar und wann sie als Schüler von der Schiefertafel auf Feder, Papier und Tinte umgestiegen sind. „Können Sie noch deutsche Schrift?", fragt Koper. Ja, klar, wer könnte das nicht? Buchstabe um Buchstabe, Wort für Wort malen die Senioren auf die Tafeln. Eine Gruppe greiser Erstklässler. Das reibende Geräusch der Griffel, eifrig geneigte Köpfe und wie in jeder Klasse auch ein paar Lustlose. Natürlich zieht die Kunstpädagogin dann auch für jeden Feder und Tinte aus der Tasche und Frau Kaiser schreibt ihren Mädchennamen. Dina Koper hat sogar einen Topf Geranien dabei – Blumen wie auf der Fensterbank der „Schulstube" abgebildet sind. Bruchstückhaft, aber umso lebendiger tauchen bei den alten Leuten Szenen, Bilder und Zitate aus alter Zeit auf. Die Senioren betasten die Pflanze, fühlen ihre behaarten Knospen und schnuppern an den Blüten. „Wenn die Sonne drauf schien, dann rochen die so", sagt da ein alter Herr, „darum war dann keine einzige Mücke mehr im Zimmer. Geranien hatten wir auch."

„Making Memories" überzeugte die Robert-Bosch-Stiftung so, dass sie das Projekt zusammen mit 13 anderen unter 150 Bewerbungen aussuchte und es zeitweilig im Rahmen des Programms „Menschen mit Demenz in der Kommune" förderte – inzwischen führt die Kunsthalle „Making Memories" allein fort.

Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann (CDU), hatte das museumspädagogische Unterfangen bereits im Sommer 2009 mit einem Sonderpreis für kulturelle Bildung ausgezeichnet. „Es geht (bei ‚Making Memories') nicht um ein konkretes therapeutisches Ziel", begründete die Jury die Verleihung. „Es geht um Anstöße, um Inspiration, um Lebenslust durch Kunst und Teilhabe am kulturellen Leben einer Gesellschaft."

Im „Sparer Dank" ruft Dina Koper mittlerweile fröhlich in die Runde: „Jetzt malen wir mal selber." Wie nicht anders zu erwarten, will niemand mitmachen. „Ich kann nicht malen!", „So ein Quatsch!", „Nee, ich nicht!", tönt es aus allen Ecken. Aber dann kann niemand Papier und Pastellstiften widerstehen.

Am Schluss sind die Zeichnungen fertig. Dina Koper hält ein Bild nach dem anderen in die Höhe. Versonnen betrachten die Senioren ihre Werke und rufen in den Raum, was ihre Bilder darstellen: „Fritz mit Kleid", „Puppenwagen der Schwester", „die Puppe Rosemarie".

Als die Gruppe im „Sparer Dank" nach fast anderthalb Stunden auseinandergeht, kündigt Dina Koper an: „Beim nächsten Mal werde ich ein Stillleben mitbringen, mit ganz viel Essen drauf!" Dann könne man sich an seine Leibspeise erinnern. „Oh, ja!", ruft da eine zarte alte Dame, die fast die ganze Zeit geschwiegen hatte, „Liebesperlen!"

Christian Beneker

Rückenoperationen

Es gibt schmerzlindernde Alternativen

Rückenschmerzen – fast jeder klagt darüber. Ursache ist die bei vielen Menschen berufsbedingte einseitige Belastung der Wirbelsäule. Der „Bewegungsapparat" (Arme, Beine, Hüfte, Hals und Wirbelsäule) ist zu einem „Sitzgerät" verkümmert. Wir sitzen Tag ein, Tag aus stundenlang erst im Auto, im Bus oder der Bahn, dann vor Monitoren, werktagsüber vorm Computer, abends und am Wochenende dann vorm Fernseher. Das geht vor allem auf die Bandscheiben. Bereits in jungen Jahren wird bei vielen Patienten mit Rückenschmerzen die Diagnose „Bandscheibenvorfall" gestellt. Meist folgt dann vom Orthopäden sehr schnell das Therapieangebot „Operation".

Im Jahr 2008 sind in Deutschland nach Angaben des GKV-Spitzenverbandes zulasten der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) 106 366 Bandscheibenoperationen vorgenommen worden. Kostenpunkt: rund 600 Millionen Euro. 2009 waren es schon 114 235 Eingriffe für knapp 690 Millionen Euro.

Wenn der renommierte Münchener Orthopäde Martin Marianowicz Recht hat, dann waren von den 114 235 Bandscheibenoperationen des Jahres 2009 rund 90 000 Eingriffe unnötig. Das jedenfalls behauptet er in seinem Buch mit dem recht ketzerischen Titel „Aufs Kreuz gelegt – Warum 80 Prozent der Rückenoperationen überflüssig sind". Der Rückenspezialist kennt die Beweggründe für die meist vorschnelle Entscheidung zur Operation. Der Patient will möglichst rasch seine Schmerzen loswerden. Und für den Arzt ist die Operationsempfehlung eine lukrative Sache. So entsteht eine unheilvolle und teure Allianz.

Marianowicz, der neben seiner orthopädischen Praxis in München eine Spezialklinik am Tegernsee leitet, hat 12 000 Fälle von Rückenpatienten analysiert: „Wir mussten weit unter 20 Prozent tatsächlich operieren." Seine alternativen Behandlungsmethoden erfordern zwar mehr Zeitaufwand (für Arzt und Patient), sind dafür aber nachhaltiger: Entzündungshemmer, Physiotherapie (Krankengymnastik, Massage) und Akupunktur bei leichteren Fällen; Schmerzkatheter, psychosomatische Betreuung und endoskopische Eingriffe (meist ohne OP) bei mittleren und schweren Fällen. Sein grundsätzlicher Rat für Schmerzpatienten, denen eine Bandscheiben-OP vom Arzt empfohlen wurde: „Holen Sie sich in jedem Fall eine zweite Facharzt-Meinung ein." *Siegfried Schmidtke*

Unbedingt zweite Meinung einholen

***Martin Marianowicz: „Aufs Kreuz gelegt. Warum 80 Prozent der Rückenoperationen überflüssig sind"**, Goldmann Arkana, München 2010, broschiert, 288 Seiten, 17,95 Euro*

Vorsicht, Gluten

Jeder 250. leidet an Zöliakie

Die Symptome für Zöliakie, eine chronische Erkrankung des Dünndarms, sind vielfältig: Blähungen, Magenkrämpfe, Durchfall sind einige, aber auch Rheuma und Übergewicht. Nach neuesten Erkenntnissen ist in Deutschland jeder 250. Mensch von Zöliakie betroffen. Wer dazuzählt, muss eine glutenfreie Diät führen, und zwar eine strenge. Das Klebereiweiß Gluten beziehungsweise die Unterfraktion Gliadin kommt in Getreidearten wie Weizen, Dinkel, Roggen, Gerste und Hafer vor. Beim gesunden Menschen wird die aufgenommene Nahrung im Dünndarm in ihre Bestandteile zerlegt und gelangt über die Schleimhaut in den Körper. Darmzotten vergrößern die Darmoberfläche und ermöglichen eine höhere Nährstoffaufnahme. Bei Zöliakie-Betroffenen führt die Zufuhr von Gluten zu einer Entzündung in der Darmschleimhaut, wodurch sich die Darmzotten zurückbilden. Die Folge ist eine mangelnde Nährstoffaufnahme, die oben genannte Beschwerden hervorruft.

Wer an Zöliakie leidet, weiß, wie schwer es oft ist, bei Familie, Freunden, Bekannten oder im Beruf zu essen. Immer nur Brot zum Mitnehmen kann es nicht sein. Das haben sich auch Mutter und Tochter Hagestedt gedacht und bei ihrem neuerschienenen Kochbuch gleich die Kategorie „Gerichte, die sich gut mitnehmen lassen" eingeführt. Außerdem steht über jedem Rezept, ob dieses auch laktosefrei zubereitet werden kann. Auf den Teil, in dem sie erklären, was Zöliakie ist und wie man damit umgehen kann, folgt ein umfassender Rezeptteil mit 150 Gerichten. Hauptgerichte, Beilagen, Desserts, Soßen und Dips, Kuchen und Kleingebäcke, Brötchen und Brote, an alles wurde gedacht. Die Rezepte sind nicht unbedingt ausgefallen, aber doch vielfältig. Stören lassen sollte man sich nicht an den Bildern: So war die Rezensentin doch etwas irritiert, als sie sich das Bild zum Chinesischen Tofueintopf anguckte und nackte Tofuwürfel mit Schnittlauch verziert sah.

Die Rezepte sind übersichtlich aufgebaut, haben eine gute Anleitung, geben nützliche Hinweise und lassen sich gut nachkochen. Gerade, wer mit der glutenfreien Küche Neuland betritt, dem ist dieses Buch zu empfehlen. Aber auch „alten Hasen" bietet dieses Buch nützliche Tipps, zum Beispiel die Verwendung von mehreren Mehlsorten zum Backen, um einen schönen Kuchen zu zaubern, der nicht gleich zerbröselt.

Weitere Informationen zum Thema Zöliakie findet man auf der Seite der Deutschen Zöliakie Gesellschaft e.V. unter www.dzg-online.de oder per Telefon (0711) 4599810. *Christiane Rinser*

***Inken Hagestedt, Stephanie Freundner-Hagestedt: „Vielfältig genießen bei Zöliakie. Lern-Kochbuch für die kreative glutenfreie Küche"**, Schlütersche, Hannover 2011, 240 Seiten, 19,95 Euro*

Weniger Kalorien

So werden Mäuse älter, nicht durch Sport

Eine verringerte Kalorienzufuhr verlängert die maximale Lebensspanne von Mäusen. Warum der gleiche Effekt nicht auch durch regelmäßiges körperliches Training erreichbar ist, haben amerikanische Forscher jetzt genauer untersucht. Danach wirkt sich bereits eine gemäßigte Hungerdiät positiv auf den Spiegel bestimmter Hormone aus, die für die Gesundheit wichtig sind. Körperliche Aktivität hingegen war dazu nicht in der Lage, bewirkt aber bekanntlich einen Schutz vor Gefäßleiden und anderen Krankheiten. In welchem Ausmaß die Ergebnisse der Tierversuche auf Menschen übertragbar sind, müssen die Wissenschaftler noch untersuchen.

Auch auf Menschen übertragbar?

„Schlank zu sein, weil man weniger isst, verlängert das Leben eher als schlank zu sein, weil man körperlich sehr aktiv ist", schließen Derek Huffman und seine Kollegen von der University of Alabama in Birmingham aus Experimenten mit Mäusen und Ratten. Sie beobachteten vor allem die Blutwerte des Hormons Insulin und des Wachstumsfaktors IGF-1 (insulin-like growth factor-1). Eine kalorienreiche Ernährung führte bei den Mäusen zu einem Anstieg beider Messgrößen. Der Insulinspiegel erhöhte sich immer, unabhängig vom Ausmaß der körperlichen Aktivität. Beim Wachstumsfaktor IGF-1 konnte körperliches Training die Höhe immerhin bedingt beeinflussen. Der Botenstoff IGF-1, der eine Vielzahl von Stoffwechselvorgängen reguliert und das Zellwachstum beeinflusst, war bei jenen Tieren am höchsten, die nach Belieben Nahrung aufnehmen konnten und sich insgesamt nur wenig bewegten. Die Blutwerte sanken allerdings mit körperlichem Training. Auf der anderen Seite erbrachte leichtes Hungern eine lebensverlängernde Wirkung. Die zeigte sich bereits bei einer 24-wöchigen Diät, wenn die Kalorienaufnahme nur um neun Prozent gedrosselt wurde: Der Blutspiegel von Insulin und IGF-1 sank. War die Kalorienzufuhr gar um 18 Prozent verringert, sank der Insulinwert noch stärker ab.

Während körperliche Aktivität bei den Mäusen nur schwache positive Effekte auslöste, könnte sie sich beim Menschen viel stärker auswirken, denn Bewegung und Sport senken insbesondere das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen, die beim Menschen die Lebenserwartung stärker beeinflussen als bei Mäusen. Die Resultate einer kalorienreduzierten Diät auf den Gesamtstoffwechsel müssten in Studien mit Menschen genauer geklärt werden. Es sei allerdings schwierig, so Huffman, für derartige Studien genügend Testpersonen zu finden, die längere Zeit freiwillig hungern wollen.

Corinna Weinert

Skurrile Charaktere

Heikles Thema als Roman

„Bücher sind nur dickere Briefe an Freunde", sinnierte einst der deutsche Schriftsteller Jean Paul. Um dicke Post an geliebte Menschen geht es auch in Astrid Rosenfelds Roman „Adams Erbe". Die 33-jährige Schriftstellerin und Schauspielerin wagt sich in ihrem Debüt an das heikle Thema der Judenvernichtung, das sie selbst nur aus Büchern kennt. Der gebürtigen Kölnerin gelingt der Spagat, ebenso humorvoll wie ergreifend vom Schicksal der Toten, Überlebenden und Nachgeborenen zu erzählen. Das Buch verwebt die Lebensgeschichten zweier Generationen der Cohens.

Edward Cohen führt im Jahr 2004 erfolgreich eine Modeboutique in Berlin. Als eine junge Engländerin seine Welt auf den Kopf stellt, schreibt er ihr in einem romanartigen Brief, wie er zu dem wurde, was er heute ist. Seinen Vater hat Edward nie kennengelernt. Im Berlin der 1980er Jahre wächst er bei seinen jüdischen Großeltern auf. Während der im KZ verrückt gewordene Großvater den ganzen Tag in der Dachkammer sitzt, nimmt die energische Großmutter Haushalt und Erziehung in die Hand. Die Mutter heiratet den lebenslustigen, etwas windigen Geschäftemacher Jack, der wie ein Vater für Edward ist. Zusammen reisen sie quer durch die Republik, bis Jack bei einem Autounfall stirbt.

Beim Durchstöbern des Nachlasses seiner Großmutter stößt Edward auf ein geheimnisvolles Paket. Darin findet er ein Manuskript seines verschollenen Großonkels Adam, der als schwarzes Schaf der Familie gilt. Dieser soll sich im Dritten Reich mit dem Familienschmuck aus dem Staub gemacht haben. Die Zeilen richten sich an Adams große Liebe Anna und enthalten viele Parallelen zu Edwards eigener verzwickter Situation. Atemlos liest er, wie Adam als jüdischer Junge unter dem NS-Regime in München aufwächst. Seine Großmutter ist die wichtigste Bezugsperson in seiner Kindheit und sorgt für den Unterhalt der ganzen Familie. Einer ihrer Verehrer, ein im Ersten Weltkrieg verwundeter Geiger, bewahrt die Cohens vor der Verfolgung und bringt Adam bei einem Gärtner in Sicherheit. Adam verliebt sich unsterblich in die polnische Jüdin Anna und folgt ihr, als die Gestapo sie 1938 nach Polen deportiert. Gefälschte Papiere geben ihn als Arier aus und mit Hilfe des mittlerweile zum SS-Sturmbannführer aufgestiegenen Hausfreunds der Großmutter wird er zum Rosenzüchter des deutschen Generalgouverneurs der besetzten polnischen Gebiete befördert. Bald erkennt Adam, was mit den Juden passiert, und begibt sich auf die gleichsam abenteuerliche wie lebensgefährliche Suche nach Anna, deren Spuren ins Warschauer Getto führen.

Der Autorin ist ein unterhaltsamer Roman mit einer Mischung aus geistreich-witzigen Dialogen, unerwarteten Wendungen und tragikomischen Verstrickungen gelungen. Der Leser schmunzelt über die skurrilen Charaktere angefangen bei Edward, über dessen Stiefvater Jack, den Elvis-Presley-Verschnitt, der neben Edelsteinen auch mit Schwimmflügeln handelt, bis hin zu Adams Großmutter, die alles Italienische liebt, ihren jüdischen Friseur Luigi nennt und Hitler, den „schnurrbärtigen August mit seinem Verein", für einen Säufer mit Wahnvorstellungen hält. Rosenfelds Situationskomik gleitet jedoch weder ins Lächerliche ab noch verkennt sie den tödlichen Ernst der Lage.

Sophia E. Gerber

***Astrid Rosenfeld: „Adams Erbe"**, Diogenes, Zürich 2011, geb., 385 Seiten, 19,90 Euro*

Mit dem letzten Zug geflohen

Zeitzeugen berichten über die Katastrophe von Grünhagen

Die Rote Armee hatte am 13. Januar 1945 ihre Winteroffensive mit einer mehrfachen Übermacht begonnen und schon nach zehn Tagen, am 23. Januar 1945, Ostpreußen vom damaligen Deutschen Reich abgetrennt. Tausende von Menschen versuchten in dieser kurzen Zeit verzweifelt und überstürzt, ihrem Schicksal zu entkommen und Ostpreußen auf dem schnellsten Weg zu verlassen, wobei die NS-Organe nur zögerlich und dann auch noch verspätet Fluchtgenehmigungen erteilten. Mit Trecks, Zügen, Schiffen, Flugzeugen oder zu Fuß versuchten die meisten Menschen, dem Chaos der nahenden oder sie überrollenden Front zu entkommen.

Wurde in der Vergangenheit der Flucht über die Ostsee, insbesondere im Zusammenhang mit dem Untergang der „Gustloff", bereits größere Beachtung geschenkt, so nimmt sich der Autor Heinz Timmreck, der aus Buchwalde im Kreis Osterode stammt, eines bislang wenig beachteten Themas an. In über 80 Zeitzeugenberichten wird auf sehr persönliche und von subjektiven Eindrücken geprägte Weise über die letzten Flüchtlingszüge aus Ostpreußen berichtet, die noch rechtzeitig die Weichselbrücken passieren konnten. Viele Flüchtlinge gelangten so nach Pommern, Mecklenburg, Berlin, Hamburg oder Sachsen.

Wer Verwandte im Reich hatte, versuchte zu ihnen zu gelangen und sich dort in Sicherheit zu bringen. Doch häufig war diese Sicherheit auch trügerisch, denn auch aus Pommern flüchteten bereits Tausende gen Westen. Viele aber schafften es nicht, einen der völlig überfüllten Züge zu besteigen, sie blieben in Ostpreußen zurück und der über sie hereinbrechenden Kriegsgewalt hilflos ausgeliefert.

Die menschliche Tragweite dieser Ereignisse wird anhand der zusammengestellten Zeitzeugenberichte sehr eindrucksvoll deutlich. Erstmals wird die Flucht mit der Bahn zusammenfassend dargestellt und füllt damit eine in der Literatur bestehende Lücke zum Thema „Flucht und Vertreibung".

Das besondere Verdienst des Buches besteht auch darin, dass die bisher weitgehend unbekannt gebliebene Flüchtlingszugkatastrophe von Grünhagen wohl erstmals in dieser Breite überhaupt dokumentiert und öffentlich thematisiert wird. Dabei waren nach aktuellen Schätzungen des Autors zwischen 4000 und 7000 Menschen davon betroffen.

Die damalige Reichsbahn setzte für die Flucht alle noch irgendwie fahrbaren Waggons aller Art ein. Um nicht zur Zielscheibe von Kampfflugzeugen zu werden, fuhr die Deutsche Reichsbahn die Flüchtlingszüge ohne Beleuchtung durch die eisigen Winternächte. Hierbei mussten die Weichen per Hand gestellt und Schneewehen weggeschaufelt werden. Die Eisenbahner haben pflichtbewusst bis zum nahen Heranrücken der Front ihren Dienst aufrechterhalten und sich um die Rettung Tausender Menschen verdient gemacht.

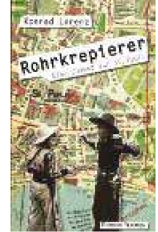
Beim Bahnhof von Grünhagen im Kreis Preußisch Holland fuhr dann ein Flüchtlingszug auf einen haltenden Lazarettzug. Ein weiterer Flüchtlingszug konnte nur mit Glück noch rechtzeitig gestoppt werden. Als am frühen Morgen russische Panzer die Unglücksstelle erreichten, kam es zu einem Beschuss der wartenden Menschenmenge, dem zahlreiche Zivilisten und auch einige deutsche Soldaten zum Opfer fielen. Die Autoren der hier vorgelegten Berichte waren Augenzeugen dieser Ereignisse, so auch Heinz Timmreck selbst, der damals erst siebeneinhalb Jahre alt war.

Das sehr sorgfältig zusammengestellte Buch gibt vielen der Überlebenden eine Stimme und bewahrt die traumatischen Erlebnisse – viele der Berichtenden waren zu dieser Zeit Kinder oder Jugendliche – auch im kollektiven Gedächtnis. Durch die nun vorgelegten bisher überwiegend unveröffentlichten Zeitzeugenberichte konnten die Umstände des Zugunglücks und der morgendlichen Beschießung durch russische Panzer in wesentlichen Teilen aufgeklärt werden. Es bleibt zu wünschen, dass diese Katastrophe nun auch in der historischen Forschung Aufnahme findet und auch in der breiteren Öffentlichkeit diskutiert werden kann.

In einem Zeitzeugenbericht wird auch über die Rückführung von Flüchtlingen aus Mecklenburg zurück nach Ostpreußen nach Kriegsende berichtet – auch diese Vorgänge sind bisher in der Öffentlichkeit kaum bekannt und nun dankenswerterweise zumindest in einem konkreten Fall dokumentiert.

Das Buch, dem auch ein Geleitwort des „Gustloff"-Experten Heinz Schön vorangestellt wurde, stellt eine umfangreiche Dokumentation zur Flucht mit dem Zug aus Ostpreußen und zur Zugkatastrophe bei Grünhagen dar und ist damit ein wichtiger Beitrag zur Aufarbeitung der hierin beschriebenen Geschehnisse. *Henry Kuritz*

***Heinz Timmreck: „Letzte Flüchtlingszüge aus Ostpreußen – Das Drama der letzten Flüchtlingszüge und die Zugkatastrophe bei Grünhagen im Kreis Preußisch Holland"**, Books on Demand, Norderstedt 2011, 220 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, gebunden, 26,90 Euro*



Eine Kindheit auf St. Pauli

Authentischer Blick auf einen besonderen Hamburger Stadtteil

Eine Kindheit auf St. Pauli, dem „Sündenbabel" von Hamburg, kann das gut gehen? Und ob. Liest man die Erinnerungen von Konrad (Kalle) Lorenz, dann gewinnt selbst der Hamburger Leser einen neuen Blick auf das Rotlichtviertel der Hansestadt. Die Kinder, die dort in der Nachkriegszeit heranwuchsen, kamen mit den Damen des horizontalen Gewerbes kaum in Berührung, wichtiger war ihnen das Spielen in den Trümmern und die Freundschaft unter Jungs, eben eine „ganz normale" Kindheit nach dem Krieg, wenn auch manche Spiele heute brutal anmuten. Eindrucksvoll schildert Lorenz die Rückkehr seines Vaters aus der Gefangenschaft und wie der mit einem Leben zurechtkommt, in dem die Frauen das Sagen haben. Er sei „wunschlos unglücklich" gewesen. Doch scheint der Sohn ihm näher zu kommen als Mutter und Großmutter, in deren Spannungsfeld Kalle aufwächst und dem er schließlich entflieht, indem er zur See fährt. Ein authentischer Roman über eine besondere Zeit. *os*

***Konrad Lorenz: „Rohrkrepierer – Eine Jugend auf St. Pauli"**, Edition Temmen, Bremen 2011, 384 Seiten, broschiert, 12,90 Euro*

Dokumente einer großen Liebe

Eine Biografie und Abschiedsbriefe erinnern an das Ehepaar von Moltke und sein Leben unter dem Nationalsozialismus

Am 29. März 2011 wäre Freya von Moltke, die Witwe des Widerstandskämpfers Helmuth James Graf von Moltke, 100 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass erschien eine Biografie von Frauke Geyken über von Moltke mit dem Titel „Freya von Moltke – Ein Jahrhundertleben 1911–2010", desgleichen der Briefband „Abschiedsbriefe Gefängnis Tegel – September 1944 – Januar 1945". Die Herausgeber sind Helmuth Caspar von Moltke, der 1937 geborene ältere Sohn von Helmuth James und Freya, und seine Schwägerin Ulrike von Moltke geborene von Haeften.

Freya von Moltke starb am 1. Januar 2010 in Norwich, Vermont (USA). Wie andere Frauen der „Männer des Widerstands" war sie Mitte der 80er-Jahre als Zeitzeugin an die Öffentlichkeit getreten. 1997 veröffentlichte sie ihre „Erinnerungen an Kreisau". Freya wusste um das Handeln ihres Mannes als einzelner Widerstandskämpfer im Rahmen seiner Stellung als Sachverständiger im Amt Ausland/Abwehr des Oberkommandos der Wehrmacht in Berlin. 1940 gründete er zusammen mit Peter Graf Yorck von Wartenburg eine Widerstandsgruppe, deren Treffpunkt sein Landgut Kreisau in Schlesien war. Die Mitglieder der unterschiedlich zusammengesetzten Gruppe berieten über gesellschaftspolitische Grundsätze für eine demokratische Nachkriegsordnung in Deutschland. Die meisten von ihnen bezahlten ihren Einsatz mit dem eigenen Leben. Als erster wurde Helmuth von Moltke im Januar 1944 verhaftet. Zunächst konnte man ihm nichts nachweisen, doch das änderte sich nach dem Attentat vom 20. Juli 1944. Am 11. Januar 1945 wurde Helmuth von Moltke im Prozess vor dem Volksgerichtshof von Roland Freisler wegen Hochverrats zum Tode verurteilt. Zwölf Tage später wurde er in Berlin-Plötzensee gehenkt.

Treffpunkt auf dem Landgut Kreisau in Schlesien

Helmuth von Moltke liebte sein Familiengut Kreisau, er kannte dort jeden Winkel. Heute ist das auf polnischem Staatsgebiet liegende Gut in seinem Sinne eine international ausgerichtete Gedenkstätte für Widerstand und Opposition. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wurde der Kreisauer Gedanke einer europäischen Verständigung auf Wunsch deutscher und polnischer Politiker mit Leben erfüllt. Es erfolgte mittels der 1990 gegründeten „Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung" eine Instandsetzung des verfallenen Gutshofs. 1998 konnte die Einweihung der Jugendbegegnungsstätte gefeiert werden. Freya von Moltke wirkte im Hintergrund mit. 2004 wurde die „Freya von Moltke-Stiftung für das Neue Kreisau" ins Leben gerufen.

Freya entstammte der Kölner Bankiersfamilie Deichmann. Ihrem späteren Mann begegnete sie in Österreich. Moltke bekannte sich früh zu sozialen Zielen, die er nach Übernahme des in schwierigeres Fahrwasser geratenen Gutes Kreisau 1935 auch umsetzte. Er entstammte einer traditionsreichen Adelsfamilie, war jedoch laut Geyken „unorthodox, nicht sehr preußisch" erzogen worden. Seine Mutter war eine englischstämmige Südafrikanerin, der Vater engagierter Mitbegründer der „Christian Science". Man unterhielt Kontakte zu einflussreichen englischen Familien. Geyken beschreibt Freya als eine durch und durch authentische Persönlichkeit, die bis zuletzt auch ihre jungen Gesprächspartner faszinierte. Privat fand sie ihr zweites Glück an der Seite des Philosophen Eugen Rosenstock-Huessey, dem sie 1960 nach Vermont folgte. Sie hatte lange gezögert, bevor sie der Göttinger Publizistin Frauke Geyken die Zusage zu einem Treffen erteilte, das der Vorbereitung einer Biografie hätte dienen sollen. Es sollte nicht mehr dazu kommen. Auf Einladung von Helmuth Caspar von Moltke und dessen Frau Keri reiste Geyken dennoch im Februar 2010 nach Montreal, um ihr Buch auf der Grundlage von Gesprächen sowie Recherchen in Privatarchiven in Norwich und Boston vorzubereiten.

In erstaunlich kurzer Zeit entstand die nun vorliegende, mit zahlreichen Fotos ausgestattete Biografie. Die facettenreiche und dennoch verhältnismäßig knapp gehaltene Schilderung dieses langen und sehr bewegten Lebens ist zweifellos eine große Leistung. Es galt, Freya auf allen Wegen zu folgen und die Menschen vorzustellen, die ihr wichtig waren. Inhaltlich recht dürftig ausgefallen ist ausgerechnet die Darstellung der Ereignisse von Januar 1944 bis Januar 1945.

Die Korrespondenz zwischen ihr und Helmuth James überließ Freya testamentarisch dem Deutschen Literaturarchiv in Marbach. Bereits 1988 hatte die Historikerin Beate Ruhm von Oppen den Band „Briefe an Freya" herausgegeben, der Helmuth von Moltkes Briefe an seine Frau von 1935 bis zu seiner Verhaftung enthält. Die sehr persönlichen Abschiedsbriefe des Ehepaares sollten jedoch erst nach Freyas Tod an die Öffentlichkeit gelangen.

Briefe unter Lebensgefahr ausgetauscht

Von Ende September 1944, als Moltke vom KZ Ravensbrück in das Strafgefängnis Tegel verlegt wurde, bis zum Tag der Hinrichtung schrieben sie sich täglich lange und innige Briefe, die vom Gefängnispfarrer Harald Poelchau unter Lebensgefahr getauscht und in die eigene Wohnung getragen wurden, wo Freya sie in Empfang nahm. Zwischenzeitlich brachte sie die Briefe nach Kreisau, wo sie in einem Bienenkorb aufbewahrt wurden.

Anfang 2010 begann die Vorbereitung der Herausgabe der letzten Briefe unter Hochdruck. Der nun vorliegende Band „Abschiedsbriefe Gefängnis Tegel" ist Harald Poelchau und seiner Frau Dorothee gewidmet. Es sind ergreifende Dokumente einer großen Liebe, die vor Prozessbeginn noch von der Hoffnung auf ein Überleben durchdrungen sind. Zuletzt zählte nur noch der unbedingte Glaube des zum Tode Verurteilten. Die meisten Briefe schrieb Helmuth von Moltke mit gefesselten Händen. Beigefügt sind zwei Abschiedsbriefe an seine beiden jungen Söhne. Den Tod vor Augen, erklärte er ihnen die Beweggründe für sein kompromissloses Handeln angesichts des allgegenwärtigen Unrechts: „Seitdem der Nationalsozialismus zur Macht gekommen ist, habe ich mich bemüht, seine Folgen für seine Opfer zu mildern und einer Wandlung den Weg zu bereiten. Dazu hat mich mein Gewissen getrieben – und schließlich ist das eine Aufgabe für einen Mann." *Dagmar Jestrzemski*

***Frauke Geyken: „Freya von Moltke – Ein Jahrhundertleben 1911–2010"**, Verlag C. H. Beck, München 2011, 287 Seiten mit 71 Abbildungen und drei Stammtafeln, gebunden, 19,95 Euro*

***Helmuth James und Freya von Moltke: „Abschiedsbriefe Gefängnis Tegel – September 1944–Januar 1945"**, Verlag C. H. Beck, München 2011, 608 Seiten, davon zirka 50 Seiten Anhang, gebunden, 29, 95 Euro*

MELDUNGEN

Wanderungssaldo wieder positiv

Wiesbaden – Im Jahre 2010 sind knapp 128000 Menschen mehr nach Deutschland eingewandert als ausgewandert. Im Jahr zuvor hatten noch 13000 Personen mehr das Land verlassen als vom Ausland zuzogen. Die Geburtenzahl stieg von 665000 leicht auf 678000. Dennoch ist aufgrund von gut 850000 Sterbefällen die Gesamtbevölkerungszahl auch 2010 weiter zurückgegangen. Offiziell zählt die Bundesrepublik derzeit gut 81,7 Millionen Einwohner. Es wird jedoch von mehr als einer Million „Karteileichen" ausgegangen, welche durch den gerade laufenden Zensus herausgefiltert werden sollen. *H.H.*

SEK ist Weltspitze

Köln – Bei einem internationalen Wettkampf von Eliteeinheiten aus Militär und Polizei in Köln errang die Mannschaft der „Spezialeinsatzkräfte" (SEK) der Polizei Baden-Württembergs den ersten Platz, eine slowenische Einheit den zweiten und das SEK Niedersachsen den dritten. Die weltbekannten „US Seals" nehmen nicht mehr teil, nachdem sie in der Vergangenheit enttäuschend abgeschnitten hatten. *H.H.*

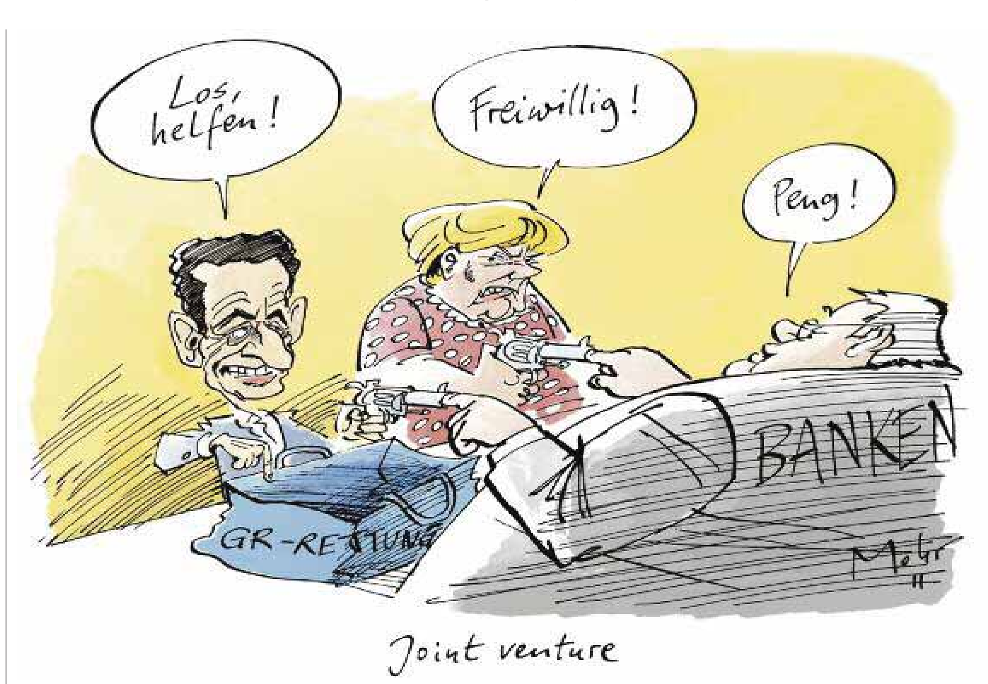
ZUR PERSON

Einsam in der Heimat

In den letzten Jahren ist es still geworden um die Dissidenten in Russland, Menschen, auf denen in der Zeit des Kalten Krieges die Hoffnung vieler lag. **Jelena Bonner** war eine von ihnen. Obwohl sie viel Zeit in den USA verbracht hatte, konnte sie sich mit der Mentalität der Amerikaner nicht anfreunden. Sie fühlte sich Russland immer verbunden. Bis zuletzt kämpfte sie für die Menschenrechte, forderte 2002 auch die Absetzung Putins.

Jelena Bonner, Ehefrau des Physik-Nobelpreisträgers und Dissidenten Andrej Sacharow, hatte in der eigenen Familie erlebt, was das Regime anzurichten vermochte. Ihr Vater, ein Armenier aus Turkmenistan, wurde 1938 als Landesverräter erschossen, ihre jüdische Mutter in die Verbannung geschickt. Bonner musste sich bereits als 14-Jährige allein durchschlagen. Nach dem Krieg arbeitete sie als Ärztin und freie Schriftstellerin. Früh setzte sie sich für die Achtung der Menschenrechte ein. Als das Regime 1968 Panzer gegen den „Prager Frühling" rollen ließ, gab sie ihr Parteibuch zurück – ein Skandal in dieser Zeit. Als Dissidentin lernte sie Sacharow kennen, den sie 1971 heiratete. Gemeinsam standen sie die Verbannung in Gorkij und die ständige Überwachung durch den KGB durch. 1976 gründete sie die Moskauer Helsinkigruppe. Sacharow trat für insgesamt 200 Tage in den Hungerstreik, damit seiner Frau, die schwer herzkrank war, die Ausreise in die USA erlaubt wurde. Sie unterzog sich mehreren Operationen am offenen Herzen, kehrte aber nach Russland zurück. Nach Sacharows Tod 1989 beteiligte sie sich am Aufbau des Sacharow-Zentrums. Am 18. Juni starb Bonner nach langer Krankheit 88-jährig in Boston. *MRK*





Zeichnung: Mohr

Knechte, bleibt vernünftig!

Warum uns Juncker nicht gut findet, wieso wir immer noch nicht steinreich sind, und wie grün auf einmal braunkohlenbraun aussieht / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Jean-Claude Juncker findet es „nicht gut", dass die Deutschen die Griechen „in penetranter Art und Weise beleidigen". Die beleidigten Griechen pflichten dem Euro-Gruppen-Chef nur allzu gerne bei. Von Athens Straßen erreichen uns Töne und Bilder, die von einer antiwestlichen Hass-Demo im Vorderen Orient stammen könnten, nur dass hier Deutschland anstelle der USA den Bösewicht abgibt.

Die griechischen Medien heizen die Stimmung gegen Deutschland schwungvoll an. Sie haben allen Grund dazu: Hinter den Medien stehen steinreiche Hellenen, denen nicht daran gelegen ist, dass ihre Leser nachfragen, wo das Geld wirklich hin ist: Griechenlands Millionäre haben inzwischen 600 Milliarden Euro auf Konten in der Schweiz, auf Zypern und in Luxemburg gebunkert, berichten Athener Banken. Das müssen die „Empörten" auf dem Syntagma-Platz ja nicht unbedingt mitbekommen, also beschäftigt man sie mit den Deutschen und anderen „Nazis" wie Nicolas Sarkozy.

Und was hat Jean-Claude Juncker damit zu schaffen? Na ja, er ist Luxemburger. In dem Land ist der Bankensektor im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt mehr als siebenmal so groß wie in Deutschland. Da stellt man sich schon aus purer Gastfreundschaft schützend vor die solventen Neukunden von der sonnigen Ägäis und verteidigt sie tapfer gegen die teutonischen Rufmörder.

Denen vergeht langsam die Lust an Griechenland. Das liegt auch daran, dass die alten Feindbilder völlig verrutscht sind. Selbst zwischen links und rechts stimmt nichts mehr richtig. Gerade von links kommt immer wieder das Argument, wir Deutsche sollten doch die Schnauze halten, denn „wir" profitierten ja am meisten – und das geht so: Wir geben denen unser Geld, damit kaufen die unsere Waren und sichern damit unsere Arbeitsplätze, auf denen wir jene Sachen produzieren und das Geld erst verdienen können, das wir den Griechen geben, damit sie unsere Produkte kaufen. Ist doch alles wunderbar, nicht wahr? Von weitem betrachtet schon, wer aber näher ran geht, dem fällt die etwas eigensinnige Rollenverteilung in dem Kreislauf auf: Karl Marx hätte diesem System einen Ehrenplatz eingeräumt unter seinen Beispielen eines „ausbeuterischen Kapitalismus".

Das Ganze erinnert an eine Szene aus dem Weihnachtsstraßenfeger „Drei Nüsse für Aschenbrödel": Da pflaumt die stinkfaule Stiefmutter ihr hart arbeitendes Gesinde an: „Ich frage mich, warum ich euch eigentlich ernähre!" Recht hat sie: Denn ohne ihre „Nachfrage" als Herrin hätte der Knecht als Knecht ja keine Arbeit und nichts zu essen. Der Film entstand in der sozialistischen CSSR und sollte, neben einer hübschen Romanze, mit der genannten Szene gleich noch ein wenig marxistische Aufklärung über die Ruchlosigkeit des Kapitals gegenüber der Arbeit transportieren. Dass zeitgenössische Linke die damals als Karikatur gemeinte Weltsicht der bösen Grundherrin nunmehr als volkswirtschaftliche Weisheit verbreiten, das hat schon seinen eigenen Reiz.

Die Knechte waren selbstverständlich vernünftig. Sie litten zwar darunter, von der Herrin ausgequetscht und beschimpft zu werden wie die Deutschen in der Euro-Transferunion. Aber sie wussten dennoch, dass es ihnen ohne die schirmende Hand der dicken Dame noch viel schlechter ergehen würde. Deshalb tun auch wir heute „alles" für den Euro. Das Gegenstück zu „alles" lautet „nichts", soll heißen: Wir tun alles, bis nichts mehr geht.

Auf das „Nichts" müssen wir vielleicht gar nicht mehr so lange warten. Der durchs Fernsehen als „Mister Dax" bekannte Börsenexperte Dirk Müller ließ vergangene Woche in der „Telebörse" verlauten: „Die finale Phase hat begonnen, der Kollaps steht bevor!" Na dann prost. Eines haben wir Deutsche allerdings nie recht verstanden: Wenn die uns so viel abkaufen, dass wir zehn Jahre lang „Exportweltmeister" waren, dann müssten wir doch alle steinreich sein! Stattdessen verdienen die Deutschen heute real weniger als vor dem Euro, als einzige Europäer sind sie ab- statt aufgestiegen beim Gehalt.

Das wurmt vor allem die FDP. Die will nun endlich Steuererleichterungen durchsetzen, damit die Bundesbürger auch mal was merken von den sagenhaften Gewinnen, die wir den Griechen und Co. zu verdanken haben.

> Gegen die Senkung der Steuern hat Schäuble gewiss schon neue »Belastungen« in petto

Finanzminister Schäuble hört das gar nicht gern. Dabei ist ihm ärgerlicherweise sein Hauptargument gegen Steuererleichterung abhandengekommen: „Nicht finanzierbar." Aufschwungbedingt sprudelt die Steuerquelle, da die öffentliche Hand von jeder Lohnerhöhung weit mehr profitiert als die Gehaltsempfänger – die kalte Progression ist ein wahres Wunderding. Also stimmt er erst mal zum Schein zu. Im Hinterkopf hat der schlaue Fuchs aber schon raus, wie er die Sache wieder kippt oder zumindest so klein wie möglich macht. Bald wird der Finanzminister mit trauriger Miene verkünden, dass die „von allen" angestrebten Entlastungen aufgrund neuer „Belastungen" leider nur „sehr begrenzt" ausfallen könnten – vor allem wegen unserer „Solidarverpflichtung im Euro-Raum", der wir nachkommen müssten, weil wir „nur so unseren Wohlstand sichern" könnten.

Dann kommen wir uns wieder vor wie bei diesen illegalen Zauberkünstlern am Straßenrand: Egal, auf welches Hütchen wir deuten, die Kugel ist immer schon woanders. In Talkshows und Parlamentsreden werden unsere Politiker anschließend eindringlich darüber nachdenken, „wie wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das Euro-System zurückgewinnen können".

Eine andere Mehrbelastung wird von der Energiewende ausgehen. Die ist wie die Griechenrettung „alternativlos". Deshalb darf man für sie auch alles wegschießen, was im Wege ist. Als erstes fiel der Naturschutz, der keine Chance haben soll gegen neue Stromtrassen. Das ist aber längst nicht alles: Aus Sachsen-Anhalt wird von einer engagierten grünen Kommunalpolitikerin berichtet, die Feuer und Flamme war für den Atomausstieg. Leider hatte man ihr nicht erzählt, dass anstelle der Kernkraft nun die Braunkohle wieder ganz groß rauskommt als „Brückentechnologie". Ihr Dorf soll dafür demnächst weggebaggert werden. Haben Sie schon mal das Geräusch gehört, das kleine Katzen machen, wenn sie ihren eigenen Schwanz zu fassen kriegen? So ähnlich hörte sich die gute Frau an.

Grün kann aus der Nähe überraschend braunkohlenbraun aussehen. Wissenschaftler raunen, dass die Sache mit Ehec erst der Anfang einer Reihe unerwarteter Lebensmittelvergiftungen gewesen sein könnte. Grund: Die Tiere, deren Dung den Erreger transportiert haben soll, bekämen kaum noch Maissilage, weil der Mais heute in der Biodiesel-Produktion lande.

Was bekommen die Viecher stattdessen in den Trog gekippt? Abfallstoffe aus eben jener Biodiesel-Herstellung, vor allem Glycerin und sogenannte „Schlempe". Noch wisse aber niemand genau, wozu sich die „Schlempe" und andere Schweinereien aus den Mülltonnen der Dieselmacher im Tierdarm verwandeln können, weshalb wir uns auf einiges gefasst machen sollten.

Auf „naiven" Bildchen zeichnen die Künstler bislang heile Welten, auf denen kein Auto und keine Fabrik zu sehen ist. Ob in zehn Jahren wohl Landschaften in Mode kommen, die ein Kernkraftwerk am Horizont ziert, davor ein Mastbetrieb mit Maissilo und Autos, die garantiert zu 100 Prozent petroleumgestützt angetrieben werden?

MEINUNGEN

Der ehemalige Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), ***Hans-Olaf Henkel****, sieht die Politik in der* ***Euro-Krise*** *auf einem verhängnisvollen* ***Holzweg****. In der „Bild am Sonntag" (12. Juni) schreibt er:*

„Es wird Zeit, dass sich die Politik mit der wahren Ursache der Misere befasst: dem sturen Festhalten am Einheitseuro für unterschiedliche Wirtschaftskulturen. Dadurch werden die Südländer daran gehindert, ihre Währungen abzuwerten und so wieder wettbewerbsfähig zu werden, und die Nordländer werden gezwungen, immer neue Rettungspakete zu schnüren."

In der österreichischen TV-Diskussionsrunde „Am Punkt" verglich der deutsche ***Wirtschaftswissenschaftler Gerald Mann*** *die* ***Eurozone*** *mit einer* ***Wohngemeinschaft****:*

„Die einen spülen jeden Tag das Geschirr ab und die anderen sagen, solange noch was im Geschirrkasten ist, kann es stehen bleiben. Da ist es am besten, man geht getrennte Wege."

Der Kehrreim vorm Kehraus

Im Jahre, als der Euro kam,
da schien der Dollar gar nicht lahm,
ja er begann zu steigen –
beim Euro herrschte Schweigen.

Bald kamen, was man nicht verschwieg,
die Jahre, als der Euro stieg –
doch statt dafür zu danken,
wies mancher auf den Franken:

Der Dollar war gefallen bloß!
Na, trotzdem blieb der Jubel groß
bei allen Eurokraten
ob eigner Ruhmestaten.

Ein Weilchen später brach, o Graus,
die Hypotheken-Krise aus –
es folgten Hilfspakete
mit nicht vorhandner Knete.

Der Dollar hat sich, scheint's, erholt,
gar viele fühlten sich verkohlt
und fragten drum beklommen:
Wie kann denn so was kommen?

Man hatte Schulden exportiert,
und mächtig davon profitiert,
dass andre sich verschluckten
an Trick-Finanzprodukten!

Auf Dauer zwar hat's nichts genützt,
dass alle Welt den Dollar stützt –
nur ist's zum Steinerweichen:
Der Euro wankt desgleichen.

Der ist ja selber ein Konstrukt,
an dem der Bürger sich verschluckt –
an was denn sonst soll's liegen:
Der Franken ist gestiegen!

Doch man verharrt beim miesen Spiel
mit der Karott' am langen Stiel
für Iren, Portugiesen
und Griechen, tief in Krisen.

Evángelos, der dicke Mann,
ob der jetzt Wunder wirken kann
und Frohe Botschaft bringen?
Schön wär's, nur wird's misslingen.

So wird halt weiter garantiert –
auf Pump und munter suggeriert,
dass alles sich verbessert,
wenn bloß man Geld verwässert.

Was hat man da uns eingebrockt!
Die Zukunft wird frivol verzockt,
und keiner wird gescheiter –
der Franken, der steigt weiter ...

Pannonicus